

UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

163 · Mai 2004

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	387
Essay	
ULRICH BUSCH Geiz ist geil! Wieso auf einmal?	389
Interview	
Interview mit PAUL M. SWEEZY »Ich mußte mich einfach dem Marxismus zuwenden«	402
Linksparteien in Skandinavien	
HENNING SÜSSNER Parlamentarische Erfolge – organisatorische Krise. Die Erfahrungen der Linkspartei Schwedens	413
PETER BIRKE Sozialistisk Venstreparti – eine linkssozialistische Partei in Norwegen	426
Europa im Umbruch	
JÜRGEN MEIER Wissenschaft ist fortschrittlich! Und die Kunst?	436
ANDREA PLÖGER, ERWIN RIEDMANN Transnational und freudig voran?! Anmerkungen zum Stand der Bewegung angesichts des zweiten Europäischen Sozialforums	447
VICTORIA KENDLER, PETER ULLRICH Report Back: European Identity Forum, Paris 2003	454
Standorte	
GOTTFRIED STIEHLER Was wäre wenn?	457

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 468

Bücher & Zeitschriften

Erhard Hexelschneider:
Rosa Luxemburg und die Künste.
(MICHAEL WEGNER) 470

Detlef Nakath,
Gerd Rüdiger Stephan (Hrsg.):
Entweder es geht demokratisch –
oder es geht nicht.
Klaus Höpcke – Kolloquium anlässlich
seines 70. Geburtstages
(KURT PÄTZOLD) 472

Michael Schumann:
Metamorphosen von Industriearbeit
und Arbeiterbewusstsein
(MARCUS SCHWARZBACH) 474

Hella Hertzfeldt,
Katrín Schäfgen (Hrsg.):
Demokratie als Idee und Wirklichkeit
(NINA NEUHAUS) 476

Summaries 478

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 480

VorSatz

»Der Kommunismus ... – der Teufel hole seine Praxis, aber Gott erhalte ihn uns als konstante Drohung über den Häuptern jener, so da Güter besitzen ... Gott erhalte ihn uns, damit dieses Gesindel, das schon nicht mehr ein und aus weiß vor Frechheit, nicht noch frecher werde«, hatte als erster Nichtkommunist Karl Kraus aus Jitschin 1920 erkannt. Diese glückliche Zeit, die für jene, an deren Leibe der Kommunismus praktiziert wurde, weniger glücklich verrann als für die, die in aller selbstverschuldeter Unmündigkeit ihren Nutzen aus seiner Bedrohung sogen – ging 1989 irreversibel zu Ende.

Anfangs ängstigte sich das »Gesindel«, um in Kraus' Duktus zu bleiben, noch einen Moment lang, ob die Unmündigen das Spiel vielleicht doch verstanden und sich heimtückisch nur verstellt hatten. Um so entspannter und mit Champagner bis zum Abwinken wurde die Einsicht genossen, daß die Einfalt nicht geheuchelt gewesen war und das Rückspiel eröffnet werden konnte.

Da die Unmündigen die Formel »Antikommunismus plus Sozialstaat gleich berechenbarer Profit« nie wirklich als vorausseilenden Gehorsam des Gesindels begriffen hatten, konnte die kulturgesättigte Regel für das neue Spiel – »Geiz ist geil« – nicht nur ohne Widerstand, sondern unter dem spaßgesellschaftlichen Jubel der zur Auszehrung freigegebenen Kindsköpfe in Kraft gesetzt werden.

Hätte der Kommunismus über die Kraft verfügt, noch dreißig Jahre lang weiterzurüsten, ohne wie in Nordkorea die ihm ausgelieferte Bevölkerung verrecken zu lassen, fänden das Heraustreten des Menschen aus der Produktion und die durch Hochtechnologie beschleunigte Globalisierung nicht unter der Losung der Liberalisierung, sondern unter der von Wohlfahrt und Demokratie statt – um den Preis von Profiten auf dem Niveau des Kalten Krieges.

Doch da der nachstalinsche Stalinismus an der Entspannung kollabierte, weil er unter diesen Bedingungen wirtschaftliche Schwäche nicht durch Repression zu kompensieren vermochte, erscheinen alle Aufwendungen für eine Pazifizierung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen heute als schnöde Verschwendung. Profitteilung zum Zwecke einer hohen Staatsquote, die sichert, daß die Gesellschaft auch morgen noch »Konsumgüter« genannten Tand in Massen verbraucht und so vernichtet, wird durch eine Profitrealisierung in den Bereichen Wasser, Bildung, Gesundheit, Grundnahrungsmittel abgelöst. Der Kapitalismus ist erneut in ein asoziales Stadium eingetreten. Das Kapital wird zum Parasiten am Leib der Gesellschaft. Wie im 19. Jahrhundert gebiert – allerdings in einer hochverwund-

baren Gesellschaft – das Gesindel mit seinem Treiben den Terror. Und genauso wie damals schafft dieser Terror die wohlfeile Legitimation, jeglichen Widerstand zu kriminalisieren.

Doch den gibt es in Deutschland ohnehin kaum noch. Und wo er entsteht, setzen sich im rechten Augenblick die Gewerkschaften drauf, um diejenigen zu desorientieren, die auf Entzug sind – vom Konsumrausch: ohne Ausbildungsplatz, ohne Arbeitsplatz, ohne die surrogatbewehrte Zukunft des einzelstaatlich organisierten, antikomunistisch gleichgeschalteten Sozialstaatssystems.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften handeln natürlich hoch rational. Seit dem Attentat auf Bismarck im Jahre 1878 und dem dadurch möglich gewordenen Sozialistengesetz haben die Sozialdemokratie und ihr gewerkschaftlicher Arm stets auf Organisationsmacht und strengste Rechtsstaatlichkeit gesetzt, gepaart mit allen Leibesübungen des Parlamentarismus – selbst am 2. Mai 1933 noch.

Daß darüber die Abschaffung der Profitproduktion schnell zum Stoff für Sonntagsreden verkam, ehe sie in Bad Godesberg nett zu rechtgemacht ganz als überlebtes Gedankengut zu Grabe getragen wurde, störte so lange nicht, wie die Gewerkschaften die Bewegung einer anwachsenden Klasse repräsentierten. Doch was zu Adolf Hennekes Zeiten nie ganz den Geruch von Zynismus verlor, gilt heute tatsächlich: »Ich bin Bergmann, wer ist mehr?« Denn kein Lohnabhängiger ist heute so geschützt wie der deutsche Bergmann und, mit gebührendem Abstand, der deutsche Metallarbeiter.

Die Arbeiterschaft schrumpft schneller, als die Bauernschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Schon seit längerem hat die organisierte Arbeiterklasse ihren Zenit überschritten. Die Gewerkschaften sind heute letzten Endes nicht mehr Ausdruck der Bewegung einer Klasse, sondern Lobby einer täglich kleiner werdenden Gruppe von sozialstaatlich abgesicherten Lohnabhängigen. Deshalb das Lavieren und Taktieren. Arbeiterklasse findet heute vor allem in China statt – nur weiß die dortige Partei der Arbeiterklasse nichts davon.

Und: Anders als bei seinen Vorgängern sitzt beim einstigen SEWler Sommer der Kommunismus als dritter Verhandlungspartner nicht mehr mit am Tisch. Statt dessen brutaler Druck von rechts – vom früher Zivilisation simulierenden Gesindel – und gleichzeitig Druck von links durch die neuen sozialen Bewegungen, was die Gewerkschaften seit dem Verbot der KPD gar nicht mehr gewohnt waren.

Die Bedingungen sind also in jeder Hinsicht ungemütlich. Um die seit Jahrzehnten unangefochtene Alleinstellung im lange Zeit weit nach rechts gerückten linken Lager nicht zu verlieren, können die Gewerkschaftsspitzen nicht anders, als in Klassenkampf zu machen. Doch ist das Rhethorik, denn die einst aufstrebende Klasse kann strategisch nur ähnlich konservativ werden wie die Bauernschaft.

Was bleibt? Das ist das Heer, das das Gesindel entbehren zu können glaubt. Alle Betteleien, doch zu einem sozialstaatlich verfaßten Kapitalismus zurückzukehren, sind naiv. Die Frage ist vielmehr: Organisiert dieses täglich anwachsende Heer der Depravierten sein Leben und damit Gesellschaft neu – neben der Welt des Kapitals, das immer weniger Gesellschaft benötigt. Oder ergibt es sich seinem ihm zugedachten Schicksal? Die Zukunft ist zumindest wieder offen.

JÖRN SCHÜTRUMPF

ULRICH BUSCH

Geiz ist geil! Wieso auf einmal?

Was ist los mit Deutschlands Konsumenten? Kaufte man vor kurzem seine Garderobe noch im *KadeWe* und seine Möbel im *Stilwerk*, wenn man 'was auf sich hielt, trank seinen Kaffee im *Adlon* und verreiste mit der *Lufthansa*, first class, versteht sich, so sind jetzt *Aldi*, *Lidl*, *IKEA* und *Tchibo* die Favoriten. Discounter wie *M&c-Geiz*, *Penny-Markt* und *MediaMarkt* machen etablierten Häusern den Umsatz streitig. Marken und Prestige zählen nicht mehr: woher ist egal, Hauptsache *billig*. Handelsketten werben mit »Geizpreisen« und konkurrieren um das attraktivste »Geizniveau«. Slogans wie »Geiz ist geil!«, »Geizwahn«, »Supergeile Preise« usw. bringen den neuen Kauf- und Konsumtrend auf den Punkt. Aber wieso eigentlich? Warum ist plötzlich »geil«, was bisher als »inproper« galt? Weshalb sind Sparen, Knausern, Feilschen und Geizen heute »in«, wo sie doch vor kurzem noch als unschick galten? Wieso sind aus Lastern plötzlich Tugenden geworden? Und das gleich auf allen Ebenen, beim Staat genauso wie bei Unternehmen, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und privaten Haushalten. Was sind die Motive dafür und welche ökonomischen bzw. gesellschaftlichen Veränderungen liegen dieser »Umwertung der Werte« zugrunde?

Geiz als individuelles Phänomen

Geiz, verstanden als übertriebene Sparsamkeit, Knickrigkeit und Knauserie, aber auch als Besitzgier und Habsucht, als das unmäßige Streben, einmal Erworbenes zu bewahren und anderen wie sich selbst dessen Genuß zu versagen, gilt seit alters her als eine moralisch verwerfliche menschliche Eigenschaft, welche Kritik, ja Verachtung, verdient.

»Geiz ist die größte Armut«, »Dem Geiz mangelt alles«, »Beim Geiz ist wenig Glück« – so die im Sprichwort festgehaltene Erfahrung früherer Generationen; »Geiz ist niemand's Freund« besagt ein anderes Sprichwort.¹

Jedes Volk kennt diese und ähnliche Wahrheiten. Den Philosophen und Weisen gelten Besitzgier und Geiz, das zähe Horten und Nichtausgebenwollen, als »böse und ungerecht« gegen Gott, gegen seinen Nächsten und gegen sich selbst, als »Wurzel allen Übels« (Paulus) und »Quelle des Elends, der Unzufriedenheit, der Sorgen und des Kummers« (Hippokrates), als »Wahnsinn der Seele« (Augustinus), furchtbare »Marter« (Gregor), »Blindheit«, »unheilbare Krankheit« und »Pest« (Cyprian), als »schlimme Veranlagung, gegen die es kein Heilmittel gibt und bei der sowohl Äskulaps wie Plutus' Künste ver-

Ulrich Busch – Jg. 1951, Doz. Dr. oec. habil., Bankkaufmann, Finanzwissenschaftler, Veröffentlichungen zur ökonomischen Theorie und Politik, zuletzt in UTOPIE kreativ: Alternative Geldtheorien und linker Geldfetischismus, Heft 160 (Februar 2004).

¹ Horst und Annelies Beyer: Sprichwörterlexikon, Leipzig 1984, S. 200.

2 Robert Burton: Anatomie der Melancholie, Zürich und München 1990, S. 230 f.

3 Baruch Spinoza: Ethik. Teil IV, Leipzig 1972, S. 259.

4 Immanuel Kant: Metaphysik der Sitten (1797), Werke in sechs Bänden, Band 5, Köln 1995, S. 519 f.

5 Honoré de Balzac: Das Chagrinleder. Die menschliche Komödie, Bd. 19, Berlin 1974, S. 12.

6 Honoré de Balzac: Gesetzbuch für anständige Menschen, Leipzig 1974, S. 189.

7 James Boswell: Das Leben Samuel Johnsons und Das Tagebuch einer Reise nach den Hebriden, Leipzig 1984, S. 281.

sagen« (Budäus), als »ständige Plage und Seelenqual« (Salomo), kurz: es ist eine »zweite Hölle«.²

Als individuelles Phänomen gehört der Geiz zu den negativen Affekten, wozu auch Neid, Eitelkeit, Hochmut und Zorn zählen, ferner Trägheit, Unduldsamkeit, Unbeständigkeit und Wollust, Unglaube, Torheit und Zwietracht. In der christlichen Ethik sind dies Sünden bzw. Laster, was sie in der abendländischen Kultur entsprechend zeichnet.

Baruch Spinoza (1632-1677) sieht im Geiz den dialektischen Gegenpol zur Verschwendung und definiert beide als »entgegengesetzte Affekte« und »Arten der Liebe« – zum Beispiel zum Geld – denen gegenüber der Mensch ohnmächtig ist.³

Immanuel Kant (1724-1804) führt diesen Gedanken fort. Er unterscheidet drei Formen des Geizes: *erstens* den »habsüchtigen Geiz«, welcher auf die Erweiterung des Erwerbs der Mittel zum Wohlleben über die Schranken des wahren Bedürfnisses hinaus gerichtet ist, *zweitens* den »kargen Geiz«, auch Knickerei oder Knauserie genannt, welcher eine »Vernachlässigung der Liebespflichten gegen Andere« bedeutet und *drittens* den »gegen sich selbst« gerichteten Geiz, als die Verengung des *eigenen* Genusses »der Mittel zum Wohlleben unter das Maß des wahren eigenen Bedürfnisses«. ⁴ Letzterer erscheint ihm als das *eigentliche* Laster und, da eine Pflichtverletzung des Menschen gegen *sich selbst*, unter *moralischem* Aspekt besonders verwerflich.

Seine Personifizierung findet er im *Filz*, wie Honoré de Balzac (1799-1850) ihn beschreibt, als jemanden, der »am Rande der Genüsse seiner Zeit« lebt, ein »moderner Tantalus«, der weniger aus Not denn aus Passion spart, ein »vernünftiger Narr« also.⁵ Dieser Geizkragen, schreibt er in der *Monographie des Rentiers*, »beraubt sich aller Annehmlichkeiten: Er ist genügsam, seine Kleider sind fadenscheinig; er ... trotz den Unbilden der Dachkammer, nährt sich morgens von Brötchen und Milch, speist mittags für zwölf Sous bei Mizeray oder für zwanzig Sous bei Flicoteaux; er würde seine Schuhe um fünf Sous abnutzen, um zu einem Lokal zu wandern, in dem er vielleicht drei Sous sparen könnte. Der Unglückliche trägt vergilbte Gehröcke, deren Garn an den Nähten glänzt; schäbig sind auch seine Westen ... Sein Körper ist dürr, er hat den Blick einer Elster, seine Wangen sind eingefallen, sein Bauch ebenfalls ... Sein abgemagertes Gesicht zeigt gelbe und grünliche Farbtöne ... Dieser törichte Rechner, der Sou für Sou zurücklegt, um sich ein Kapital zu schaffen, das sein vermeintliches Wohl vermehren soll, würde einem Ehrenmann nicht tausend Francs leihen ...«⁶. Ein solcher Filz ist auch der »knauserige Herr«, von dem der berühmte Dr. Johnson berichtet, »... er ist geizig, nicht so sehr aus Habgier als aus Unfähigkeit, Geld auszugeben. Er kann es nicht übers Herz bringen, eine Flasche Wein aufzumachen; aber es würde ihn nicht sehr kümmern, wenn er sauer würde.«⁷

Vom *sozialen* Standpunkt aus ist es jedoch eher der *habsüchtige Geiz*, der besondere Aufmerksamkeit und Kritik verdient, insbesondere dann, wenn dieser sich dazu noch mit anderen Lastern verbindet. So lesen wir bei Adolph Freiherr von Knigge (1792-1796): »Der Geiz ist eine der unedelsten und schändlichsten Leidenschaften.

Man kann sich keine Niederträchtigkeit denken, zu welcher ein Geizhals nicht fähig wäre, wenn seine Begierde nach Reichtümern ins Spiel kömmt, und jede Empfindung besserer Art, Freundschaft, Mitleid und Wohlwollen finden keinen Eingang in sein Herz, wenn sie kein Geld einbringen.«⁸

Aber die *Geizgier* ist für Knigge nicht einmal das Schlimmste. Ähnlich wie Kant sieht auch er die moralisch verwerflichste Form des Geizes in der Pflichtverletzung gegen sich selbst. So fährt er fort: Der Geizhals »gönnt sich selber die unschuldigsten Vergnügungen nicht, insofern er sie nicht unentgeltlich schmecken kann. In jedem Fremden sieht er einen Dieb und in sich selber einen Schmarotzer, der auf Unkosten seines bessern Ichs, seines Mammons, zehrt.«⁹ Das ist wahrlich treffend formuliert. Aber das Problem, um das es hier geht, ist sehr viel älter. Bereits im *Alten Testament* finden sich Textstellen, die als Verdikte des Geizes und der Habgier auslegbar sind.¹⁰ Noch mehr gilt dies für die Bücher des *Neuen Testaments*, zum Beispiel das *Matthäus-Evangelium*, worin geschrieben steht: »Ihr sollt euch nicht Schätze sammeln auf Erden, wo sie die Motten und der Rost fressen und wo die Diebe nachgraben und stehlen.«¹¹ Und Apostel Paulus verkündete im Jahre 63 u. Z., daß diejenigen, »die da reich werden wollen ... in Versuchung und Stricke und viel törichte und schädliche Lüste (fallen), welche die Menschen versinken lassen in Verderben und Verdammnis«¹². Im Geize glaubte er »eine Wurzel alles Übels« zu erblicken, da dieser vom Glauben wegführe und letztlich nichts als Schmerzen verursacht. Ein Geiziger ist in seinen Augen ein »Götzendiener« und als solcher nicht würdig, Erbe »an dem Reich Christi und Gottes« zu haben.¹³

Gegenüber diesem apodiktischen Urteil ewiger Verdammnis nimmt sich die Kritik der alten Griechen am Geiz vergleichsweise harmlos aus. So bezeichnet Epikur (341-270 v. u. Z.) den Geiz als »unanständig«¹⁴, macht ansonsten aber nicht viel Aufhebens um ihn. Theophrast (371-322 v. u. Z.) gesellt seinem »Heuchler«, »Schmeichler«, »Großtuer«, »Miesmacher« und »Schwätzer« als weitere Charaktere den »Knickrigen«, den »Knausrigen« und den »Habgierigen« hinzu. Ersterer zeichnet sich durch »übertriebene Sparsamkeit in Geldangelegenheiten aus«, der zweite durch »einen Mangel an Ehrgefühl im Geldausgeben«, und der dritte durch sein »Streben nach schmählichem Gewinn«.¹⁵

Daß bei allen dreien Geld mit im Spiel ist, ist kein Zufall. Denn typischerweise denunziert die antike Gesellschaft mit dem Geiz immer zugleich auch das *Geld*, als die »Scheidemünze ihrer ökonomischen und sittlichen Ordnung«¹⁶. So sah Plinius d. Ä. (23-79) im Geld »den Ursprung des Geizes« und mutmaßt, daß dieser sich als »Goldgier«, sogar bis zur »Tollheit« steigere.¹⁷ Indem das Geld hier bereits, wie Karl Marx bemerkt, »ebensosehr als Gegenstand wie Quelle der Bereicherungssucht«¹⁸ erscheint, tritt es in eine *besondere* Beziehung zum Geiz, die ihm bis heute durch nichts, auch durch kein noch so extravagantes Ding, streitig gemacht worden ist. Insofern gehören Geldgier und Geiz zusammen; sie sind beide »pathologische Ausartungen des Geldinteresses«¹⁹. Dabei besitzen die Geizigen ihr Geld weniger, so der Kirchenvater Thascius Cäcilius Cyprian (200-258), »als es sie besitzt«; sie sind nichts als die »Skaven ihrer Schätze«.²⁰

8 Adolph Freiherr von Knigge: Über den Umgang mit Menschen, Leipzig 1975, S. 81 f.

9 Ebenda, S. 82.

10 Altes Testament, Sprüche Salomos 23.4. und 28.22.

11 Das Evangelium nach Matthäus 6.19.

12 Erster Brief des Paulus an Timotheus 6.9.

13 Brief des Paulus an die Epheser 5.5. Erster Brief des Paulus an die Korinther 6.10.

14 Epikur: Vatikanische Spruchsammlung, in: Griechische Atomisten, Leipzig 1973, S. 338.

15 Theophrast: Charaktere, Leipzig 1972, S. 17 f., 31 f., 42 f.

16 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Band 23, Berlin 1969, S. 146.

17 Plinius d. Ä.: *Historia naturalis*, LXXXIII, C.III, Sect. 14 (zit. in: MEW, Bd. 13, Berlin 1972, S. 110).

18 Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, a. a. O., S. 110.

19 Georg Simmel: Philosophie des Geldes, Frankfurt am Main 1989, S. 312.

20 Robert Burton: Anatomie der Melancholie, a. a. O., S. 232.

Ähnlich argumentiert Erich Fromm (1900-1980), wenn er Habgier und Geiz als Ursachen menschlicher Unfreiheit und seelischer Krankheit hinstellt und den Charaktertypus des »Hortenden« entsprechend kritisch würdigt.²¹

21 Erich Fromm: Psychoanalyse und Ethik, Stuttgart 1982, S. 68 ff.

22 Vgl. Plautus: Der Goldtopf, in: Komödien in zwei Bänden, Weimar 1963, I., S. 131-177; Römische Satiren, Berlin und Weimar 1970.

23 Seneca: Von der Seelenruhe, Leipzig 1983, S. 79.

24 Ebenda, S. 327 f.

Andere Autoren, insbesondere der römischen Zeit, wie Plautus, Horaz und Juvenal, sehen im Geiz vor allem eine Zielscheibe des Spottes, indem sie die Geizigen als komische und schrullige Figuren, als Geizhälse, Geizkragen und Filze, der Lächerlichkeit preisgeben.²² Der Geiz erscheint hier eher als eine abartige charakterliche Veranlagung denn als ein gefährliches Laster oder gar eine »Todsünde«, wozu ihn die christliche Moral schließlich erklärt. Dies sollte sich jedoch bald ändern. Schon Seneca (3 v. u. Z.-65 u. Z.), obgleich selbst vermögend und nicht wenig sparsam, sah im Geiz die »verheerendste aller Menschheitsseuchen«²³ und hielt ihn moralisch für höchst bedenklich²⁴. Darin stimmten die christlichen Moralisten vollständig mit ihm überein. So avanciert der Geiz in der christlichen Moralschauung der ersten Jahrhunderte n. Chr. sehr rasch von einer zweitrangigen Sünde zu einem der schlimmsten »Laster«. Schließlich erklärten ihn die Kirchenväter sogar zu einer »Todsünde«, das heißt, für »unvergebbar«, da er – Paulus zufolge – dem Götzendienste gleichkomme und mithin einer Abwendung vom Christentum – einer Sünde, wofür es weder Erbarmen noch Gnade gibt, weder Erlösung noch Auferstehung, sondern den ewigen Tod.

Diese Auffassung bestimmt die Haltung gegenüber dem Geiz und den Geizigen im christlichen Abendland für viele Jahrhunderte. Bezeichnend dafür ist die Metapher vom Kampf der Tugenden gegen die Laster, wie sie zuerst von Tertullian (160-220) entworfen und dann von Aurelius Prudentius (348-405) in dem Epos *Psychomachia* (um 400) dichterisch gestaltet worden ist. In diesem Werk erscheinen die Vernunft (Ratio) und der Fleiß (Operatio) als Gegenspieler des Geizes (*Avaritia*), wobei *Avaritia* zugleich auch für Habsucht und Besitzgier steht. Derartige Gleichnisse waren im Mittelalter weit verbreitet, ebenso figürliche und allegorische Darstellungen einzelner Tugenden und Laster.²⁵ Der Geiz erscheint hierin fast immer als alte Frau oder als Greis, denen als attributive Tiere Dohle, Kröte, Dachs, Maulwurf und Eichhörnchen beigegeben sind.²⁶

25 Vgl. Werner Becker: Von Kardinaltugenden, Todsünden und etlichen Lastern, Leipzig 1975.

26 Hannelore Sachs, Ernst Badstübner, Helga Neumann: Christliche Ikonographie in Stichworten, Leipzig 1973, S. 334; Hans Biedermann: Knauts Lexikon der Symbole, München 1989, S. 262.

Geiz als gerontologisches Problem

Eine besondere Spielart des Geizes ist der sogenannte *Altersgeiz*. Zeitlos und ziemlich unabhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen, den nationalen Eigenheiten, der Kultur und der Religion tritt er in allen Zivilisationen auf, als handele es sich hierbei um eine zwangsläufige Begleiterscheinung des Alterns. Er ähnelt darin bestimmten Krankheiten, zum Beispiel der Sehschwäche oder dem Blasenleiden, da er ebenso wie diese zwar nicht an ein bestimmtes Alter gebunden ist, im fortgeschrittenen Alter aber doch ungleich häufiger vorkommt als in jüngeren Jahren. Auch intensiver, wie Montesquieu (1689-1755) meint, denn »der Geiz wird im Alter stärker, denn immer noch begehren wir den Genuß«: In der Jugend aber kosten wir diesen »nur im Verschwenden, im Alter nur im Bewahren aus«²⁷. Als gerontische Erscheinung kündigt der Geiz untrüglich »Altersverfall und überstürzte Flucht der Freuden« an. Er ist damit

27 Montesquieu: Meine Gedanken, in: Die französischen Moralisten, Bremen 1980, S. 325.

definitiv »die letzte und tyrannischste unsrer Leidenschaften«²⁸, weiß Vauvenargues (1715-1747) zu berichten.

So sieht es auch Arthur Schopenhauer (1788-1860), indem er den Geiz nicht nur als Altersphänomen, sondern zudem, da vorzugsweise auf Geld gerichtet, als *abstrakte* Gier auffaßt: »Aber wenn ... die Gier die Fähigkeit zum Genießen überlebt, ... und wenn sodann an die Stelle der Gegenstände der Lüste, für welche der Sinn abgestorben ist, der abstrakte Repräsentant aller dieser Gegenstände, das Geld, tritt, welches nunmehr dieselben heftigen Leidenschaften erregt, die ehemals von den Gegenständen wirklichen Genusses, verzeihlicher, erweckt wurden, und also jetzt, bei abgestorbenen Sinnen, ein lebloser aber unzerstörbarer Gegenstand mit gleich unzerstörbarer Gier gewollt wird; ... dann hat sich, im Geiz ..., der Wille sublimiert und vergeistigt, dadurch aber sich in die letzte Festung geworfen, in welcher nur noch der Tod ihn belagert.«²⁹ Poetischer läßt sich kaum ausdrücken, was im Leben doch eher eine prosaische Angelegenheit ist, nämlich das Festhalten am Geldbesitz im Alter als einem Hort »sublimierten Machtgefühls«, so daß der Geiz dem Greis als »letztes Willensziel« übrigbleibt und dadurch zu einer Art »Gestaltung des Willens zur Macht« wird, wie Georg Simmel (1858-1918) in seiner *Philosophie des Geldes* (1900) ausführt.³⁰

Beschrieben haben den Altersgeiz viele, Literaten, Philosophen und Psychologen, hinreichend erklärt worden ist er bisher aber kaum. Den überzeugendsten Versuch zu einer Erklärung dieses Phänomens hat m. E. Simone de Beauvoir (1908-1986) unternommen, indem sie ihn aus der identitätsstiftenden Rolle des Besitzes, welcher dem alten Menschen »eine Art ontologischer Sicherheit« gewährt, herleitet. »Der alte Mensch, dem es nicht mehr gegeben ist, durch Schaffen sein Sein entstehen zu lassen«, schreibt sie, »will *haben*, um zu sein. Das ist der Grund für jenen Geiz, den man so häufig bei ihm beobachtet.« Dieser Geiz ist sowohl auf konkrete Dinge als auch auf Geld gerichtet. Dank seiner Besitztümer, die er krampfhaft festhält, versichert sich der Greis gegenüber der Außenwelt seiner Identität. Nicht selten nimmt diese Beziehung magische Formen an, das heißt, der Greis identifiziert sich »in magischer Weise« mit seinem Besitz. Aber der Besitz ist nicht sicher. Er kann ihm gestohlen oder durch Betrug entwendet werden. Die Folge ist: Der Geiz wird »zur Manie, er nimmt neurotische Formen an, da der Besitz, in dem der Greis Zuflucht vor der Angst sucht, zum Gegenstand seiner Angst und Unruhe wird.«³¹ So klammert sich der Greis an seine Habe und hält diese fest – bis zum Tode.

Die hier anschaulich beschriebene pathologische Form des Geizes ist ein *individuelles* Phänomen. Als solches trägt es mitunter aber auch gesellschaftliche Züge, insbesondere dann, wenn es eine Reaktion der Älteren auf ihre soziale Lage ist. So wird nicht selten eine wirtschaftliche Notlage oder existentielle Verunsicherung, die zu äußerster Sparsamkeit zwingt, als Geiz diffamiert. Der wirkliche Geiz jedoch existiert ganz unabhängig von den tatsächlichen Verhältnissen seiner Protagonisten, egal, ob diese nun arm sind oder reich. Bei den Reichen jedoch findet er den günstigeren Nährboden.

28 Vauvenargues: Reflexionen und Maximen, in: Die französischen Moralisten, Bremen 1980, S. 253.

29 Arthur Schopenhauer: Die Welt als Wille und Vorstellung. Zweiter Band, Zürich 1988, S. 742.

30 Georg Simmel: Philosophie des Geldes, a. a. O., S. 318.

31 Simone de Beauvoir: Das Alter, Reinbek 1991, S. 402 f.

Der Geiz als soziales Phänomen

Als individueller Zug verkörpert der Geiz eine »vom Normaltypus abweichende Neigung«, die sich – wie alle Laster – zumeist schädlich oder verderblich »auf die Existenz des betreffenden Individuums oder die Volksgesamtheit«³² auswirkt. Dies gilt jedoch nicht absolut, denn die soziale Bewertung des Geizes verändert sich mit dessen Rolle in der Gesellschaft und variiert mithin im historischen Verlauf; sie ist nicht unabhängig von Raum und Zeit, was sich begrifflich schon darin zeigt, daß der Geiz mal als Tugend, mal als Laster aufgefaßt wird. Simmel meint dazu, daß die Schwelle, von der ab Sparsamkeit als Geiz wahrgenommen wird, in primitiven Gesellschaften sehr hoch liege, in entwickelten dagegen sehr tief. Er schreibt: »Wer in engen und wenig geldwirtschaftlich bewegten Verhältnissen als sparsam und rationell in Geldausgaben gilt, wird in den großen Verhältnissen des schnellen Umsatzes, des leichten Verdienens und Ausgebens bereits als geizig erscheinen.«³³ Man denke nur an den Unterschied diesbezüglich zwischen dem Leben auf dem Lande und dem in einer Großstadt. Dies unterstreicht anschaulich die Relativität des Geizes als soziales Phänomen.

Sind Geiz und Knauserei als individuelle Erscheinungen immer häßlich und abstoßend und ihre Protagonisten skurrile Figuren, zudem meist alt, öffentlich gemieden und dem Spott wie der Verachtung preisgegeben, so wechselt ihre soziale Rolle doch mit der Zeit, und ebenso ihr moralisches Ansehen. Dies fällt besonders ins Auge, wenn man die Übergangszeit von der mittelalterlich-feudalen zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft betrachtet, eine Periode, in welcher die Rolle des Geldes und der Geldakkumulation einem grundlegenden Wandel unterworfen ist. Diente das Geld bisher vor allem dem Luxus und der Reichtumsrepräsentation, also dem Konsum, weshalb sein Festhalten und Horten als Marotte wider alle Vernunft erschien³⁴, so erhält dies jetzt einen *Sinn*, als Vorbedingung und Vorbereitung der kapitalistischen Produktion.

Die kapitalistische Produktionsweise beruht bekanntlich auf Arbeit und Kapital. Erstere gelangt mit dem doppelt freien Lohnarbeiter auf den Markt, das Kapital aber mußte, sofern nicht durch Gewalt herbeigeschafft, nicht durch Enteignung, Raub, Eroberung, Piraterie, Krieg, Plünderung, Diebstahl, Mord und Betrug erworben³⁵, mühsam angespart werden. Dies war gleichsam die historische Chance der Sparsamkeit und deren extremer Form: des Geizes. Niemand wußte dies besser als Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832), wenn er im *Faust II* mit den »drei gewaltigen Gesellen« *Raufbold*, *Habebald*, begleitet von *Eilebeute* und *Haltefest*, diejenigen Kräfte auftreten läßt, die der neuen Ordnung, dem Kapitalismus, zum Durchbruch verhelfen: Gewalt, Habgier, Diebstahl und Geiz.³⁶

Dem Geiz fällt dabei die Aufgabe zu, das Geld aus der Zirkulation zu ziehen und als Schatz anzusammeln, zu horten. Um aber das Geld als solches »festzuhalten und daher als Element der Schatzbildung«, schreibt Marx, »muß es verhindert werden zu zirkulieren oder als Kaufmittel sich in Genußmittel aufzulösen«³⁷. Dies aber ermöglicht allein der Geiz, denn er liefert dem Schatzbildner das *Motiv* dafür, sowohl für den Konsumverzicht, die Entsagung vom Genuß, als auch für die Akkumulation des Schatzes. Er allein ist »der lebendige

32 Leo Schidrowitz (Hg.): Sittengeschichte des Lasters, Wien, Leipzig 1927, S. 11.

33 Georg Simmel: Philosophie des Geldes, a. a. O., S. 308.

34 »Reich sein ist eine Sache, geizig sein eine andere«, schreibt Burton, um anschließend zu vermerken, daß die Geizigen »Narren« sind, »Schwachköpfe, Verrückte, arme Teufel, die sich selbst verloren haben, keine Freude mehr kennen, sondern in ewiger Sklaverei, Furcht, in Argwohn, Kummer und Mißmut dahinvegetieren und mehr Bitterkeit als Honig schmecken.« (Robert Burton: Anatomie..., a. a. O., S. 231).

35 Vgl. Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 741 ff.

36 Johann Wolfgang Goethe: Faust. Der Tragödie zweiter Teil, in: Sämtliche Werke, Band 18.1., München, Wien 1997, S. 308 f.

37 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 147.

Trieb der Schatzbildung«³⁸, und als solcher »von Natur maßlos«³⁹. Indem der Schatzbildner, als »historische Individualitätsform« jener Zeit⁴⁰, diesem Trieb folgt und dem »ewigen Schatz« nachjagt, verachtet er alle weltlichen, zeitlichen und vergänglichen Genüsse. Das heißt, er opfert »dem Goldfetsch seine Fleischeslust« und macht »Ernst mit dem Evangelium der Entsagung«. Andererseits aber kann er der Zirkulation »nur in Geld entziehen, was er ihr in Ware gibt. Je mehr er produziert, desto mehr kann er verkaufen. Arbeitsamkeit, Sparsamkeit und Geiz bilden daher seine Kardinaltugenden ...«⁴¹. Größer konnte der Gegensatz zur mittelalterlichen Ethik kaum sein! Aber die Moral wird nun mal von der Ökonomie bestimmt, um dann auf diese zurückzuwirken.

So befördert die durch Sparsamkeit erwirkte Akkumulation kleinerer und größerer Vermögen die kapitalistische Entwicklung. Gleichzeitig aber steigert sie die *Geldgier*, als »die Mutter des kapitalistischen Geistes«⁴². Damit besitzt der Geiz im Vor- und Frühkapitalismus nicht nur eine ökonomische Funktion, und seine Vertreter, die Schatzbildner und Wucherer, erhalten eine soziale Rolle; er wird nun auch völlig *neu* bewertet. Verächtlich erscheint der Geiz jetzt nur noch den Konservativen, den Kräften der Reaktion, allen Fortschrittlichen jedoch gilt er von nun an geradezu als »eine ehrbare Eigenschaft«⁴³, wie Graf Mirabeau (1749-1791) verwundert feststellte. Aus der Sünde von einst, dem häßlichen Laster, wird jetzt eine Tugend, für die Calvinisten und einige protestantische Sekten sogar *die* Tugend schlechthin, ihre »Kardinaltugend«. Werner Sombart (1863-1941) erblickte in der Fortentwicklung der Sparsamkeit zur Knickrigkeit und Knauserigkeit »das größte Verdienst, das sich die puritanische und quäkerische Ethik um den Kapitalismus ... erworben haben.«⁴⁴

Noch viel gründlicher ist Max Weber (1864-1920) dieser Frage nachgegangen: Er sieht in dem Zusammenspiel von »protestantischer Askese« und der »rastlosen, stetigen, systematischen, weltlichen Berufsarbeit« die Grundlage für die Expansion jener Lebensauffassung, die er den »Geist des Kapitalismus« nennt, und deren wichtigstes Ergebnis er in der »*Kapitalbildung durch asketischen Sparzwang*« ausmacht.⁴⁵

Ein beredtes Zeugnis dafür, wie sich der Zeitgeist innerhalb nur weniger Jahrzehnte wandelte, ist der Mißerfolg von Jean-Baptiste Molières Komödie *Der Geizige*. Das Stück⁴⁶, das wenige Jahre zuvor noch Beifallsstürme ausgelöst hätte, ebenso wie 200 oder 300 Jahre danach, fiel bei seiner Premiere 1668 schlichtweg durch, weil niemand lachte.⁴⁷ Offensichtlich sah das bürgerliche Publikum seinerzeit in dem Geizigen (Harpagon) eher einen tugendhaften Ehrenmann als eine lächerliche Figur, welche der Verspottung preisgegeben sei. Es ist unglaublich, wie rasant sich diese neue Sicht in der Gesellschaft ausbreitete: Galt noch vor kurzem als Grundsatz bürgerlicher Moral, »nicht mehr auszugeben als einzunehmen«, so wird jetzt als oberste Maxime postuliert: »weniger auszugeben als einzunehmen, also: *zu sparen*.« Konsumverzicht und Knauserie werden so »das Ideal selbst der Reichen, soweit sie Bürger geworden« sind. »Sparsamkeit wird nun so sehr geachtet«, schreibt Sombart, daß »der Begriff der Wirtschaftlichkeit oft geradezu mit dem der Spar-

38 Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie, a. a. O., S. 106.

39 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 147. Erasmus von Rotterdam vermerkt dazu, daß »das mit Mühe gesammelte Geld die Gier weder einschläfern noch lindern kann. Der schreckliche Durst nach Geld wächst mit wachsendem Vermögen, und hat er schon viel geschluckt, so begehrt er doch noch mehr.« (Lob der Torheit, zit. bei Ralf Borchers (Hg.): Arm und reich. Frankfurt am Main 1987, S. 79 f.)

40 Irene Dölling: Schatzbildner und Kapitalist, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978/1, S. 191-197.

41 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 147.

42 Werner Sombart: Der Bourgeois. Zur Zeitgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen, Reinbek 1988, S. 301.

43 Honoré Gabriel Graf von Mirabeau: Ausgewählte Schriften, Band 1, Hamburg 1989, S. 191.

44 Werner Sombart: Der Bourgeois, a. a. O., S. 252.

45 Max Weber: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, Tübingen 1988, S. 192.

46 Jean-Baptiste Molière: Der Geizige, in: Molière: Werke, Wiesbaden 1959, S. 695-770.

47 Siehe Rainer Nitsche: Der Geiz. Annäherung an eine gemeine Leidenschaft, Berlin 1990, S. 7 f.

48 Werner Sombart: Der moderne Kapitalismus. Band III. Erster Halbband, München/Leipzig 1927, S. 166.

49 Francis Bacon: Essays, Leipzig 1940, S. 190.

50 Werner Sombart: Der moderne Kapitalismus. Band I. Zweiter Halbband, a. a. O., S. 918; ebenda, S. 621 ff.

51 Bernard Mandeville: Die Bienenfabel oder Private Laster als gesellschaftliche Vorteile, Leipzig und Weimar 1988, S. 87.

52 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 620.

53 Ebenda, S. 615.

54 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, a. a. O., S. 613.

samkeit gleichgesetzt wird«⁴⁸. Und vom Kult der Sparsamkeit zum Geiz ist es bekanntlich nur ein kleiner Schritt.

In diesem Kontext ist auch die sich seit dem 16. Jahrhundert grundlegend gewandelte Beurteilung der Geldleihe und des Wuchers von Interesse. Francis Bacon (1561-1626) zum Beispiel trat 1597 in London mit einem Essay an die Öffentlichkeit, worin er, die Vor- und Nachteile jeweils sorgfältig abwägend, für die uneingeschränkte Beibehaltung des Wuchers plädierte. Eine Abstellung desselben, wie ihn andere forderten, hält er für eine nicht realisierbare, ganz und gar utopische Idee.⁴⁹ Bezeichnenderweise enthält seine umfangreiche Sammlung moralischer Essays keinen, auch noch so kleinen, Text über den Geiz, während alle anderen Laster der christlichen Morallehre sehr wohl in dem Buche vorkommen. Offensichtlich hat der Autor schon frühzeitig begriffen, daß »die Geldleihe ... eine der wichtigsten Wurzeln des Kapitalismus«⁵⁰ ist – und Sparsamkeit und Geiz mithin, als deren konstituierende Bedingungen, unverzichtbar sind, da ohne sie das Ganze nicht funktioniert.

Noch einen Schritt weiter in diese Richtung geht Bernard Mandeville (1670-1733), welcher den Geiz für die bürgerliche Gesellschaft als geradezu »unentbehrlich« hält: »Gäbe es keinen Geiz«, schreibt er in seiner berühmten *Bienenfabel* (1723), »wären die Verschwender bald mittellos; und wenn niemand schneller anhäuft und erwirbt, als er ausgibt, könnten nur sehr wenige schneller ausgeben als erwerben.«⁵¹ Im übrigen sieht er den »wahren Grund« dafür, daß die Leute »sovieel über Geizhalse herziehen«, in deren »Eigeninteresse«, das heißt, im Neid derer, die nichts haben, auf diejenigen, die etwas besitzen und dies eben festhalten.

In dem Maße jedoch, wie nicht mehr Arbeitsamkeit und Sparen, sondern die Ausbeutung fremder Arbeit zur Grundlage bürgerlicher Bereicherung werden, verliert die asketische Lebensführung an Boden. Luxuskonsum und Verschwendung werden nun wieder respektabel, ja, bis zu einem gewissen Grade gehören sie nun sogar zu den »Repräsentationskosten des Kapitals«⁵². Der Kapitalist belächelt daher die Askese des Schatzbildners: seine Geldgier und Bereicherungssucht erschöpft sich nicht im Geiz, sondern ist auf die Akkumulation gerichtet, auf die fortwährende *Verwertung des Geldes* im Produktionsprozeß. Seine Hortung im schatzbildnerischen Sinne erschiene ihm daher als »reine Narrheit«, denn der »Verschluß des Geldes gegen die Zirkulation wäre grade das Gegenteil seiner Verwertung als Kapital«⁵³. Folglich werden Schatzbildung und Wucher im Zuge der Unterwerfung des Geldes unter die Gesetze der kapitalistischen Produktion durch das Bank- und Kreditwesen verdrängt. Letzteres versteht sich geradezu als »Reaktion gegen den Wucher«⁵⁴. Sein Sieg über die Schatzbildnerei bedeutet die Anpassung des Geldkapitals an die Bedingungen und Bedürfnisse der kapitalistischen Produktion sowie seine *Unterordnung* unter diese.

Was dabei das Geldkapital als Element der kapitalistischen Produktion vom Wucherkapital unterscheidet, ist mitnichten sein Charakter als Kapital. Vielmehr sind es die »veränderten Bedingungen«, unter denen es jetzt fungiert, insbesondere »die total verwandelte Gestalt des Borgers«, die dem Geldverleiher, also der Bank, nunmehr gegenübertritt: »Es wird ihm Kredit gegeben als potentiell

Kapitalisten, ... ohne Ansehn von Stand, Geburt, Vermögen ...«⁵⁵, konstatiert Marx. Die Kreditausreichung erfolgt allein in dem Vertrauen, daß der Kreditnehmer unternehmerisch tätig wird, das geliehene Geld also *als Kapital* in die Produktion fließt, wodurch es Gewinn abwirft. Insofern sind der Rückfluß des Geldes und der Zins durch den Produktions- und Verwertungsprozeß garantiert. Als *Geldkapital* ist das Geld *Moment* dieses Prozesses und nicht mehr ein ihm äußerlicher Schatz wie in früherer Zeit.

Diesem grundlegenden Wandel, dem die Schatzbildung in der bürgerlichen Gesellschaft unterworfen ist, entspricht eine Neudefinition der Beziehung von Geld und Reichtum⁵⁶: Im entwickelten Kapitalismus ist der »gemünzte Reichtum«, der Geldschatz, nicht mehr der *eigentliche* Reichtum, der Reichtum als solcher. Gleichwohl aber findet auch hier die Akkumulation von Reichtum statt, und zwar im doppelten Sinn: Zum einen *konkret*, in der Produktionssphäre, durch die Vermehrung der gegenständlichen Produktivkräfte, insbesondere des *fixen Kapitals*, zum anderen *abstrakt*, durch die Zunahme der Geldvermögen auf Bankkonten, in Anleihen, Aktien, Derivaten usw., also in fiktiver Form, dessen Pendant im Kredit und im Schuldenaufbau zu sehen ist.

Unter diesen Bedingungen verlieren Sparen und Geiz in bestimmtem Maße ihre ökonomische Funktion. Der Geiz wird als soziales Phänomen völlig uninteressant. Was jedoch bleibt, ist seine individuelle Ausprägung als Schrulle und gerontologisches Problem. Dies gilt besonders in Zeiten der Überakkumulation von Kapital und der Unterkonsumtion der Massen und einer chronischen Nachfrageschwäche auf den Märkten.

In der kapitalistischen Welt ist dies spätestens seit der Weltwirtschaftskrise 1929/1933 der Fall. Bei John Maynard Keynes (1883-1946) findet sich daher auch eine eher zurückhaltende Bewertung der Ersparnisbildung, als der Differenz zwischen dem erzielten Einkommen und den Ausgaben für den Konsum, wobei für letztere »eine ziemlich beständige Funktion« angenommen wird. Das heißt, in der Befriedigung der Bedürfnisse, im Konsum, wird »ein stärkerer Beweggrund« gesehen als in der »Hortung« von Geld, welche überhaupt erst dann eine nennenswerte Bedeutung erlangt, wenn »ein gewisser Grad von Wohlleben erreicht worden ist«⁵⁷. Damit erscheint das Sparen nicht mehr als vorrangiges Ziel der privaten Einkommensdisposition, sondern eher als ein residualer Prozeß, dessen Motive die Beweggründe »der Vorsicht, Voraussicht, Berechnung, Verbesserung, Unabhängigkeit, Unternehmungslust, des Stolzes und Geizes« sind.⁵⁸ Zieht man hiervon nun diejenigen Gründe ab, die auf den Konsum gerichtet sind, auf dessen Sicherung in der Zeit, Vergrößerung usw., so bleiben vier Motive übrig, um die Ausgabenenthaltung zu begründen. Zwei davon sind gesellschaftlicher Natur, die Gewinnung eines Gefühls von »Unabhängigkeit und Macht« sowie die »Ausführung spekulativer oder geschäftlicher Pläne«, die beiden anderen aber sind individuell bestimmt: Man spart, so Keynes, »um ein Vermögen hinterlassen zu können« oder »um bloßen Geiz zu befriedigen, das heißt aus unverständlichem, aber beharrlichem Zurückschrecken vor der Ausgabe als solcher«⁵⁹. Man vergleiche diese Aussage mit der puritanischen Spar- und Geizeuphorie zweihundert Jahre zuvor!

55 Ebenda, S. 614.

56 Vgl. Ulrich Busch: Geld und Reichtum in der bürgerlichen Gesellschaft. Zur Grundlegung eines Zusammenhanges bei Karl Marx, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Band III/2003, Berlin, S. 63-82.

57 John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1983, S. 83 f.

58 Ebenda, S. 93.

59 Ebenda, S. 92.

Rekurriert man auf die beiden zuletzt genannten Motive, so erscheint übermäßiges Sparen recht *zweifelhaft* motiviert und zudem auch noch *negativ* bestimmt, was der oben beschriebenen ökonomischen Situation vollkommen entspricht, ebenso wie die abfällige Bewertung des Geizes. An anderer Stelle polemisiert Keynes gegen die klassische Auffassung von Adam Smith, wonach »jeder genügsame Mensch ein öffentlicher Wohltäter« sei, und sich »die Zunahme des Reichtums auf den Überschuß der Produktion über den Verbrauch stützt«. Keynes setzt dem die These entgegen, daß »die Grundsätze der Ersparnis, bis zum Übermaß getrieben, den Beweggrund der Erzeugung zerstören würden«⁶⁰. Sparsamkeit und Geiz sind also keineswegs von der Zeit unabhängige Tugenden, nicht einmal innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, so die Quintessenz.

60 Ebenda, S. 307.

61 Unter Sparparadoxon versteht man die der landläufigen Ansicht zuwiderlaufende Tatsache, daß ein Land durch verstärktes Sparen u. U. nicht reicher, sondern ärmer wird, das heißt, Volkseinkommen, Produktion und Beschäftigung sinken, sofern bestimmte Voraussetzungen gegeben sind (vgl. Artur Woll: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, München 1987, S. 351).

62 John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie ..., a. a. O., S. 310. Keynes zitiert hier Hobson und Mummy.

63 Bundesministerium der Finanzen: Der Finanzplan 2003 bis 2007, in: Monatsbericht August 2003, S. 55 ff.

Die Sparwut des Fiskus

Mit dem Ende des staatlichen Regulierungsversuchs des Kapitalismus und der sich auf die Theorie von Keynes stützenden nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik Ende der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts veränderte sich auch die Haltung zum Sparen. Die neoliberale Doktrin, die heute das ökonomische Denken dominiert, besitzt hierzu eine ungeteilt positive Haltung. So ist die von Keynes als verhängnisvoller »Irrtum« kritisierte und mit dem *Sparparadoxon*⁶¹ widerlegte Behauptung, »Ersparnis« mache »das Gemeinwesen und den Einzelnen reicher« wie jede Ausgabe sie »ärmer« mache, inzwischen zu einem unumstößlichen Grundsatz wirtschaftlichen Denkens und Handelns geworden. Ebenso die Sentenz, wonach »die wirkliche Liebe zum Geld die Wurzel alles wirtschaftlich Guten« sei. »Von den Tageszeitungen bis zur jüngsten wirtschaftlichen Abhandlung, von der Kanzel bis zum Unterhaus wird dieser Schluß wiederholt und von neuem behauptet, bis es schlechterdings gottlos zu sein scheint, ihn in Frage zu stellen.«⁶² Dies wurde 1936 geschrieben, gilt aber nicht weniger für die heutige Zeit: Man vergleiche nur die Regierungserklärungen, Sachverständigenurteilen und Wirtschaftsberichte der letzten Jahre, worin allenthalben von einem *Gebot des Sparens* die Rede ist, von Haushaltskonsolidierung und Einsparungen, vor allem bei Sozialleistungen, dem Abbau von Finanzhilfen, der Streichung von Subventionen und öffentlichen Ausgaben etc., ohne daß dafür eine zwingende ökonomische Notwendigkeit erkennbar wäre.⁶³

Den Hintergrund für diesen Sinneswandel in der Wirtschaftspolitik bildete freilich ein Zustand von Stagflation, Investitionsschwäche und hoher Staatsverschuldung. Aber auch nach Überwindung der Krise und unter den beinahe entgegengesetzten Bedingungen einer anhaltenden Nachfrageschwäche und der Tendenz zur Deflation, wie wir sie heute finden, wird das neoliberale Konzept unverändert beibehalten. So gelten Ausgabenreduzierung und Sparen weiterhin als »Auswege« aus der Krise und als »Tugenden«, obwohl sie Wirtschaft und Gesellschaft bisher nicht aus der Stagnation herausgeführt, sondern eher noch tiefer hineingezogen haben. Nichtsdestotrotz wird Bundesfinanzminister Hans Eichel nicht müde, immer neue Sparappelle an die Öffentlichkeit zu richten. Dabei versteht er unter »Sparen« nicht »Investieren«, sondern fiskalisches Nichtaus-

geben, Streichen und Reduzieren. Diese biedere, eher »hausväterlich« als »volkswirtschaftlich« zu verstehende Sparpolitik soll der haushaltmäßigen Konsolidierung dienen. Im Visier ist dabei ein »Nulldefizit« des Budgets und die absolute Zurückführung der Verschuldung. Dies aber ist eine Fiktion, wie sich schon heute zeigt, da mit den Ausgaben zugleich die Einnahmen zurückgehen und die Wirtschaft auf diese Weise keine Wachstumsimpulse erhält, sondern Stagnations- und Schrumpfungssignale.

Mit ihrem Bekenntnis zum Sparen um jeden Preis unterstützen Theorie und Moral eine Politik, die bestenfalls partielle Lösungen anzubieten vermag, Lösungen für den Augenblick. Eine Konsolidierung des Haushalts durch Kürzungen, Ausgabensperren usw. ist aber keine *wirkliche* Lösung, vor allem dann nicht, wenn sie zugleich die Grundlagen für eine Zunahme der Einnahmen untergräbt. Da auf diese Weise kein stabiles und nachhaltiges Wachstum zustande kommt, läuft diese Sparpolitik volkswirtschaftlich auf eine reine *Umverteilungslösung* hinaus: Der Staat senkt *erstens* seine Einnahmen, die ordentlichen aus Steuern und Abgaben ebenso wie die außerordentlichen aus neuen Krediten, eine Maßnahme, die vor allem für die oberen Einkommensklassen von Vorteil ist, denn sie zahlen nun für das Gemeinwesen deutlich weniger. *Zweitens* spart der Staat bei den öffentlichen Ausgaben, indem er bestimmte Aufgaben überhaupt nicht mehr wahrnimmt oder sie der privaten Initiative und privaten Finanzierung überläßt. Dabei verlieren vor allem die unteren Einkommensklassen, denn sie werden hiervon ungleich stärker betroffen als andere. Es findet also Umverteilung statt, und das nicht zu knapp.⁶⁴

Begründet wird diese Politik mit einem selbstaufgelegten Sparzwang, den Maastricht-Kriterien der Europäischen Union und den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie vermeintlichen Globalisierungs- und Wettbewerbserfordernissen, aber auch mit der als unumstößliche Wahrheit verkündeten Überzeugung, Sparen sei *per se* gut und richtig und es gäbe hierzu keine Alternative. Um dieses Konzept durchzusetzen, ist der Politik kein Argument zu »billig«, sei es auch noch so weit hergeholt, etwa aus der Mottenkiste des Liberalismus oder gar des Monetarismus vorklassischer Prägung. Im Zeichen allgemeiner Sparpolitik führt die Bundesregierung gegenwärtig eine Reform nach der anderen durch – die Arbeitsmarktreform, die Gesundheitsreform, die Rentenreform, die Steuerreform, die Bildungsreform usw. – mit dem Ergebnis, daß überall gespart und kostengünstiger gewirtschaftet wird. Aber was bedeutet es eigentlich in einer volkswirtschaftlichen Betrachtung, wenn die Verbraucher, das heißt, der Staat und die Bevölkerung, bei wachsender Produktion und Produktivität immer weniger ausgeben, immer weniger Einkommen realisieren, immer weniger Nationaleinkommen in Anspruch nehmen? Darauf gibt es nur zwei Antworten: Entweder, das ganze System wird immer uneffektiver, so daß von dem produzierten Wertzuwachs bei den Konsumenten letztlich immer weniger ankommt, oder aber, es findet eine gigantische Umverteilung statt, zu Lasten der Lohnabhängigen und Transferempfänger und zugunsten der oberen Einkommensklassen und Vermögensbesitzer.⁶⁵ In letzterem Falle hätten Konsumverzicht und Geiz durchaus eine ge-

64 Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2004, Köln 2004.

65 Vgl. Ulrich Busch: Der Reichtum wächst, aber nicht für alle, in: UTOPIE kreativ, Heft 150 (April 2003), S. 319-329.

sellschaftliche Funktion, indem sie dem Umverteilungsprozeß einen moralisch *positiven* Anstrich geben und ihn dadurch politisch vielleicht überhaupt erst möglich machen. Auf jeden Fall aber funktioniert er auf diese Weise reibungsloser.

Demoralisierung durch Geiz

Die zuletzt getroffene Feststellung ist dann auch der Grund dafür, daß gegenwärtig bei den privaten Haushalten nicht nur Konsumverzicht und Sparsamkeit groß geschrieben und Knickrigkeit und Knauerei zu Tugenden umgemünzt werden, sondern man sogar noch eins draufsetzt, indem selbst der schnöde Geiz jetzt als etwas Positives erscheint.

Die Werbung popularisiert diese neue Lebensauffassung mit Kampfbegriffen wie »Geizpreise«, »Geizservice«, »Supergeiz«, »Geizwahn« usw. In den Niederlanden macht seit Jahren eine eigens diesem Thema gewidmete Zeitschrift *Vrekkenkrant* (Geizhals) Furore, Bücher mit den Titeln *Wie werde ich ein echter Geizhals?* und *Knauern Sie sich reich* erreichen Höchstauflagen und werden zu Bestsellern.⁶⁶ Geiz ist Mode! Man sucht nach Rezepten, die Nachbarn darin zu übertreffen. Was früher das größere Auto war, ist heute der billigere Wintermantel oder das schlichere Menü auf der Geburtstagsparty. Und das, obwohl für viele, insbesondere jene, die von der Zukunft wenig zu erwarten haben, nach Pierre Bourdieu (1930-2002) der Hedonismus doch »allemaal noch die einzig denkbare Philosophie« darstellt⁶⁷ – und nicht Sparsamkeit und Selbstbeschränkung.

Für die Reichen ist die neue Geizkultur wohl eher eine Form von »asketischem Aristokratismus« oder so etwas wie »Elitismus der Armut«, wie Bourdieu zeigt.⁶⁸ Die traditionellen Mittelschichten dagegen *müssen* sparen, da sich ihr ökonomischer Spielraum sukzessive verengt. Dies gilt erst recht für Normalverdiener und Durchschnittskonsumenten, deren Einkommen seit Jahren, real gerechnet, nicht mehr steigt, obwohl der Verteilungsspielraum bei weitem nicht ausgeschöpft ist. Auch sie müssen sich daher zwangsläufig einschränken.⁶⁹ Am stärksten jedoch gilt dies für die Transferempfänger, die Arbeitslosen, Kranken und Altersrentner mit geringen Bezügen. Sie müssen sparen, um überhaupt existieren zu können. Der Geiz als Mode erleichtert ihnen dies jedoch vielleicht etwas.

Indem sich der Geiz des Zeitgeistes bemächtigt und als Tugend erscheint, vollzieht sich hier ein ähnlicher Prozeß wie unlängst beim *Neid*, als dieser gezielt umgelenkt wurde – von den Reichen und Beneidenswerten weg, und zu den Armen und Bemitleidenswerten hin. Wie dieser, so wird jetzt auch jener geschickt im Verteilungskampf instrumentalisiert und für die Umverteilung von Einkommen und Reichtum genutzt.⁷⁰

So wie die Neidkampagne während der Diskussion um die Wiedereinführung der Vermögensteuer kein Zufall war, so kommt auch die Geizkampagne im Vorfeld der Sozialreformen gerade recht: *Zum einen* ist sie der Versuch, der Beschneidung des Massenkonsums durch die Verteilungspolitik einen von den Betroffenen selbst gewollten euphemistischen Anstrich zu geben: »Geiz ist geil!« Zum anderen aber ist sie bereits auch schon Ausdruck für den erzwungenen Konsumverzicht und eine Reaktion darauf, so wie erhöhte Spar-

66 Hanneke van Veen, Rob van Eeden: *Wie werde ich ein echter Geizhals? Knauern Sie sich reich!* Augsburg 1999 (Sammelband der zuvor schon im mvg-verlag Landsberg/Lech erschienenen Ausgaben).

67 Pierre Bourdieu: *Die feinen Unterschiede*, Frankfurt am Main 1987, S. 297.

68 Ebenda, S. 447 und 350.

69 Vgl. Claus Schäfer: *Mit einer ungleichen Verteilung in eine schlechtere Zukunft. Die Verteilungsentwicklung in 2002 und den Vorjahren*, in: *WSI-Mitteilungen* 11/2003, S. 631-643.

70 Vgl. Ulrich Busch: *Vermögensbesteuerung und Neidperversion*, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 147 (Januar 2003), S. 5-16.

samkeit häufig die Konsequenz einer wirtschaftlichen Notlage oder drohenden Illiquidität ist. *Drittens* ist das aktuelle Geizverhalten natürlich auch Abbild eines rationalen Kauf- und Konsumverhaltens und damit Moment einer sich in der Gesellschaft mehr und mehr ausbreitenden ökonomischen Logik, was nicht zu kritisieren ist. Letzterer Aspekt allein würde jedoch nicht hinreichen, um das Geizphänomen zu erklären. Erst zusammen mit den anderen Aspekten wird seine Tragweite in der heutigen Zeit verständlich und die damit verbundene Umbewertungspferdie nachvollziehbar.

Interview mit PAUL M. SWEEZY

»Ich mußte mich einfach dem Marxismus zuwenden«

Paul Sweezy ist einer der Begründer von *Monthly Review*. Seine Beiträge zur Wirtschaftstheorie, zur Geschichte und zur Politikanalyse haben breite Anerkennung erfahren. Er wurde 1910 in New York als Sohn eines Bankmanagers geboren und studierte an der Phillips Exeter Academy und der Harvard University, wo er 1931 seinen ersten akademischen Grad erwarb. In den Jahren 1932 und 1933 studierte er an der London School of Economics. Dort kam er erstmals mit dem Marxismus in Berührung. Zurückgekehrt an die Harvard University promovierte er 1937 mit einer wirtschaftshistorischen Arbeit über Monopol und Konkurrenz im englischen Kohlehandel 1550-1800. Bis 1942 – dem Jahr, in dem seine Schrift *The Theory of Capitalist Development* (Die Theorie kapitalistischer Entwicklung) erschien – lehrte er Wirtschaftstheorie in Harvard. Danach trat er in die Forschungs- und Analyseabteilung des Office of Strategic Services (OSS – Büro für Strategische Dienste), einem Vorläufer der Central Intelligence Agency (CIA), ein, wo er am geheimen *European Political Report* arbeitete. Im Herbst 1945 kehrte er schließlich in die USA und nach Harvard zurück. Als jedoch seine Bewerbung auf eine Professur abgelehnt wurde, entschloß er sich, die Universität für immer zu verlassen. 1946 erhielt er eine Zuwendung vom Social Sciences Research Council (Forschungsrat für Sozialwissenschaften) und zog nach New Hampshire, wo er die Arbeiten an *Socialism* (1949) abschloß. (Sweezy erbt in dieser Zeit das Vermögen seines Vaters und war fortan nicht mehr auf den Erwerb eines Lohnkommens angewiesen – der Übers.)

Paul M. Sweezy (1910-2004)

Dieses Interview wurde in voller Länge im Mai 1999 veröffentlicht in: *Monthly Review*, Nr. 1, 51. Jahrgang, S. 31-53. Anlaß war die Vollendung des 50. Jahrgangs des Erscheinens von *Monthly Review*. Das Interview war in wesentlichen Teilen zwischen 1997 und 1999 von Christopher Phelps telefonisch geführt und mitgeschnitten worden; es enthält auch Passagen, die von Andros Skotnes für das Columbia University Oral History Project 1986 und 1987 aufgezeichnet wurden.

Paul Sweezy ist am 27 Februar 2004 im Alter von 93 Jahren verstorben. Der Titel des Beitrags stammt von der Redaktion UTOPIE kreativ.

Alle späteren Schriften Sweezys sind bei *Monthly Review Press* erschienen. Er war Mitautor von *Cuba: Anatomy of a Revolution* (1960) und *Socialism in Cuba* (1969) zusammen mit Leo Huberman, *Monopoly Capital* (1966) zusammen mit Paul A. Baran, und *The Dynamics of U. S. Capitalism* (1970), *The End of Prosperity* (1977), *The Deepening Crisis of U. S. Capitalism* (1980), *Stagnation and the Financial Explosion* (1987) sowie *The Irreversible Crisis* (1988), alle zusammen mit Harry Magdoff. Seine Aufsätze und Vorlesungen wurden gesammelt herausgegeben in *The Present as History* (1953), *Modern Capitalism and Other Essays* (1972), *Post-Revolutionary Society* (1980) und *Four Lectures on Marxism* (1981).

Die Gründung von »Monthly Review«

Ohne allzusehr ins Detail zu gehen, wieso waren Sie und Leo Huberman davon überzeugt, daß eine sozialistische Zeitschrift eine

Chance haben würde, ausgerechnet 1949, in dieser spezifischen Situation, in der die Linke (in den USA) heftigen Angriffen ausgesetzt war und sich in Auflösung befand?

PAUL SWEETZY: Ja, die Begleitumstände waren scheinbar alles andere als günstig. Leo und ich, wir hatten den Eindruck, daß sozialistische Ideen im geistigen Leben des damaligen Amerikas entweder ignoriert oder fehlverstanden, auf jeden Fall aber unterrepräsentiert waren. Wir wollten dem etwas entgegensetzen; vor allem wollten wir aber die Kontinuität mit den älteren Traditionen des Marxistischen Denkens in unserem Land sichern. Allerdings wußten wir zu diesem Zeitpunkt nicht wirklich, was wir da taten; wir hofften nur, daß es etwas werden würde – und wie sich herausgestellt hat, hatten wir recht.

Wie war die Beziehung zwischen Ihnen und Leo Huberman? Wenn man Ihrer beider Schriften vergleicht, gewinnt man den Eindruck, daß Sie ganz unterschiedliche Stärken hatten; gab es eine Art informelle Arbeitsteilung zwischen Ihnen ...

PAUL SWEETZY: Er war von uns beiden der entschieden bessere Geschäftsmann ... Er war in solchen Dingen wirklich gut. Und Leo wäre sicherlich etwas geworden, wenn er in die Wirtschaft gegangen wäre. Er hatte überhaupt eine Menge von jenen Vorzügen, die mir völlig abgehen. Ich bin viel zu chaotisch, um irgend etwas systematisch zu machen.

Aber ich denke, ich bin mehr Theoretiker als Leo. Leo war ein solider, guter Linker, immer auf dem aktuellsten Stand, aber Ideen entwickeln war seine Sache nicht. Das war meine Abteilung, denke ich. Über Jahre habe ich faktisch die Monatsrückblicke (Reviews of the Month, die Editorials von *Monthly Review* – der Übers.) geschrieben; nicht alle, aber die meisten. Hin und wieder hat auch Leo einen geschrieben. Wir haben uns immer über das Thema und seine Darstellung abgestimmt. Aber für den Entwurf war ich in der Regel zuständig.

Leos Aufgabe waren alle geschäftlichen und Verwaltungsbelange. Wissen Sie, ich lebe seit Jahrzehnten oben in New Hampshire und komme nur einmal im Monat rein – vor allem, um das Editorial zu schreiben und Manuskripte zu lesen. Er hingegen war vollauf beschäftigt mit all dem bürokratischen Kram, den die Herausgabe einer Zeitschrift nun mal mit sich bringt ... Er stellte das Endmanuskript zusammen, schaffte es in die Druckerei. Aber ohne die Hilfe von Gerty, seiner Frau, wäre auch er überfordert gewesen. Sie war eine ausgebildete Buchhalterin und führte die Bücher. Und da war noch Sybil Huntington May, sie verbrachte die Sommer zusammen mit Hubermans und uns (der Familie Sweetzy – der Übers.) in Martha's Vinyard, einer Art Feriensiedlung – wir alle fünf waren da oben, erledigten die Buchhaltung und verwalteten die Liste der Abonnenten. Das war die gesamte Bürokratie am Anfang: Gerty, Leo und Sybil.

Leo Huberman – 1903 bis 1968; Wirtschaftshistoriker und erster Mitherausgeber von *Monthly Review*, veröffentlichte unter anderem *We, the People* (1932), eine populärwissenschaftliche Geschichte der Vereinigten Staaten.

Wie kam es zum Namen »Monthly Review«?

PAUL SWEEZY: Wir brauchten lange, sehr lange, für die Namensfindung. Nachdem wir uns entschlossen hatten, das Projekt tatsächlich Wirklichkeit werden zu lassen, suchten wir einen Titel, der möglichst genau das ausdrücken sollte, was wir beabsichtigten. Wir hatten eine lange Liste mit Titelvorschlägen, entschieden uns jedoch schließlich für einen, der nicht Dinge vorwegnahm oder Verheißungen wie sozialistisch oder revolutionär oder ähnliches suggerierte – aber wir bekannten uns zu unseren Visionen im Untertitel: »An Independent Socialist Magazine« (Eine unabhängige sozialistische Zeitschrift).

Was bedeutete »unabhängig« für Sie?

PAUL SWEEZY: Unabhängigsein von einer politischen Linie, die von irgend jemand oktroyiert wird.

Marxist werden

Gab es irgendeinen familiären Hintergrund oder eine spezifische Erfahrung in Ihrer Oberschulzeit in Exeter, das Ihre spätere Entwicklung zu einem Radikalen (Linken) vorbestimmt hätte?

PAUL SWEEZY: Nein, oder vielleicht in gewissem Sinne doch – mein Vater war ein Freidenker und extrem liberal.

Ein Freidenker im religiösen Sinne?

PAUL SWEEZY: Ja. Ich erinnere mich lebhaft an meine Kindheit, als wir die Sonntagsschule (Religionsunterricht – der Übers.) besuchten, während meine Eltern, mehr oder weniger weil es sich so gehörte, als Element ihrer Sozialisation sozusagen, zur Kirche gingen; und wir schließlich zurück nach Hause kamen zum Sonntagsmahl. Damals lebte meine Großmutter – die Mutter meiner Mutter –, eine sehr gläubige Methodistin, noch bei uns. Sie glaubte tatsächlich alles genauso, wie es in der Bibel geschrieben stand, und mein Vater glaubte davon nichts, was nicht irgendwie plausibel war. Er geriet jedesmal in Streit mit meiner Großmutter. Ich habe mich niemals eingemischt, aber ich habe zugehört. Und jedesmal dachte ich: ›Er hat recht; er hat recht!‹ Zum Beispiel in bezug auf den Wal, der Jonas verschlungen haben soll – ich konnte das nicht glauben. Auf diese Weise hat die Freidenkerart meines Vaters sicherlich den Grundstein dafür gelegt, daß ich später an alles sehr undogmatisch herangegangen bin.

Und wie war das in Harvard?

PAUL SWEEZY: Ja, Harvard – das war damals vor allem Protest. Daß ich für Norman Thomas gestimmt habe, statt für entweder Roosevelt oder Hoover, war reiner Protest. Dahinter stand keine politische Überzeugung. Erst als ich 1932 und 1933 an der London School of Economics war, wurde ich wirklich mit radikalen (linken) Konzepten konfrontiert.

Wie, genau, kam es dazu?

PAUL SWEEZY: Das ist ziemlich schwierig zu beschreiben. An der London School of Economics waren damals Menschen von überall aus dem Britischen Imperium. Und Harold Laski war sicherlich der herausragende Politikwissenschaftler damals. Ich besuchte manchmal seine Donnerstag-Soirée. Er war zwar ein loyales Mitglied der Labour Party, und darin lagen auch die Grenzen seines Marxismus beschlossen, die er niemals überschritten hat, aber die Große Krise hatte auch ihn radikalisiert. Ich wurde von seinen historischen Schriften zweifellos beeinflusst. Aber entscheidend beeinflusst haben mich sicher seine Studenten der höheren Semester. Unter ihnen gab es alle Schattierungen von Kommunisten, Troztkisten – und Linken überhaupt. Die meisten waren herausragend und beeindruckend zugleich. Und so wurde ich von einem »gläubigen« Anhängers der US-amerikanisch geprägten Wirtschaftstheorie – über den Umweg der Österreicherischen Schule – schließlich zu einem Linken radikalisiert. Ich näherte mich diesem Denken vor allem durch Gespräche, die ich mit diesen Studenten hatte, von denen einige gebildeter waren als die ganze Fakultät zusammengenommen.

Damals war die wirtschaftliche Lage, was man bedenken muß, katastrophal. Es gab weder eine vernünftige und vor allem anerkannte Theorie, wie es dazu kommen konnte, noch eine, wie es weitergehen könnte. Sicher, Keynes war schon eine sehr bekannte Person, bereits seit dem Ende des Ersten Weltkriegs. Seine *Treatise on Money* (dt. »Vom Gelde«, 1931 – der Übers.) wurde, glaube ich, 1930 veröffentlicht. Ich habe seine Schriften noch in Harvard gründlich studiert. Wir lasen auch Hayek und waren hin und her gerissen zwischen den verschiedenen Sichten, immer auf der Suche nach einem Konzept, das in der Lage war, die Zustände zu erklären. Unter dem Eindruck all dessen stieß ich schließlich auf marxistische Erklärungen. Als ich mich damit zum erstenmal zu befassen begann, tat sich mir ein Kosmos neuer Einsichten auf – es gab nicht nur zyklische Krisen, sondern auch eine Krise des Systems als Ganzes.

Dann las ich Trotzki's *Geschichte der Russischen Revolution*, und das war's: einfach ein brillantes Buch.

Das war also das Buch, das alles entschied?

PAUL SWEEZY: Ja, davon bin ich überzeugt; jedenfalls insofern es um die Russische Revolution ging. Ich wußte vorher nichts darüber, und dann las ich von diesem unglaublich erregenden und beeindruckenden geschichtlichen Drama. Ich mußte mich einfach dem Marxismus zuwenden; ich studierte und dachte nach. Vor allem nach meiner Rückkehr in die Staaten im Herbst 1933 begann ich ein ernsthaftes systematisches Studium des Marxismus. Damals veränderte sich auch die Situation in Harvard. An den US-amerikanischen Universitäten vollzogen sich Veränderungen bisher ungeahnten Ausmaßes. Es gab auf einmal überall Linke. Aber Marxisten waren noch immer in der Minderheit. Ich denke, die meisten von uns waren noch im Stadium des Selbststudiums und der Bewußtwerdung begriffen.

John Maynard Keynes – 1883 bis 1946; gilt als einflußreichster Wirtschaftstheoretiker des 20. Jahrhunderts, begründete die antizyklische Wirtschaftspolitik (Keynesianismus); Hauptwerke *A Treatise on Money* (1930) und *The General Theory of Employment, Interest and Money* (1936).

Friedrich August von Hayek – 1889 bis 1992; einflußreicher neoklassischer Vertreter der Österreicherischen Schule, trat als Wirtschaftstheoretiker und als scharfer Kritiker sozialistischer Wirtschaftsauffassungen hervor, veröffentlichte unter anderem *The Pure Theory of Capital* (1941) und erhielt (zusammen mit Gunnar Myrdal) 1974 den Nobelpreis für Ökonomie.

Historische Perspektiven gewinnen
Wie würden Sie ihr Verhältnis zu Joseph Schumpeter beschreiben?

Joseph Alois Schumpeter – 1883 bis 1950; aus Österreich stammender Wirtschaftstheoretiker, erweiterte die Wachstumstheorie zu einer allgemeinen Theorie kapitalistischer Entwicklung, veröffentlichte unter anderem *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* (1912); *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* (1942), *Geschichte der ökonomischen Analyse* (1954).

PAUL SWEEZY: Eigentlich war ich für ein oder zwei Jahre sein wissenschaftlicher Assistent im ersten Fünfjahreskurs in Wirtschaftstheorie für Graduierte. Aber unsere Beziehung war sehr persönlich und sehr vielseitig. Wir hatten ein sehr gutes Verhältnis, obwohl wir faktisch geradezu entgegengesetzten politischen Lagern angehörten. Als ich 1933/34 zurück nach Harvard kam, verstand ich mich selbst als Marxist. Ich besuchte Schumpeters Doktorandenseminare und bemerkte, daß er den Marxismus sehr ernsthaft behandelte. Ich denke, Schumpeter war zwar im Grunde sehr konservativ – wir waren diesbezüglich Antagonisten –, aber er war nie ignorant; er versuchte vielmehr, eine Gegentheorie zu Marx zu entwerfen. In allen seinen Schriften behandelt er Marx ausgesprochen seriös, ganz im Gegensatz zu der unglaublich vulgären Art anglo-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, mit Marx umzugehen. Obwohl ich mit Schumpeter nie einer Meinung war, war es immer ein Gewinn, mit ihm zu debattieren. Insbesondere sein historisches Wissen war beeindruckend.

Eines interessiert mich dabei vor allem – seine Überzeugung von der Bedeutung der Geschichte für das Studium der Wirtschaftswissenschaften. Haben Sie sich daran orientiert, oder kommt Ihr geschichtliches Interesse vor allem aus dem Marxismus? Ihre Schriften sind jedenfalls stets (wirtschafts)historisch angelegt.

PAUL SWEEZY: Ja, das ist richtig. Ich weiß nicht so recht, wie ich es erklären soll. Ich war immer äußerst skeptisch gegenüber dem Grenznutzenkram und dem methodischen Individualismus. Aber ich konnte mit dieser Unzufriedenheit nichts Rechtes anfangen, bis ich auf Marx stieß. Und auf einmal fügten sich die Teile zu einem Bild. Es braucht allerdings einige Zeit und Mühen, bis diese Art des Herangehens sozusagen zur ›unterbewußten‹ zweiten Natur wird, zur Grundlage des analytischen Vorgehens überhaupt.

Mehr und mehr gewann ich die Überzeugung, daß Sozialwissenschaften eigentlich historische Wissenschaften sind. Das ist ihr Gegenstand schlechthin. Man kann das in ökonomische, politische und soziologische Disziplinen zerlegen; aber alle sind stets miteinander verbunden. Es ist zwar prinzipiell möglich, einzelne Aspekte auszusondern, aber für mich ist das Augenwischerei und wenig wissenschaftlich – soweit es um wirklichen Erkenntnisgewinn geht. Geschichte ist die Grundlage von allem. Und der Marxismus ist die einzige Wissenschaft, die ein solches Herangehen nicht nur möglich macht, sondern sogar fordert. Der historische Materialismus ist daher die Basis aller Sozialwissenschaften.

Demgegenüber ist es stupide, abstrakte Formeln zu akzeptieren (in denen Raum und Zeit faktisch eliminiert sind – der Übers.). Für jemand, der sich an derartiges erst einmal gewöhnt hat, ist die Marxsche Denkweise, für die Formeln nie eine große Bedeutung hatten, nur schwer nachvollziehbar. ... Marx und Engels haben nie dogmatische Lehrbücher verfaßt. Sie schrieben Kritiken zu den Werken ih-

rer Zeitgenossen. Jedes größere Werk, das Marx je verfaßt hat, trägt den Begriff »Kritik« entweder im Titel oder im Untertitel. Das war seine Art, wie er glaubte, gesellschaftliche Erscheinungen behandeln zu müssen.

Hat Sie irgend jemand in Harvard ermutigt, historische Studien über Monopol und Konkurrenz in der englischen Kohleindustrie anzustellen, oder sind Sie von allein darauf gekommen?

PAUL SWEEZY: Nein; ich bin irgendwie darauf gekommen, als ich mich mit der Literatur zur englischen Wirtschaftsgeschichte befaßte. Damals entschied ich mich, mein Interesse darauf zu konzentrieren. Es war zu einer Zeit, als Chamberlin und Robinson monopolistische und ungleiche Konkurrenz in die neoklassische Wirtschaftstheorie einbrachten. Mir schien es von Anfang an, daß mit diesem Thema vielmehr gravierende makro-ökonomische Effekte verbunden waren, als die »Erfinder« der Theorie selbst glauben machen wollten. Überhaupt war das ganze Zeug über monopolistische und ungleiche Konkurrenz zunächst ohne jeden Bezug zur Volkswirtschaftstheorie. Derjenige, der diesen Bezug insbesondere hergestellt hat, war Michael Kalecki. Kalecki war großartig; ein Marxist durch und durch.

Welcher Art waren Ihre Beziehungen zur Kommunistischen Partei in Cambridge – gab es überhaupt welche?

PAUL SWEEZY: Es gab nie formelle Beziehungen. Sicher, ich kenne schon eine Reihe von denen, Granville Hicks vor allem. Er war Hochschullehrer in Harvard und zugleich offen Kommunist. Zudem war eine große Zahl von Lehrern, vor allem jene, die der Lehrgewerkschaft beitraten, Mitglied oder Sympathisant der Kommunistischen Partei, die in dieser Zeit die einzige gut organisierte politische Kraft war. Ja, ich kannte viele, arbeitete mit ihnen und wir hatten viele Kontroversen.

Aber ich war niemals versucht beizutreten, vor allem wegen des extremen ideologischen Dogmatismus. Ich wußte, daß er der Tod für jedes unabhängige Denken sein würde. Als ich zum Beispiel mein Buch *Die Theorie kapitalistischer Entwicklung* veröffentlichte, wartete die KP mit ihrer Stellungnahme erst auf eine Anweisung aus Moskau, ob das zu unterstützen oder abzulehnen sei. Diese Art geistige Unmündigkeit habe ich immer verabscheut.

Ich war sicherlich ein Befürworter einer Volksfrontpolitik, die die Kommunisten einschließt und ihnen sogar unter bestimmten Bedingungen eine gewisse Vorherrschaft zubilligt. Aber ich, wie viele andere Intellektuelle, war damals der Überzeugung, daß in den 1930ern der Faschismus die Bedrohung schlechthin war; und daß es deshalb notwendig war, Allianzen und Koalitionen mit allen einzugehen, die dagegen waren ...

[...]

Von einigen wird Ihr Buch »Die Theorie kapitalistischer Entwicklung« (veröffentlicht 1942 bei Oxford University Press) noch immer

Edward H. Chamberlin – 1899 bis 1967; Wirtschaftstheoretiker, begründete unabhängig von Joan Robinson die Theorie des unvollkommenen Wettbewerbs.

Joan Robinson – 1903 bis 1983; Wirtschaftstheoretikerin, wurde berühmt mit ihrer Schrift *The Economics of Imperfect Competition* (1933), befaßte sich später unter dem Einfluß vom Kalecki mit der Marxschen Theorie; als ihr Hauptwerk gilt *The Accumulation of Capital* (1956).

Michael Kalecki – 1899 bis 1970; polnischer Wirtschaftstheoretiker, bemühte sich bereits früh um eine Synthese von Marx und Keynes, forschte insbesondere zu Klassenwidersprüchen, zur Einkommensverteilung und zur unvollständigen Konkurrenz, veröffentlichte unter anderem *The last Phase in the Transformation of Capitalism* (1968).

als die beste Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie bezeichnet. Wie ist es entstanden?

PAUL SWEEZY: Ich wurde Mitte der 1930er Assistent am Kurs zur Wirtschaft des Sozialismus – wann genau, weiß ich nicht mehr. Professor war seinerzeit Edward Mason, und ich war sein Assistent für zwei, drei Jahre. Schließlich langweilte ihn der Kurs, und er überließ ihn allein mir. Es wurde mein Kurs. Indem ich ihn nun selbst lehrte, wurde mir bewußt, daß es keine einigermaßen befriedigende, zusammenfassende Darstellung marxistischer Wirtschaftstheorie gibt. Und so entstand auf der Grundlage meiner Vorlesungen im Laufe von vier bis fünf Jahren der erste Entwurf zur *Theorie kapitalistischer Entwicklung*. Das Buch erschien 1942, faktisch kurz bevor ich zur Armee ging.

Es gab nie eine überarbeitete Auflage, wodurch – denke ich – der ursprüngliche Entwurf seine Ausstrahlungskraft bewahrt hat. Und ich habe bis heute nicht die Absicht, irgend etwas zu ändern. In dieser Hinsicht bin ich ein wenig wie Schumpeter, von dem der Ausspruch stammt, daß Bücher wie Kinder sind – haben sie erstmal das Haus verlassen, verliert man die Kontrolle über sie. Aber selbst heute noch kann dieses Buch, ohne grundsätzliche Revision, als Einstieg in die marxistische Wirtschaftstheorie verwandt werden.

[...]

Marxismus und »Monthly Review«

Zurück zu den ersten Tagen von »Monthly Review«. Den berühmten Artikel von Albert Einstein in der ersten Nummer haben Sie durch Vermittlung von Otto Nathan erhalten. Wie kam es dazu?

PAUL SWEEZY: Das ist eine ziemlich verwickelte Geschichte. Otto war seit langem mit Leo befreundet. Zugleich war er ein enger Vertrauter, Gehilfe und Freund von Einstein – und er war Mitbegründer von *Monthly Review*. Es ist wirklich kaum zu beschreiben, was sich schließlich zugetragen hat. Otto war einer von denen, die nicht wollten, daß ihr Engagement für *Monthly Review* öffentlich wird. Wie Sie wissen, war es damals eine ziemlich heikle Sache, sich öffentlich als Sozialist zu bekennen. Otto war ein Flüchtling aus Deutschland und ein altgedienter deutscher Sozialdemokrat. Ich weiß nicht, wie er an Einstein geraten ist – seinerzeit in Deutschland –, aber hier stand er ihm sehr nah, und er war es, der schließlich Einstein überzeugte, diesen Artikel zu schreiben. Wir dachten ursprünglich an eine Serie von Beiträgen unter dem Motto »Warum ich Sozialist bin«, aber Einstein hat das nicht aufgegriffen. Er schrieb über »Warum Sozialismus?«. Ich denke bis heute, daß das keinen großen Unterschied macht, aber er entschied sich eben für diese Formulierung.

Aber ist das nicht Einsteins klarstes Bekenntnis zum Sozialismus?

PAUL SWEEZY: Das weiß ich wirklich nicht. Ich denke, es war ein Bekenntnis von vielen; genauso klar wie andere auch. Er sagt in seinem

Beitrag zwar nie explizit ›Ich bin Sozialist‹, aber er wirbt für den Sozialismus. Und sein Aufsatz ist selbst heute noch ein herausragender Text – denke ich. Wir haben ihn hundertmal nachgedruckt; vielleicht nicht genau, aber unglaublich oft.

Die Zeitschrift wurde anfänglich von F. O. Matthiessen finanziert.

PAUL SWEETZ: Ja, von Matthiessen. Nur durch die Anfangsfinanzierung von Matthiessen wurde es möglich, das Projekt von der Idee zur Wirklichkeit werden zu lassen. Das war jedoch auch die einzige nennenswerte Summe, die wir hatten, bevor wir mit der ersten Nummer und dem Aufruf zur finanziellen Unterstützung an die Öffentlichkeit gehen konnten. Wir hatten, glaube ich, am Anfang vierhundert Unterstützer, die Leo und ich größtenteils persönlich kannten.

[...]

Wann trafen Sie Paul Baran?

PAUL SWEETZ: Ich traf ihn erstmals 1939. Er kam nach Harvard und hatte ein Empfehlungsschreiben von Oskar Lange dabei, den ich seit Jahren gut kannte. Oskar war Pole, und Baran hatte polnische Wurzeln und Beziehungen zu ihm. [...] Wir waren uns – vor allem in theoretischen Fragen – von Anfang an sehr nahe. [...] Obwohl Baran nie Mitherausgeber von *Monthly Review* war, war er der Zeitschrift, wie viele andere auch, eng verbunden. Wir alle brauchten das Umfeld von *Monthly Review*. Es geht eben nicht nur um die nackten Existenzmittel allein. Man braucht auch die Gemeinschaft. Und *Monthly Review* hat das für mich und für alle anderen vermittelt – Leo Huberman, später Harry Magdoff und Harry Braverman. *Monthly Review* war für uns das Mittel, unsere Überzeugungen im gegenseitigen Austausch zu stärken. Wir haben darin nie eine Einkommensquelle gesehen ...

[...]

Was glauben Sie, worin besteht der spezielle Beitrag von »Monthly Review« zur marxistischen Theorie

PAUL SWEETZ: Der Ansatz von *Monthly Review* war immer an Marx orientiert – revolutionär, nicht-reformistisch und nicht-revisionistisch –, und er war zugleich nicht-dogmatisch und nicht-fundamentalistisch, immer der Überzeugung verpflichtet, daß Marx keineswegs das letzte Wort zu allem und nichts gesagt hat. Wir haben stets anerkannt, daß hundert Jahre später eine Vielzahl neuer Erscheinungen aufgetreten ist, die im Geiste von Marx analysiert werden müssen, jedoch nicht durch eine bornierte Marx-Exegese erklärt werden können. Das ist – so würde ich denken – vielleicht der wichtigste Beitrag.

In den USA, wie auch anderswo, ist der Marxismus heute geprägt durch die Spaltung in eine Gruppierung, die am liebsten alles Wertvolle des Marxismus – die Klassenfrage, die Arbeitswerttheorie usw. – über Bord werfen würden, und jene Gruppe, deren Mitglieder alles mit dem *Kapital* erklären wollen. Es geht um die Kontroverse

Paul A. Baran – 1910 bis 1964; in Polen gebürtiger Ökonom, gilt zusammen mit Gunnar Myrdal (*Political Economy of Underdeveloped Regions*, 1957) und André Gunder Frank (*The Development of Underdevelopment*, 1968) als Begründer einer linken Theorie der Unterentwicklung (*The Political Economy of Growth*, 1957; dt. *Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums*, 1966), die Entwicklung und Unterentwicklung als systemischen Zusammenhang sozialer Ko-Evolution im Kapitalismus interpretiert.

Oskar Lange – 1904 bis 1965; polnischer Ökonom und Sozialismustheoretiker, gilt als der bekannteste Verfechter des sozialistischen, planwirtschaftlichen Konzepts, lieferte sich in den 1930er Jahren eine scharfe Kontroverse mit Ludwig von Mises und Friedrich Hayek über die (Un)Möglichkeit einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, veröffentlichte unter anderem *On the Economic Theory of Socialism* (1938).

Harry Magdoff – geboren 1914; Ökonom, Imperialismustheoretiker und politischer Aktivist, wurde 1969 Mitherausgeber von *Monthly Review*, veröffentlichte unter anderem *The Age of Imperialism* (1969).

Harry Braverman – 1920 bis 1976, arbeitet zunächst als Schiffbauer und war Gewerkschaftsaktivist, ging ins Druckgewerbe und wurde schließlich Geschäftsführer des Verlagshauses Grove Press in New York; er wurde 1967 Leiter von *Monthly Review Press*.

Rudolf Hilferding – 1877 bis 1941; führender marxistischer Theoretiker in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts; sein Hauptwerk *Das Finanzkapital* (1910) beeinflusste u. a. W. I. Lenin und dessen Imperialismustheorie.

zwischen Revisionisten, die alles vergessen oder zumindest ummodellieren wollen und jenen, die aber auch gar nichts ändern mögen. Wir standen immer zwischen beiden Lagern, in dem Sinne, daß wir die Methodologie, den Geist und das Wesen des Marxismus bewahren wollten, aber nicht auf fundamentalistisch dogmatische Weise. Das hat uns schließlich zu einigen neuen Konzepten gebracht, mit denen wir die Veränderungen im 20. Jahrhundert zu erklären versuchen. Viele dieser Konzepte gehen natürlich auf ältere Ansätze zurück. Ich denke da insbesondere an die Frage von Finanz- und Monopolkapital, wo wir an Hilferding anknüpfen und natürlich an Lenin. Unsere Interpretation ist keineswegs wirklich neu, aber die Fundamentalisten wollten niemals auch nur das geringste am Original ändern, akzeptierten nichts, was sich nicht durch Zitate aus den überlieferten Texten belegen ließ. Vieles von unseren neuen Überlegungen findet sich bereits, in Andeutungen zumindest, in der *Theorie kapitalistischer Entwicklung*. Es ist durchaus nicht alles neu, aber mit neuen Aspekten angereichert – zum Beispiel mit Überlegungen zum Wirtschaftskreislauf oder zur langfristigen Stagnation der Reallöhne oder zu Veränderungen im Akkumulationsprozeß usw. Neue Analysen zum Akkumulationsprozeß haben so zur Erweiterung der Theorie des Monopolkapitals in diesem Jahrhundert geführt. Das haben die Fundamentalisten übrigens immer zurückgewiesen. Die behaupten, daß sich trotz Aufkommen der Großunternehmen nichts wesentliches am Kapitalismus, wie ihn schon Marx analysiert hat, geändert habe. Und so ließen sich alle Erklärungsansätze bereits in Marx' Texten finden. Die Formen der Konkurrenz hätten sich zwar geändert, aber nicht ihre Resultate. Das war nie unsere Position, und ich denke, daß unser Konzept inzwischen mehrheitlich unter Marxisten geteilt wird.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein war der Beitrag von Paul Baran zur Erklärung des Verhältnisses von Entwicklung und Unterentwicklung im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem. Seine Theorie beruht auf der Annahme, daß kapitalistische Entwicklung keineswegs als nachholende Entwicklung, die zur Angleichung der Lebensbedingungen führt, verstanden werden darf. Kapitalismus tendiert vielmehr zur Polarisierung von Entwicklung in entwickelte und unterentwickelte Gebiete, so daß beide ein dialektisches Ganzes bilden. Damit läßt sich mehr oder weniger immanent erklären, warum Revolutionen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht in entwickelten, sondern in unterentwickelten Gebieten stattfanden. Und schon die Russische Revolution war genau genommen von dieser Art – nur daß dies niemand so recht wahrgenommen hat. [...]

Schließlich wäre da noch Harry Magdoff's Beitrag zur Imperialismustheorie zu erwähnen. Magdoff steht dem Denken von Baran und unseren Überlegungen zum Monopolkapital und zum Akkumulationsprozeß sehr nahe. Er befaßt sich allerdings vor allem mit neueren Entwicklungen seit dem Zweiten Weltkrieg. Zusammengefaßt zu einem logischen Ganzen und empirisch unterlegt wurde das von ihm vor allem in *Die Ära des Imperialismus*.

Bravermans Leistung besteht im wesentlichen in der auf Marx' ersten Band des *Kapitals* zurückgehenden Analyse der modernen Arbeitsteilung, der Rolle wissenschaftlicher Erkenntnisse im Pro-

duktionsprozeß, von Veränderungen in den industriellen Beziehungen und der Taylorisierung des Arbeitsprozesses, die die Arbeiter zu bloßen Anhängseln der Fließbandproduktion degradiert.

Darüber hinaus haben wir gerade erst begonnen, uns mit der neuen Rolle, die den Finanzmärkten in den letzten zwanzig Jahren zugekommen ist, zu befassen. [...] Was wir jetzt erleben, ist eine neue Form der allgemeinen Tendenz des Kapitals, sich zunehmend der Geld(markt)manipulation und Spekulation zuzuwenden, um (mehr) Geld unmittelbar aus Geld zu machen – ohne das Dazwischentreten der Produktion.

Diese Tendenz gibt es schon solange wie das Kapital selbst – Marx hat sie bereits sehr sorgfältig untersucht; insbesondere das Handelskapital, das Profit ohne Produktion allein durch den Warenaustausch realisiert. Man kauft billig und schafft die Waren an jene Orte, an denen eine bedeutend größere Knappheit an diesen Gütern herrscht und so verwandelt sich G in ein größeres G' . Das ist bekanntlich die Marxsche Beschreibung der kapitalistischen Akkumulation in ihrer ureigensten Form: Geld wird zu mehr Geld: $G-G'$ ohne einen eigentlichen Produktionsprozeß. Sicher, diese Tendenz wurde später durch die Dominanz der industriellen Produktion zurückgedrängt, aber heute ist sie wieder auf dem Vormarsch – in Form eines außerordentlichen Anwachsens der Verschuldung, durch das rasche Wachstum der Finanzmärkte, auf denen völlig losgelöst von der realen Produktion agiert wird. [...] Möglicherweise führt das in einen neuerlichen Zusammenbruch, aber dieser Kollaps wird von ganz anderer Art sein als die Zusammenbrüche, die wir kennen (Sweezy bezieht sich hier offenbar auf die Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre – der Übers.).

Der Kapitalismus verändert sich unablässig, es gibt keine einfache Wiederholung von bereits Dagewesenem. Die Schaffung einer komplexen Theorie kapitalistischer Entwicklung, die Geld und Produktion wirklich geschlossen zu erfassen vermag, steckt noch immer in den Kinderschuhen. Nirgends – nicht durch Keynes und auch nicht durch Marx und deren jeweilige Erben – wurde dieses Problem bisher zufriedenstellend gelöst. Aber dies ist sicherlich auch der Tatsache geschuldet, daß die Geschichte noch nicht in jene Zwangssituation geführt hat, in der eine solche Theorie wirklich gebraucht wird. Aber wir sind jetzt (fast) soweit. Harry (Magdoff – der Übers.) und ich, wir denken, daß wir vielleicht zu alt sind und intellektuell dem allen nicht mehr gewachsen. Alles, was wir tun können, ist, junge Menschen zu ermutigen, dort einzuhaken. Es gibt so viele neue Entwicklungen, und wir brauchen eine Menge neuer Ideen, eine neue theoretische Synthese, die uns weiterhilft. Ich wünschte, ich wäre wieder jung; ich würde mich da mit ganzer Kraft engagieren.

[...]

Welches sind nach Ihrer Meinung die momentan größten Herausforderungen für die marxistische Theorie?

PAUL SWEEZY: Mein Haupteinwand gegen die heutige, am Marxismus orientierte geistige Bewegung in den USA ist ihr ›Akademismus‹, wenn ich es mal so nennen darf. Diese Bewegung existiert

faktisch allein in der akademischen Sphäre, und sie teilt daher alle Schwächen, die dieser Sphäre gemeinhin anhaften – insbesondere die disziplinäre Zersplitterung. In gewissem Sinne machen die (akademischen) Marxisten genau dasselbe wie ihre (nichtmarxistischen) Kollegen, nur eben mit einem marxistischen Touch. Und so verfangen sie sich in einer Vielzahl von intellektuellen Spitzfindigkeiten und Scheindebatten. Auch die marxistischen Ökonomen sind inzwischen – weil die bürgerliche Ökonomie weitgehend mathematisch formalisiert ist – der Ökonometrie verfallen, anstatt sich einer alternativen, an den historischen Gegebenheiten ansetzenden, sozialwissenschaftlich gehaltvollen Interpretation der Probleme zuzuwenden.

Glauben Sie, daß wir dem Sozialismus heute näher sind als seinerzeit, bei der Gründung von »Monthly Review«?

PAUL SWEEZY: Ja, wenn wir wirklich jemals Sozialismus haben können, dann sind wir dem heute näher als jemals zuvor.

Aus dem Amerikanischen übersetzt, leicht gekürzt
und mit Anmerkungen versehen von ARNDT HOPFMANN.

HENNING SÜSSNER

Parlamentarische Erfolge – organisatorische Krise.

Die Erfahrungen der Linkspartei Schwedens

Die 1990er Jahre können als eines der erfolgreichsten Jahrzehnte der Geschichte der Linkspartei gewertet werden. Die ehemalige KP Schwedens¹ leitete während der Jahre 1990-1993 einen radikalen Kurs der politischen Erneuerung ein. Trotz eines gegen Ende des Jahrzehnts wachsenden Widerstands aus den Reihen von Mitgliedschaft und nicht zuletzt Jugendverband², konnten die parlamentarischen Wahlergebnisse der Partei kontinuierlich verbessert werden. 1998 erlangte die Linkspartei 12 Prozent der Stimmen in der Reichstagswahl, erzielte ihr bestes Wahlergebnis aller Zeiten und wurde so zur drittgrößten Partei im Stockholmer Reichstag.

Das Wahljahr 1998 markierte auch politisch eine Zäsur in der Geschichte der Linkspartei, da man erstmals eine langfristige und vertraglich fixierte Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Minderheitenregierung von Premierminister Göran Persson und den Grünen vereinbaren konnte. Aus der ehemaligen »ständigen Oppositionspartei« wurde so eine Partei, die seit nunmehr 5 Jahren in eine begrenzte Regierungszusammenarbeit involviert ist. Mittlerweile ist das Reichstagswahlergebnis der Linkspartei zwar auf 8,3 Prozent der Stimmen gesunken, dieses Ergebnis liegt aber immer noch erheblich über den traditionellen Stimmenanteilen der ehemals eurokommunistisch orientierten Partei, liegt in bequemem Abstand von der 4-Prozent-Sperre zum Reichstag und ist, last but not least, laut Umfrageergebnissen auf einem stabilen Niveau.

Aus einer anderen Perspektive erscheint die Entwicklung der Linkspartei jedoch weniger positiv. Die Anzahl der Mitglieder ist zwar im Vergleich zu den späten 1980er Jahren auf rund 13 000 angestiegen, allerdings ist diese Zahl z. Z. stagnierend und vermutlich tendenziell sinkend.³ Die Aktivitäten der Partei begrenzen sich in größerem Ausmaß als zuvor auf die Teilnahme an parlamentarischen Gremien, und vor allem die aktive Teilnahme von Parteimitgliedern in Verbandsarbeit, in den Gewerkschaften etc. ist markant gesunken. Vor allem auf lokaler Ebene ist Ämterhäufung inzwischen eher die Regel als die Ausnahme, da die Zahl der aktiven Mitglieder oft gleichbedeutend ist mit der Zahl der parlamentarischen Mandats- und Nebenmandatsträger.

Dies wurde vom Parteivorstand durchaus als Problem erkannt, nicht zuletzt, weil das hohe Wahlergebnis bei den Reichstagswahlen 1998 eine strukturelle Diskrepanz innerhalb der Partei schuf zwischen den Einflussmöglichkeiten und materiellen Ressourcen der Reichstagsfraktion im Verhältnis zu den Möglichkeiten und Res-

Henning Süssner – Jg. 1970, Historiker, z. Z. Doktorand/ Forschungsassistent am Institut für Ethnizitätsstudien der Universität Linköping/ Schweden.

Beitrag auf dem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Herausforderung Parteireform – Erfahrungen und Probleme linker europäischer Parteien bei der Umgestaltung ihrer Organisation, Struktur und Arbeitsweise« Berlin, 19./20. Juni 2003.

1 Die Linkspartei (schwedisch: Vänsterpartiet) hat eine bewegte Geschichte hinter sich, was allein schon an den zahlreichen Namenswechseln erkennbar ist: 1917 als Sozialdemokratische Linkspartei gegründet, nahm sie 1921 den Namen KP Schwedens (SKP) an und trat der Komintern bei. 1967 wurde aus SKP

»Linkspartei – die Kommunisten« (VPK) und 1990 wurde schließlich das Wort »Kommunisten« aus der Parteibezeichnung entfernt.

2 Der Jugendverband der Linkspartei änderte 1993 seinen Namen von »Kommunistische Jugend« zu »Junge Linke« (Ung Vänner).

3 Mehr dazu in den folgenden Abschnitten.

4 Der Verfasser dieser Zeilen war 1998-1999 beigeordnetes Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Linkspartei kraft seiner Funktion als Geschäftsführer des Jugendverbandes der Partei.

5 Dies ist eines der Ergebnisse der staatlichen »Demokratieuntersuchung«. Demokratiutredningen: En uthållig demokrati! Politik för folkstyrelse på 2000-talet. Demokratiutredningens betänkande (SOU 2000:1, Stockholm 2000).

6 Gösta Esping-Andersen kategorisiert das skandinavische Wohlfahrtsstaatsmodell als »universell«. Die beiden anderen westlichen Modelle sind laut Esping-Andersen das »rheinländische«, das nach korporatistischen Prinzipien funktioniert, und das angelsächsische »selektive« Modell. Gösta Esping-Andersen: The three worlds of welfare capitalism (Cambridge 1990).

7 Auch wenn Schweden, wie auch Großbritannien und Dänemark, (bislang) nicht der Währungsunion beigetreten ist, schuf die sozialdemokratische Regierung Persson sowohl die verfassungsrechtlichen als

sources des Parteiapparates. Der Parteiapparat hatte auch zunehmende Probleme, die steigende Erwartungshaltung von real-existierenden und potentiellen Mitgliedern und Wählern zu befriedigen, was dazu führte, dass die Debatte um eine Reform der Parteiorganisation seit Mitte/Ende der 1990er Jahre einen breiten Raum in der Tagesordnung der zentralen Vorstandsarbeit der Partei einnahm.⁴

Organisationskrise

Auch wenn ein Großteil der organisatorischen Probleme der Linkspartei spezifischer Natur ist und zum Teil auf die unharmonische Entwicklung von Wahlergebnissen und Organisationsentwicklung zurückzuführen ist, ist das Gefühl, einer organisatorischen Krise ausgesetzt zu sein, eher weit verbreitet. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit der rasanten Medienkarriere von Attac, in Schweden im Januar 2001 gegründet, wuchs das Interesse für neue Organisations- und Politikformen nicht nur innerhalb der Linkspartei, sondern beispielsweise auch in sozialdemokratischen Kreisen in Schweden. Dies kann kaum verwundern: Sinkende Mitgliederzahlen und eine immer rasantere »Durchschleusung« von neuen Mitgliedern haben bei den meisten politischen Parteien Schwedens zu einer schleichenden Überalterung der Mitgliedschaft geführt.⁵

Die Mitgliederkrise der politischen Parteien hat, von gewissen Ausnahmen abgesehen, auch Gewerkschaften und Verbände erfasst, da sich auch in Schweden das Gefüge von Politik, Freizeitverhalten und nicht zuletzt politischer Öffentlichkeit in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert hat. Sowohl das schwedische Modell der in alle gesellschaftlichen Schichten reichenden und von der öffentlichen Hand geförderten Vereinsaktivitäten (gerne und oft im schwedischen Diskurs als »Volksbewegungsdemokratie« bezeichnet), als auch das lange Zeit international als Vorzeigemodell gehandelte schwedische Wohlfahrtsstaatsmodell⁶ sind den politischen und ökonomischen Verwerfungen der letzten Jahrzehnte ausgesetzt und seit den ausgehenden 1980er Jahren auf der materiellen Ebene zunehmend verformt worden.

Es erübrigt sich hier eine Zusammenfassung der sozialen Demontage zu geben, die das »schwedische Modell« in der Praxis zu einer europäisch »harmonierten« Fassade hat werden lassen, da ähnliche Erfahrungen auch in anderen europäischen Staaten und nicht zuletzt in der Bundesrepublik gemacht worden sind. Es würde darüber hinaus den Rahmen dieses Beitrages sprengen, in diesem Zusammenhang näher auf die tieferen Hintergründe der strukturellen Veränderungen des postfordistischen Kapitalismus einzugehen. Es mag jedoch festgehalten werden, dass die größten materiellen Einschnitte in das schwedische Wohlfahrtsnetz im Zeitraum 1995-1998 im Rahmen der Anpassung an die Europäische Währungsunion⁷ vorgenommen wurden – bezeichnenderweise unter sozialdemokratischer Ägide.

Von größerem Interesse ist, den zugrundeliegenden Prozess zu analysieren, der die Aushöhlung der erreichten sozialen Reformen politisch möglich machte. Dies erfolgte nicht zuletzt durch die Veränderung der etablierten Koordinaten des Politikverständnisses des schwedischen politischen Mainstreams.

Strategische Versäumnisse

Ein wichtiger Ausgangspunkt für die Analyse der heutigen organisatorischen und strategischen Probleme der schwedischen Linkspartei ist die Feststellung, dass der schwedischen Linken in den 1970er Jahren, d. h. auf dem Gipfel ihres gesellschaftlichen Einflusses, entscheidende strategische Fehler unterlaufen sind, die dazu führten, dass sie schrittweise in die Defensive und schließlich ins ideologische Abseits gedrängt wurde.

Schon seit den 80er Jahren wiesen verschiedene kritische Stimmen darauf hin, dass es der bürgerlichen Rechten Schwedens mit einer langfristig angelegten ideologischen »Guerrillakriegführung« gelungen sei, den sozialpolitischen und bürgerrechtlichen Diskurs des Landes entscheidend zu beeinflussen. Diese »Operation Rechts-wende«⁸ wurde bereits gegen Ende der 1960er Jahre eingeleitet und verankerte ein Gedankengut, das selbst in den Reihen der etablierten bürgerlichen Parteien Schwedens zu diesem Zeitpunkt umstritten war, in immer breiteren Kreisen der meinungsbildenden Eliten.

Die treibende Kraft hinter dieser ideologischen Offensive war nicht etwa eine der im Stockholmer Reichstag vertretenen bürgerlichen Parteien⁹, sondern der Schwedische Arbeitgeberverband (SAF)¹⁰. Der Hauptgegner war seinerzeit – auch dies ist bezeichnend – nicht die sozialdemokratische Regierung, sondern der sozialdemokratische Dachverband der Industriegewerkschaften (LO). SAF baute während der 1970er Jahre ein Netzwerk von Verlagen, PR-Einrichtungen, privaten Bildungseinrichtungen und Spezialmedien auf und finanzierte nach amerikanischem Vorbild mehrere rechte think tanks.

Die wichtigste Zielgruppe für diese Anstrengungen der ideologischen Einflussnahme waren, neben Entscheidungsträgern in öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft, Akademiker und Medienvertreter. Auf diese Art und Weise wurde allmählich der »Kampf um die Köpfe« auch einiger wichtiger sozialdemokratischer Toppolitiker gewonnen. Mit Hilfe von gezielten – und großzügig finanzierten – ideologischen Kampagnen wurde so allmählich neoliberales Gedankengut in breiten Kreisen der schwedischen akademischen und politischen Elite verankert und neue politische Konfliktlinien geschaffen, die die traditionellen Positionen der schwedischen Sozialdemokratie entscheidend schwächten.

Laut Ansicht des schwedischen Historikers Bo Stråth war das wichtigste Ergebnis der ideologisierten Debatte der 1970er, dass sich die politische Hauptfrontlinie in Schweden verschob: Seit Anfang der 1980er Jahre verläuft diese eher zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Regierungen als zwischen Sozialdemokraten und bürgerliche Rechten.¹¹ Dieser Konflikt endete zunächst mit der Niederlage der Gewerkschaften und leitete den Anfang vom Ende des schwedischen Modells ein. Es war so die sozialdemokratische Regierung des Olof-Palme-Nachfolgers Ingvar Carlsons, die 1989 den Weg ebnete für die Öffnung der schwedischen Finanzmärkte und den Abbau des bis dahin stark expansiven öffentlichen Sektors und eine umfassende Lastenumverteilung zu Lasten der eigenen Stammwählerschaft einleitete.

Der politische Konflikt, der während der 1980er Jahre die schwedische Sozialdemokratie erschütterte, beeinflusste in erheblichem

auch die ökonomischen Voraussetzungen für eine schwedische Mitgliedschaft. Damit verbunden waren drastische Einschnitte im Staatshaushalt gemäß den Konvergenzkriterien der Europäischen Kommission. Am 14. September 2003 lehnten 56,1 Prozent eine Beitritt Schwedens zur Europäischen Währungsunion ab.

8 Der Begriff ist dem gleichnamigen Buch von Sven Ove Hansson und Anna-Lena Lodenius von 1988 entnommen.

9 Im schwedischen Reichstag sind z. Z. sieben Parteien vertreten: SAP (sozialdemokratisch), Moderata samlingspartiet (konservativ), Vänsterpartiet (postkommunistisch), Folkpartiet (liberal), Centerpartiet (Agrarinteressenpartei) samt Christdemokraten und Grüne. Die fünf erstgenannten Parteien machen hierbei das traditionelle Parteienspektrum aus.

10 Der 1906 gegründete Dachverband hat sich im Rahmen seiner Anpassung an ein »moderneres« Verbandsimage inzwischen Svensk Näringsliv (Schwedische Wirtschaft) umbenannt.

11 Bo Stråth: *Mellan två fonder. LO och den svenska modellen* (Stockholm 1998), S. 244 f. Ein vielsagendes Beispiel dafür war der Mitte der 1980er entbrannte Konflikt im Parteivorstand der schwedischen Sozialdemokratie, der vereinfachend und in Anspielung auf das Symbol der Sozialdemokraten in den Medien als »Krieg der Rosen« zwischen »Geschäftsstellenrechten« und »Gewerkschaftslinken« beschrieben wurde.

Ausmaß auch die eurokommunistische VPK, die zwar nicht im Selbstverständnis, wohl aber in der politischen Praxis sehr von den Vorgängen innerhalb der schwedischen Sozialdemokratie geprägt war.

Das parlamentarische wie auch innenpolitische Dasein sowie das Selbstverständnis der Partei hatte sich zwangsläufig seit der Gründung der Partei im Jahre 1917 traditionell in der Frage des Verhältnisses zur Sozialdemokratie kristallisiert. In der Praxis ausgegrenzt von Regierungsmacht und weiterem Einfluss im Reichstag aufgrund der etablierten Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit zwei bürgerlichen Mitteparteien, und der Undenkbarkeit einer Zusammenarbeit mit anderen Parteien, war das Selbstverständnis der VPK nahezu zwangsmäßig fokussiert auf die Frage des Erwerbs der politischen »Verantwortungsfähigkeit«. Diese wurde auf kommunaler Ebene immer öfter direkt oder indirekt durch die Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Fraktionen demonstriert.

Das Auseinanderdriften von Gewerkschaften und SAP bewirkte, dass auch dieser Grundsatzkonflikt in die VPK exportiert und zu einem Konflikt zwischen einem aktivistisch-gewerkschaftlichen Teil der VPK und einem pragmatisch-parlamentaristisch ausgerichteten Teil wurde. Hierbei spielte auch das feministische Profil der Partei eine wichtige Rolle, da die Gewerkschaftsarbeit der VPK (wie auch das Wirken der sozialdemokratischen Gewerkschaftslinken) traditionell auf männlich dominierte Industriebranchen konzentriert war. Innerhalb der VPK kulminierte dieser Konflikt allmählich in einen erbitterten Streit zwischen »Erneuerern« und »Traditionalisten«.

Die durchgreifende politische Zäsur der 1980er war jedoch das Resultat eines Prozesses der durch die Unfähigkeit linker organisierter Interessen eingeleitet wurde, die lange vorher eingeleitete ideologische Gegenoffensive der rechten Mitte frühzeitig wahrzunehmen und zu bekämpfen. Während Schwedens radikale, studentische Linke sich im Sektierertum verlor, gewisse Teile derselben den langen Marsch durch die Instanzen antraten und zu Realpolitikern wurden, hegte die Linke in Schweden lange die Illusion, dass im Lande eine Art von dauerhafter sozialdemokratischer »Hegemonie« existierte.¹² Während auf der einen Seite das Mantra vom Erfolg von Schwedens »drittem Weg« die politische Analyse von aktuellen Entwicklungstrends auf der nationalen wie internationalen Ebene ersetzte, entwickelte die nicht-sozialdemokratische Linke das Mantra der verbalradikalen Attacken auf die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführung.

Repolitisierung

Das Rollback der 1980er führte nicht nur in Schweden zu einer Abdrängung der Linken in immer weiter zurückgedrängte Verteidigungsstellungen. Was die Linkspartei betraf, wurde der Fall des real existierenden Sozialismus im östlichen Europa zum Anlass genommen, reinen Tisch mit der kommunistischen Parteigeschichte zu machen. Dies führte zunächst zu einem innerparteilichen Erdrutschsieg der Erneuererströmung, dann allmählich zu einem erbitterten Streit um das ideologische Profil der Partei, der nach wie vor nicht entschieden zu sein scheint.¹³ Die Reideologisierung der Linkspartei

12 Åsa Linderborg hat auf beeindruckende Weise gezeigt, dass dieses Selbstverständnis nach wie vor die Selbstdarstellungen der sozialdemokratischen Elite beeinflusst. Siehe Åsa Linderborg: *När socialdemokraterna skriver historia. SAP:s historieskrivning 1893 – 2000* (Stockholm 2001).

13 Das jüngste Ereignis ist ein Aufruf von 181 Parteimitgliedern gegen den »Neokommunismus« innerhalb der Linkspartei, der Anfang Mai veröffentlicht wurde. S. Dagens Nyheter, 15. Mai 2003.

ging dabei Hand in Hand mit den ersten Versuchen aus Gewerkschaftskreisen heraus, strategische Fragen und eher visionäre politische Themen wieder auf die politische Tagesordnung zu führen.

Ein wichtiger Grund für den Versuch der Gewerkschaften, die politische Durchschlagskraft durch eine Repolitisierung der gewerkschaftlichen Positionen zu verstärken, war hierbei der endgültige Zusammenbruch der zentralen, nationalen Tarifverhandlungen in Schweden. Der schwedische Gewerkschaftsanalytiker Örjan Nyström hat darauf hingewiesen, dass die gewerkschaftliche Seite die Krise des alteingespielten Verhandlungssystems, die sich ab den späten 1970er Jahren abzeichnete, lange Zeit nicht wahrhaben wollte und deswegen lange einen erheblichen taktischen Nachteil zu verbuchen hatte. Laut Nyström erfolgte eine Anpassung der gewerkschaftlichen Strategie an die veränderte Ausgangssituation erst nach 1996, als die Verteidigung der schwedischen Betriebsverfassungsgesetze und der Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung zu den wichtigsten Fragestellungen erhoben wurden.¹⁴

In diese Zeit fällt auch die Einrichtung des ersten gewerkschaftlichen think tanks namens »LO-idédebatt«¹⁵ im Jahr 1997. Ein wichtiger Anlass für diese Orientierung auf strategische Fragen war nicht zuletzt der Umstand, dass man in Gewerkschaftskreisen einzusehen gezwungen war, dass der Direkteinfluss auf die Spitze der Sozialdemokratie im Schwinden begriffen war, dies ungeachtet des Umstandes, dass führende Gewerkschaftsfunktionäre nach wie vor im Parteivorstand von SAP saßen (und es bis heute noch tun). Dies zwang die Gewerkschaftsführung dazu, selbst eine breitere Strategiediskussion zu initiieren und zielbewusst den Versuch zu unternehmen, einen ideologischen Gegenpol zu den think tanks des Arbeitgeberverbandes zu etablieren.

LO-idédebatt ist dabei auch als eine Reaktion auf die Kritik seitens bürgerlicher und gewisser sozialdemokratischer Kommentatoren zu sehen, die die Proteste aus Gewerkschaftskreisen gegen Wohlfahrts- und Arbeitsrechtreformen der 1990er Jahre mit dem Hinweis auf den Konservatismus und die »Entwicklungsfeindlichkeit« des schwedischen Gewerkschaftsdachverbands zu diskreditieren versuchten.

Das erklärte Nahziel von LO-idédebatt war es, die gesellschaftliche Debatte über Arbeitsrecht und Mitbestimmung anzuregen. LO-idédebatt war gleichzeitig auch ein Versuch, die politische Bildung der gewerkschaftlichen Eliten mit der akademischen Debatte um die Aussichten des schwedischen Wohlfahrtsmodells im Zeitalter der Globalisierung zu verknüpfen. Beeinflusst durch die parallele Diskussion um den sozialdemokratischen »Hegemonieverlust« und die Konflikte zwischen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Regierung Persson um die sozialen Einschnitte der vorangegangenen Jahre, konzentrierte sich LO-idédebatt anfangs auf den Versuch, Akademiker und Journalisten in die Bildung gewerkschaftlicher Spitzenfunktionäre einzubeziehen.

Mittlerweile hat LO-idédebatt sich zu einem Netzwerk radikaler Gewerkschaftler, Akademiker und Publizisten entwickelt. Darüber hinaus haben die Seminare von LO-idédebatt inzwischen, nicht zuletzt dank der Zusammenarbeit mit dem Stockholmer Zentrum für

14 Örjan Nyström: Mellan anpassning och motstånd (Stockholm 2000). Das traditionelle schwedische Verhandlungsmodell, gelegentlich als »skandinavischer Neokorporatismus« bezeichnet, baute seit 1938 auf nationalen Verhandlungen zwischen den Dachverbänden der Arbeitgeber und dem Industriegewerkschaftsverband LO. Die gemeinsamen Ziele waren Arbeitsfrieden und eine aktive staatliche Arbeitsmarktpolitik zum Lastenausgleich zwischen starken und schwachen Industriezweigen. Hinzu kamen wirtschaftliches Wachstum und Vollbeschäftigung als Voraussetzungen und Ziele dieser Arbeitsmarktpolitik. Interessanterweise und recht bezeichnend für den desolaten Zustand der linken Strategiedebatte ist hierbei, dass dieses im Rahmen von sozialdemokratischer Selbstbeweihräucherung oft als »Volksheim« bezeichnetes Modell immer noch von den ehemaligen Kritikern von links, d. h. Linkspartei samt gewissen K-Gruppen, gegen den »Neoliberalismus« verteidigt wird.

15 In Schweden sind Arbeiter, Angestellte und Akademiker in unterschiedlichen Gewerkschaftsdachverbänden organisiert (LO, TCO respektive SACO). In diesem Text wird der Begriff »Gewerkschaftsbewegung« synonym mit LO, dem Dachverband der Industriegewerkschaften benutzt. LO ist die mitgliederstärkste organisierte Interessenorganisation Schwedens mit z. Z. 1 918 800 Mitgliedern laut eigenen Angaben. Da die Gewerkschaftszuordnung branchenweise erfolgt, gehören auch viele Ange-

stellte dem Dachverband an, der laut Statut eine der Sozialdemokratie nahe-stehende Organisation ist.

16 CMS ist eine Stiftung der politischen Bildung, die 1977 vom Vorstand der Linkspartei (damals Linkspartei-Kommunisten) gegründet wurde. Die Stiftung wird nicht mit Geldern der öffentlichen Hand gefördert und ist auf Donationen und die Unterstützung der Reichstagsfraktion der Linkspartei angewiesen. Vorsitzender von CMS ist seit Gründung C. H. Hermansson, langjähriger Vorsitzender der Partei. CMS-Veranstaltungen sind auf den Raum Stockholm konzentriert, seit dem Jahr 2001 existieren jedoch Filialen in vier südschwedischen Universitätsstädten.

17 Olle Sahlström: Den röde patriarken (Stockholm 1998), insbesondere S. 178 ff.

18 Ich klammere hierbei bewusst die Grünen aus, die in Schweden nie ein Selbstverständnis als »linke« Partei gehabt haben. Auch wenn die Grünen in gewisser Hinsicht Positionen einnehmen, die sehr nahe an denen der Linkspartei liegen, sind sie eher als eine radikaldemokratische Bewegung der (akademischen) politischen Mitte zu verstehen.

19 Die Linkspartei verlor 3,7 Prozenteinheiten in der letzten Reichstagswahl, bleibt jedoch auch weiterhin eine der Zusammenarbeitspartnerinnen der sozialdemokratischen Minderheitenregierung Göran Perssons. Bezeichnenderweise ist seit Dezember 2001 keine Mitglieder-

marxistische Gesellschaftsstudien (CMS)¹⁶, die wichtige Funktion bekommen, den Graben zwischen Sozialdemokraten, Ex-Kommunisten und anderen linken Kräften überbrücken zu helfen.

Mitgliederbildung

Aber auch der Versuch, politische Fragen »zurückzuerobern«, hat nicht verhindern können, dass auch die schwedischen Gewerkschaften unter Mitgliederschwund und zunehmender Mitgliederpassivität zu leiden haben. Dies beruht nicht zuletzt darauf, dass der gewerkschaftliche Apparat, der ganz auf formalisierte, zentrale Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite ausgerichtet ist, sich als schwerfällig und inflexibel erwiesen hat. Eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften ist es deshalb, die eigenen Mitglieder zu (re-)aktivieren und auszubilden.

LO-idédebatt ist bislang jedoch nicht ausgeweitet worden und erreicht die unteren und mittleren Ebenen des gewerkschaftlichen Funktionsapparates deswegen nur in sehr geringem Maße. Es wurden zwar Anstrengungen unternommen, regionale »Filialen« zu gründen, das regionale Angebot reicht jedoch nicht über einige wenige Seminare und Vorlesungen hinaus. Zudem sind die Angebote von LO-idédebatt nur in Ausnahmefällen mit dem (zunehmend schmalere) Programm der traditionellen gewerkschaftlichen Bildungsarbeit abgestimmt.

Dabei ist es dringend nötig, die gewerkschaftlichen Strukturen – und dies gilt auch für die Strukturen und Foren der politischen im Allgemeinen – für alle Mitgliedergruppen zu öffnen. Dies ist jedoch mit erheblichen strukturellen Problemen verbunden. Die amerikanischen Gewerkschafter Bill Fletcher Jr. und Richard W. Hurd beschreiben in dem Thesenpapier »Is Organizing Enough? Race, Gender, and Union Culture« diese organisatorischen Probleme: Frauen und Angehörige von ethnischen Minoritäten treffen auf erheblichen strukturellen Widerstand innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, die auf einer patriarchalen Organisationskultur baut. Dies konstatiert auch die britische Soziologin Anne Munro in ihrer beeindruckenden Studie »Women, Work and Trade Unions«. Olle Sahlström, Sekretär von LO-idédebatt, fordert aus einer ähnlichen Problemanalyse heraus eine neue Kultur der innergewerkschaftlichen Diskussion und Selbstkritik – und plädiert für eine dringend notwendigen Lockerung der straffen Organisationshierarchie der schwedischen Gewerkschaften.¹⁷

Netzwerkparteien

Ähnliche Probleme wie die Gewerkschaften haben auch die etablierten Parteien der Linken, sowohl die Sozialdemokratie als auch der in den letzten Jahren in Schweden erheblich stärker gewordene Herausforderer, die Linkspartei.¹⁸ Während die SAP Mitglieder verliert und vor allem Probleme hat, junge Mitglieder zu gewinnen, konnte die Linkspartei im Gegensatz dazu lange kein Konzept finden, um den Mitgliederzufluss der späten 1990er Jahre zu kanalisieren. Mittlerweile, v. a. nach dem Wahlverlust des Jahres 2002, sind jedoch vermutlich auch für die Linkspartei die Mitgliederzahlen zumindest stagnierend.¹⁹

Ein Grundproblem hierbei ist, dass bei geringer Mitgliederaktivität sowohl innerhalb von SAP als auch von Linkspartei die politische Alltagsarbeit synonym geworden ist mit kommunaler Politikverwaltung und im besten Fall Wahlkampfarbeit. Dieser Trend wird verstärkt durch die Tendenz der respektiven Parteispitzen, auf das rasante Tempo der heutigen massenmedialen Öffentlichkeit mit einer »Professionalisierung« der Politik zu reagieren. Wie der norwegische Politologe Knut Heidar feststellt, hat dies mit sich geführt, dass sich traditionelle Massenparteien zu modernen »Netzwerkparteien« entwickelt haben. Laut Heidar sind Parteien wie die schwedische Linkspartei zu professionalisierten »Kampagneorganisationen« geworden, die sich eher auf Netzwerke von externen Experten, Werbeagenturen und Lobbyisten verlassen als auf die Mobilisierung und Ausbildung der eigenen Mitglieder. Gleichzeitig wächst innerhalb dieser Parteien – ganz im Gegensatz zur Entwicklung innerhalb der außerparlamentarischen Bewegungen – die Kluft zwischen »großer« nationaler und »kleiner« lokaler Politik.²⁰

Was die Linkspartei betrifft, kann dies verdeutlicht werden mit dem schmerzvollen Prozess, das feministische Profil der Partei innerhalb aller Parteistrukturen zu verankern. 1995 wurde die Linkspartei statutengemäß zur ersten feministischen Partei Schwedens ernannt. Mangels einer breiteren Verankerung der feministischen Positionen innerhalb der Mitgliedschaft der Partei entbrannten noch jahrelang Konflikte um das Verhältnis von »Feminismus« und »Marxismus«, »Gender« und »sozialer Klasse« in Mitgliederzeitungen und auf Parteitag. Auch rein strukturell war und ist die Teilnahme an lokalen Studienkreisen, Seminaren und den Foren der Mitgliedersdiskussion, wie Mitgliederszeitungen und virtuellen »Diskussionsbasen« weitgehend männlich.

Ein interessanter Aspekt in diesem Zusammenhang ist, dass der Parteitagbeschluss von 1995 bemerkenswerterweise zusammen fiel mit der Abwicklung des Studiensekretariats der Partei und der theoretischen Zeitschrift »Socialistisk Debatt«.²¹ Es bleibt zu vermuten, dass die Diskrepanz zwischen Programmatik und Praxis steigt, wenn es an Möglichkeiten zur breiten Diskussion innerhalb der Partei mangelt.

Heidars These kommt auch zum Ausdruck in einem der beschwerlichsten organisatorischen Probleme der Linkspartei: da der Anteil der aktiven Parteimitglieder sinkt, haben viele Kreis- und Distriktsverbände der Linkspartei mittlerweile erhebliche Probleme, ihre parlamentarischen Nebenmandate zu besetzen. Die parlamentarische Expansion der 1990er hat außerdem die organisatorischen Probleme der Partei verschärft: Ämterhäufung und die Verschmelzung von Partei- und Parlamentsarbeit sind heute weitgehend an der Tagesordnung, trotz verschiedener Versuche, diesem Trend entgegen zu wirken. Vor allem Mitgliederaktivitäten wie politische Studien, Organisationsausbildungen und offene Debatten leiden darunter. Auch die Anzahl der Mitglieder, die in Wahlkampagnen mobilisiert werden kann, sinkt, was Hand in Hand geht mit der Überbelastung von ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern und zu einer Steigerung des Einflusses der Angestellten der Partei auf Kosten von Vorständen führt.

statistik mehr veröffentlicht worden. Meine Vermutung fußt deswegen auf der generalisierenden Annahme, dass der Trend, der nachweislich in Norrköping, Malmö und anderen Städten zu verzeichnen ist, auch landesweit zutrifft.

20 Knut Heidar: *Statistisk utvärdering av utsyn* (Oslo 2001).

21 *Socialistisk debatt* wurde auf Initiative von einzelnen Parteimitgliedern und Lesern »gerettet« und zunächst von einem Verein herausgegeben, der dem Centrum für marxistische Gesellschaftsstudien nahe stand. Seit dem Jahr 2000 wird die Zeitschrift direkt von CMS herausgegeben.

22 Vänsterpress erscheint mit 10 Nummern im Jahr und fungiert zugleich als Mitgliedszeitung und an die Presse gerichtetes Organ des Parteivorstandes, was zu gewissen konzeptionellen Konflikten führt.

23 http://www.vansterpartiet.se/PUB_AktiVera/6580,6578.cs

24 Zum Begriff »Eigensinn« siehe Alf Lüttke: *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis zum Faschismus*, Hamburg 1993.

Ein Schlusssatz, der in einer Organisationsanalyse des Jahres 1998/99 gezogen wurde, lief darauf hinaus, den Zusammenhalt der Partei durch Professionalisierung des Parteiorgans »Vänsterpress«²² zu fördern. Außerdem kam man zu dem Schluss, die Kommunikationswege innerhalb der Partei zu effektivieren und zu öffnen, u. a. durch die regelmäßige nationale Konferenzen zu ausgesuchten Themen. Man sprach auch von »Kompetenznetzwerken«, die von Parteivorstandsmitgliedern »koordiniert« und »virtuell«, d. h. per E-post, funktionieren sollen.

»Neue Politik«

Derartige Ideen stammen aus der Analyse, dass die entscheidenden Impulse für den gesellschaftlichen Widerstand im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr aus den Reihen der traditionellen linken Bewegungen gekommen sind, sondern aus sogenannten neuen sozialen Bewegungen. Dies kommt mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck auf der Homepage der Linkspartei, wo unter der Rubrik »aktiviere dich« hauptsächlich Links zu diversen NGOs zu finden sind.²³

Schon seit langem haben Soziologen sich bemüht, das Phänomen »neue soziale Bewegungen« zu analysieren. Studentenbewegung, Frauenbewegung, Umweltbewegung, Friedensbewegung, Solidaritätsbewegungen und neuerdings auch Bewegungen von Arbeitslosen, Migranten usw. werden gerne in Kontrast zu den klassischen sozialen Bewegungen und Parteien gesehen. Das Pathos dieser Bewegungen und der Enthusiasmus ihrer Basis erinnern jedoch an die junge Arbeiterbewegung und deren Ambition, alternative Lebenswelten zu schaffen, auch wenn die jeweiligen historischen Voraussetzungen natürlich unterschiedlich sind.

Dank des enormen Potentials neuer Kommunikationstechniken und neuer, globalisierter Strukturen des wirtschaftlichen und intellektuellen Lebens könnte der alte Internationalismus der Arbeiterbewegung zwar eigentlich einen neuen, konkreten Inhalt in neuen sozialen Bewegungen bekommen. Bei allen strukturellen Unterschieden zwischen »alten« und »neuen« sozialen Bewegungen ist das Kernelement der gesellschaftlichen Dynamik dieser Bewegungen das Streben nach alternativer Öffentlichkeit und gesellschaftlichen Freiräumen. Ähnlich wie auch die junge Arbeiterbewegung widmen sich die heutigen sozialen Bewegungen der Verteidigung und dem Ausbau »eigensinniger« Sphären im bürgerlich dominierten ideologischen Raum. Dieses Streben war einst eine Voraussetzung für die historische Stärke der Arbeiterbewegung.²⁴

Im Gegensatz zur traditionellen und seit langem gesellschaftlich integrierten Arbeiterbewegung, die, wie verschiedentlich von mir angedeutet, von ihren parlamentarischen Machtansprüchen immer mehr in Anspruch genommen wird, sind die jüngeren Bewegungen jedoch nach wie vor offensive und »eigensinnige« Außenseiter. Die Zukunft der globalen Linken liegt wohl nicht in erster Linie in der Mobilisierung zu mehr oder weniger militanten Gegendemonstrationen gegen Weltbank, G 8 und andere Symbole der internationalen Machtverhältnisse, aber solche Demonstrationen haben ohne Zweifel einen sehr motivationsfördernden und u. U. auch einen erheblichen medialen Nutzen. Der Eigensinn und die Fähigkeit, in die

strategische Offensive zu gehen, die die Massendemonstrationen der irreführend als »Globalisierungsgegner« abgefertigten Bewegung in den letzten Jahren auf beeindruckende Weise gezeigt haben, muss von *Linksparteien* zurückerobert werden – ohne dass dabei die Möglichkeit, parlamentarischen Einfluss zu erlangen, aufgegeben werden sollte.

Dies bedeutet natürlich, dass Linksparteien ihren Erfahrungshorizont erweitern und die Dynamik der politischen Kämpfe von außerparlamentarischen Bewegungen analysieren und nutzen müssen. Dies ist keine neue Erkenntnis. Im Fall der schwedischen Linkspartei ist diese Erkenntnis jedoch auf den Nenner »Internetnetzwerke« und »elektronische Demokratie« reduziert worden, und die Möglichkeiten moderner Kommunikationstechnik sind so für die meisten Ansätze zur organisatorischen Neuorientierung zum Kompass, Ziel und Selbstzweck mutiert.

Was die organisatorische Seite betrifft, so scheint der Ansatz, bislang geschlossene Parteistrukturen für weitere Mitgliedskreise zu öffnen, zwar prinzipiell wichtig, allerdings nicht ausreichend. Ganz davon abgesehen, dass die Möglichkeit, sich per Computer an offenen Debattenforen zu beteiligen, nach wie vor nur von einem recht spezifischen und oftmals männlichen Benutzerkreis wahrgenommen wird, haben solche Foren auch die Tendenz, leicht zur »Quasselbude« zu degenerieren. D. h., dass die Debatten, die dort geführt werden, kaum bis gar keinen Einfluss auf die aktuelle Parteiarbeit haben. Will man den Pfad der »virtuellen Partei« weiter verfolgen, darf man nicht den Fehler machen, die real-existierende Parteiarbeit von der Online-Information weg zu koppeln. Weder Internetlösungen noch die demonstrative Teilnahme von Linksparteivertretern an Mammutveranstaltungen wie dem Weltsozialforum von Porto Alegre können auf Dauer die lokale und *breite* soziale Verankerung einer linken Bewegung ersetzen.

Die Zukunft der Linkspartei liegt deswegen m. E. in einer Rekonstruktion der Partei als *Bewegung*. Zum einen muss die soziale Basis einer solchen Bewegung den Gegebenheiten des modernen Kapitalismus angepasst werden – die Ausgebeuteten der avancierten Dienstleistungsgesellschaften müssen sich ebenso in diese Bewegung einbringen können wie Industriearbeiter und die neue globale Unterschicht der illegalen und halblegalen Migranten²⁵. Zum anderen muss sich diese Bewegung den Einflüssen von neuen sozialen Bewegungen und avancierter geistes- und gesellschaftswissenschaftlicher Forschung, etwa auf dem Gebiet der marxistischen und feministischen Theoriebildung, öffnen. Die Voraussetzung hierfür scheint eine offene und freie Diskussion über die mögliche Aufgabenverteilung und Organisationsstruktur einer solchen »neuen« Arbeiterbewegung zu sein. Dies ist eine Herausforderung, der sich die schwedische ebenso wie die europäische Arbeiterbewegung und nicht zuletzt auch die neuen sozialen Bewegungen zu stellen haben.

25 Laut Ulf Hannerz wächst die Anzahl von Individuen mit begrenzten staatsbürgerlichen Rechten in der westlichen Welt stetig. Ulf S. Hannerz: *Transnational connections: culture, people, places*, London 1996.

Utopische Energie

Die Kernfrage für eine Linkspartei wie die schwedische, deren Anstrengungen, sich organisatorisch zu erneuern, von einer merkwürdigen Mischung aus Anpassung an parlamentarische Gegebenheiten

und Widerstand gegen die Anforderungen der »neuen Politik« geprägt zu sein scheinen, ist es hierbei, wie die utopische Energie der jungen organisierten Arbeiterbewegung wiederentdeckt werden kann.

Aus dem Primat der parlamentarischen Politik ergibt sich nicht zuletzt für kleinere Linksparteien das Dilemma, dass die politischen Kernauffassungen großer Teile der Mitgliedschaft leicht in Konflikt geraten mit den begrenzten Möglichkeiten zur tiefer greifenden gesellschaftlichen Veränderung, die Machtpositionen in Kommunen, Regionen oder Reichstag voraussetzen. Ein Politikverständnis, das »Etablierung« mit Wahlergebnissen und der Beteiligung an kommunaler, regionaler und nationaler parlamentarischer Macht gleichsetzt, führt natürlich mit sich, dass »etablierte« politische Parteien sich zwangsläufig im Rahmen der herrschenden Gesellschaftsordnung bewegen (müssen). Dies wird im schlimmsten Fall von sowohl Mitgliedern als auch angestammten Wählern als eine Diskrepanz zwischen der parlamentarischen Arbeit der Partei und den programmatischen Aussagen von Partei- und Wahlprogrammen empfunden.

Dies wird zum dauerhaften Problem für eine Linke, die sich als visionär systemüberschreitend versteht, jedoch keine Möglichkeiten mehr sieht, ein zielbewusstes, gegenhegemonisches Projekt zu verfolgen. Da die traditionellen Parteien der schwedischen Arbeiterbewegung, d. h. Sozialdemokraten und (Ex-)Kommunisten, ihre systemüberwindenden Ambitionen aus pragmatischen Erwägungen heraus weitgehend zu Grabe getragen haben, hat man nicht nur die Möglichkeit aufgegeben, die bestehenden Verhältnisse *grundlegend* zu verändern, sondern obendrein eine innerparteiliche strukturelle Krise geschaffen, die nur schwer zu beheben ist.

Sowohl für die Linkspartei als auch für die SAP kann konstatiert werden, dass die Kluft zwischen programmatischer Klassenkampfretorik und einer Alltagspolitik, die z. Z. vor allem auf kommunalem Niveau synonym ist mit der Verwaltung von materiellen Einsparungen, immer deutlicher wird. Dies wird für beide Parteien zum organisatorischen Problem, da Teile der Mitgliedschaft (SAP) respektive der Grossteil der Mitgliedschaft (Linkspartei) und nicht zuletzt die Sympathisanten der Parteien Probleme haben, sich mit dieser Politik der sozialstaatlichen Rückschritte zu identifizieren.

Es gilt darüber hinaus einzusehen, dass die traditionellen Linksparteien, und das heißt sowohl sozialdemokratische als auch (post-)kommunistische Parteien, heute als im Grunde konservative Strukturen angesehen werden müssen. Dies geht nicht zuletzt auf die starre Organisationsform zurück. Gleichzeitig darf man jedoch nicht übersehen, dass diese Organisationsformen sich als sehr effektiv im Kampf um parlamentarischen Einfluss erwiesen haben. Im Gegensatz zu den meisten außerparlamentarischen Einfragebewegungen, die oft eine beachtliche innere Dynamik entwickeln können, mangelt es jedoch der schwedischen Linkspartei (von den Sozialdemokraten ganz zu schweigen) z. Z. an einem politischen Projekt, das die notwendige utopische Energie entwickeln könnte, die gebraucht wird, um alte Mitglieder zu mobilisieren und neue in der Partei zu halten.

Dies ist dem Parteivorstand der Linkspartei durchaus klar. Der aktuelle Versuch von Vorstand und Programmkommission, ein solches

Projekt in Form einer offensiven Debatte von Macht- und Eigentumsfragen zu schaffen, ist jedoch auf erbitterten Widerstand aus den eigenen Reihen gestoßen. Dies zeigt der zur Zeit rasende Strömungsstreit innerhalb der Linkspartei deutlich: Um die Nachfolge der im Januar hastig zurückgetretenen Parteivorsitzenden der Linkspartei, Gudrun Schyman, ist ein heftiger Streit entbrannt, der eher extern als intern geführt wird.²⁶ Nicht zuletzt, weil dies mit sich führt, dass dieser interne Machtkampf den Präferenzen der Medien angepasst werden muss, wurde die interne Debatte zu einem Konflikt zwischen »Erneuerern« und »Neokommunisten« stilisiert. In zahlreichen Leserbriefen, Pressemitteilungen und Debattenartikeln wurde und wird behauptet, dass die Linkspartei auf dem Weg sei, von »Neokommunisten« übernommen zu werden. In diesem Zusammenhang wurde der aktuelle Programmentwurf der Programmkommission der Linkspartei als Beispiel für diese Entwicklung angegriffen.²⁷

Dies kann natürlich aus einer Logik der Medienträchtigkeit heraus als Ausdruck für eine simple personalbedingte Führungskrise interpretiert werden. Auch zu Gudrun Schymans Zeiten drangen die innerparteilichen politischen Grabenkriege gelegentlich an die Öffentlichkeit, allerdings wagten ihre Kritiker nie, sie direkt herauszufordern, da sie als die entscheidende Garantin der Wahlerfolge der Partei angesehen wurde. Schyman erhielt regelmäßig Spitzenergebnisse in Politikerpräferenz- und Politikervertrauensumfragen und konnte es sich demzufolge leisten, sowohl den Parteiapparat als auch mehr oder weniger große Teile der Mitgliedschaft gelegentlich in Presseinterviews und ähnlichen Auftritten zu provozieren und sowohl Parteivorstandsbeschlüsse als auch die konfliktgeladene Arbeit der Programmkommission zu ignorieren.

Man kann jedoch nicht darüber hinwegsehen, dass es aus der Perspektive der organisatorischen Stabilität einer Linkspartei eher als Ausdruck für eine strukturelle Führungskrise zu sehen ist, wenn die Parteistruktur auf die Person der Parteivorsitzenden und womöglich einer Handvoll von medialen Nebenakteuren reduziert wird. Dies steigert nicht zuletzt die Verletzlichkeit einer Partei: Der Vertrauensverlust der Vorsitzenden zieht dann nämlich zwangsläufig eine empfindliche Krise der gesamten Partei nach sich, nicht nur in den Augen der Medien, sondern nicht zuletzt auch in den Augen des Teils der Mitglieder, die mangels anderer Kontaktflächen innerhalb der Partei genauso wie Nichtparteimitglieder ihre Loyalität in erster Hand mit der Person des/der Parteivorsitzenden verbinden.

Offenes Politikverständnis

Zu einem Zeitpunkt, als die europäische Linke nach Jahren des Misserfolgs endlich auf dem Vormarsch zu sein schien, wiesen verschiedene Analytiker darauf hin, dass während der 1990er Jahre eine »neue Linke« links von der Sozialdemokratie entstanden war. Spaniens Vereinigte Linke, die Flora der linken Parteien Frankreichs, die schwedische Linkspartei und auch die PDS wurden gerne als Beispiele für eine parlamentarische Linke angeführt, die das Vakuum links der politischen Mitte, das durch den Rechtsruck der meisten sozialdemokratischen Parteien Europas entstanden sei, gefüllt habe.²⁸

26 Schyman sah sich nach einem Medienskandal um ihre angeblich versuchte Steuerhinterziehung dazu gezwungen, den Parteivorsitz zu verlassen. Anfang Februar wurden die Reichstagsabgeordneten Ulla Hoffman und Alice Åström als kommissarische Vizevorsitzende vom Parteivorstand eingesetzt. Auf dem Parteikongress im Januar 2004 wurde Lars Ohly zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.

27 Entsprechende Gastkommentare und »Aufrufe« finden sich in der größten Morgenzeitung Schwedens, dem liberalen Dagens Nyheter (6. Februar 2003, 14. Februar 2003, 15. Mai 2003). Auch die meisten der größeren Tageszeitungen veröffentlichten solche Texte.

28 Diese Ansicht findet man z. B. in Hudson, Kate: European communism since 1989: towards a new European left? London 2000. Der schwedische, sozialdemokratische Journalist Olle Svenning konstatiert in diesem Zusammenhang, dass dieser Prozess zeitgleich mit der wohl wachsenden Entfremdung der Gewerkschaften von sozialdemokratischen Regierungen erfolgt ist. Svenning in Sven Olof Arbostål (Hg.): Finns arbetarrörelsen? 16 inlägg om facket och politiken. (Stockholm 2000).

Dies scheint jedoch eine Illusion gewesen zu sein, wie die negative Entwicklung der Wahlziffern sämtlicher dieser Parteien andeutet. Wahlerfolge können also täuschen, wie nicht zuletzt das Beispiel der schwedischen Linkspartei zeigt. Die Linke scheint offenkundig nicht in der Lage zu sein, aus der gelegentlich recht deutlichen Unzufriedenheit mit der post-keynesianischen Wirtschaftspolitik anderen als wahltechnischen Nutzen zu ziehen, und dies, wie oben beschrieben, nicht selten auf Kosten des Verlusts von Vertrauenskapital bei den eigenen Mitgliedern und nicht zuletzt in den Kreisen der traditionellen Stammwählerschaft.

Dies legt den Schlusssatz nahe, dass es einer größeren Anstrengung bedarf, um der stagnierenden Parteilinken den Charakter einer dynamischen und »der Zukunft zugewandten« Bewegung zu verleihen. Da die gelegentlichen Versuche von Linksparteien, existierende Bewegungen zu vereinnahmen, eher selten erfolgreich sind, scheint mir eine Strategie, die sich darauf besinnt, dass nur eine *lebendige* Partei ein natürlicher Fokus für nahestehende soziale Bewegungen werden kann, eher erfolgversprechend zu sein.

Für mich liegt es nahe anzunehmen, dass Linksparteien viel von sozialen Bewegungen zu lernen haben, allerdings gut daran tun, die eigenen Wurzeln ihrer (früheren) Erfolge nicht zu vergessen. Dies führt mit sich, dass das Verständnis von »Politik« erweitert und geöffnet werden muss. In Schweden hat vor allem die »alte« Gewerkschaftsbewegung angefangen, dies einzusehen und begonnen, sich den außerparlamentarischen linken Bewegungen in gewisser Weise zu nähern. Gleichzeitig ist man jedoch vorsichtig darauf bedacht, die eigene Geschichte als identitätsstiftende »Erfolgsstory« zu bewahren und hervorzuheben.

Allerdings wird dieser Prozess der Öffnung der traditionell sehr sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften von dem offensichtlichen Flirt der Führung der Linkspartei mit der Gewerkschaftsbasis gestört. Auch wenn es verständlich ist, dass eine linke Partei, die sich selbst der Arbeiterbewegung zuzählt, versucht, ihre direkte Verankerung in Gewerkschaftskreisen zu erweitern, hat dieser Einflussnameversuch natürlich den negativen Effekt, dass in Gewerkschaftskreisen alte (antikommunistische) Vorurteile bestätigt und neue Gräben gegraben werden.

Nur ein vorbehaltloser und selbstkritischer Dialog, der frei von organisationsegoistischem Zweckdenken ist, kann indes garantieren, dass sowohl Gewerkschaften als auch Linksparteien zu ihren radikalen Wurzeln zurückfinden können. Ein solcher Dialog zwischen gleichberechtigten Partnern muss in *offenen* Arenen stattfinden. LO-idédebatt ist sicherlich ein seriöser, allerdings auch ein bescheidener Versuch, eine solche Arena zu schaffen. Will man die »kleinen Intellektuellen« der Gesellschaft gewinnen, muss die Arbeiterbewegung ihre einstige ideologische und politische Initiative im wesentlich größeren Maßstab zurückerobern. Dies bedarf meines Erachtens einer konzertierten Anstrengung von linken Kräften in der Gesellschaft, die darauf abzielt, alternative Debattenforen zu fördern und Freiräume für die strategische Debatte der Gesamtlinken zu schaffen. Bis dahin ist es jedoch weit, und die zur Verfügung stehenden Mittel sind eher bescheiden.

Ein vielversprechendes und relativ einfaches Modell für ein solches Forum wurde im nordschwedischen Umeå erstmals 1998 getestet: Auf dem »Sozialistischen Forum« trafen Vertreter aller Schattierungen der Linken zusammen, um in verschiedenen Workshops anliegende Themen und generelle Probleme zu diskutieren. Von Anfang an sollte die Gefahr einer parteipolitischen Vereinnahmung durch die Aufstellung von gewissen Verfahrensgrundregeln und die Weigerung der Ausgrenzung von spezifischen Organisationen der Linken vermieden werden. Veranstalter waren LO-idédebatt, das Bildungswerk der Arbeiterbewegung ABF und die radikaldemokratische Vereinigung »Ordfront«.

Das Sozialistische Forum wurde gegen den Widerstand der örtlichen Sozialdemokraten durchgeführt, die u. a. damit drohten, die wichtige materielle Unterstützung seitens der Stadt Umeå zu streichen. Aus dem Unternehmen wurde jedoch ein beeindruckender Erfolg: Mehr als 800 Teilnehmer nahmen am ersten sozialistischen Forum teil, und noch mehr hätten es sein können, wenn die Örtlichkeiten es zugelassen hätten. Inzwischen werden offene sozialistische Foren, die Repräsentanten für sowohl Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Linkspartei als auch außerparlamentarische Bewegungen und K-Gruppen sammeln, in verschiedenen schwedischen Städten mit beeindruckendem Erfolg abgehalten. Das Interessante dabei ist, dass die immer wieder aufkommende Kritik am Etikett »sozialistisch« und an der kategorischen Weigerung der Veranstalter, bestimmte Organisationen oder Akteure per se auszugrenzen, bislang mit großer Mehrheit abgewiesen worden sind.²⁹

29 Ein aktuelles Beispiel ist mein Wohnort Norrköping, wo der Versuch der hiesigen Sozialdemokraten, das Forum in »Radikales Forum« umzutaufen, am Widerstand der Gewerkschaftsvertreter gescheitert ist.

Literatur

- Arbestål, Sven Olof (Hg.): Finns arbetarrörelsen? 16 inlägg om facket och politiken, Stockholm 2000.
- Demokratiutredningen: En uthållig demokrati! Politik för folkstyrelse på 2000-talet. Demokratiutredningens betänkande (SOU 2000:1) Stockholm 2000.
- Esping-Andersen, Gøsta: The three worlds of welfare capitalism, Cambridge 1990.
- Fletcher, Bill Jr. und Hurd, Richard W.: »Is Organizing Enough? Race, Gender, and Union Culture« in: New Labor Forum, Spring/Summer 2000.
- Hannerz, Ulf: Transnational connections : culture, people, places, London 1996.
- Hansson, Sven Ove und Lodenius, Anna-Lena: Operation Högervändning, Stockholm 1988.
- Heidar, Knut: Statsvitenskaplig utsyn (Oslo 2001).
- Hudson, Kate: European communism since 1989: towards a new European left? London 2000.
- Linderborg, Åsa: När socialdemokraterna skriver historia. SAP:s historieskrivning 1893 – 2000, Stockholm 2001.
- Lüdtke, Alf: Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis zum Faschismus, Hamburg 1993.
- Munro, Anne: Women, Work and Trade Unions, London/New York 1999.
- Nyström, Örjan: Mellan anpassning och motstånd, Stockholm 2000.
- Sahlström, Olle: Den röde patriarken, Stockholm 1998.
- Stråth, Bo: Mellan två fonder. LO och den svenska modellen, Stockholm 1998.

PETER BIRKE

Socialistisk Venstreparti – eine linkssozialistische Partei in Norwegen

Für die Analyse der Socialistisk Venstreparti muss zunächst auf die spezifischen Entwicklungsbedingungen im Land eingegangen werden.

Norwegen ist flächenmäßig einer der größten Staaten Europas, mit einem Abstand von über 3000 km von Oslo bis zur Grenze nach Russland, die Bevölkerungsdichte ist weit niedriger als in den meisten europäischen Ländern. Die Zentren des Landes liegen weit auseinander, neben dem Großraum Oslo, der mit Bærum etwa 900 000 Einwohnern hat: Bergen (220 000), Trondheim (150 000) und Stavanger (110 000), gibt es keine Stadt, die mehr als 100 000 Einwohner zählt. Das Land hat insgesamt 4,5 Millionen Einwohner, trotz seiner Größe also weniger als Dänemark und Schweden.

Das Wachstum der städtischen Ballungsräume bei – einer zunehmenden Entvölkerung des Nordens – hat die Ungleichheit der politischen und ökonomischen Entwicklung innerhalb des Landes seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verschärft. Das politische Zentrum Oslo liegt – als ehemalige Verwaltungshauptstadt der dänischen und schwedischen Oberherrschaft – im äußersten Süden des Landes. Die Bedeutung von Subzentren, lokalen Traditionen und Konflikten ist verhältnismäßig stark.

Ausdruck davon ist nicht nur die Existenz einer Urbevölkerung im Norden (Samen), sondern auch die späte Entwicklung des Nationalstaates: Die Existenz zweier Sprachen (der alten kolonialen Verwaltungssprache Bokmål und des »Neunorwegischen« Nynorsk) erinnert an diesen Umstand.

Die Entwicklung Norwegens hat einige Autoren, mit einem in diesem Zusammenhang problematischen Begriff, von einem »peripheren Kapitalismus« sprechen lassen (hierzu und zu Folgendem vgl. PAX 1978). Tatsächlich ist die bürgerliche Klasse in Norwegen lange zersplittert gewesen. Bis in die 1940er Jahre war die norwegische Industrie vor allem auf Grundlage der natürlichen Ressourcen des Landes (Wasserkraft, Holzwirtschaft) entwickelt und ihr Kapital befand sich zu großen Teilen im Besitz schwedischer und englischer Investoren. Zugleich war die Differenz der Interessen zwischen der Exportwirtschaft und den für einen regionalen Markt produzierenden Erzeugern ausgeprägter als in anderen westeuropäischen Ländern. Die Phase der Regierungsmacht der Den Norske Arbeiderparti (DNA), die 1935 begann, 1941-1945 durch die brutale deutsche Besatzungsherrschaft unterbrochen, führte nach 1945 zu einer Regulierung der industriellen Neuansiedlungen durch den Staat (vgl. Kjeldstadli/Keul 1973, 95-

Peter Birke – Jg. 1965, Historiker, promoviert z. Z. an der Universität Hamburg mit einer Arbeit zur Geschichte der »wilden Streiks« in der Bundesrepublik und in Dänemark zwischen 1967 und 1973. Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Wir sind die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts«. Rechtsparteien in Dänemark, Heft 156 (Oktober 2003).

Der Autor hat im Januar 2004 die Studie »Skizze zur Politik der norwegischen Linksparteien: Socialistisk Venstreparti und Rød Valgalliance« vorgelegt, die er im Auftrag des Bereichs Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellt hat. Der Beitrag veröffentlicht Auszüge zur Socialistisk Venstreparti. – Red.

127). Die Entwicklung einer chemischen Industrie, der »Werkstatt-industrie« (Metallsektor) einerseits, aber auch der industriellen Landwirtschaft und der Fischerei, die bis Anfang der 1970er Jahre besonders im Norden noch eine entscheidende Bedeutung hatten, wurde de facto staatlich organisiert und reguliert. Der Ausbau eines universalistischen Wohlfahrtsstaates integrierte zugleich insbesondere die Gewerkschaftsverbände der Privatindustrie in einen historischen Kompromiss, dessen Basis der Ausbau der industriellen Produktion, eine umfangreiche Rationalisierung aller Lebensbereiche und die bestimmende Rolle des Staates in der Gesellschaft war. Bis in die 1970er Jahre wurden Volksrente, Arbeitslosenversicherung und andere soziale Leistungen auf der Grundlage von Rechtsansprüchen und Steuerfinanzierung ausgebaut. Die Expansion des öffentlichen Dienstes brachte bis 1980, etwas später als in Dänemark und Schweden, die Erhöhung der Frauenerwerbsquote weit über den westeuropäischen Durchschnitt. Die Ölfunde seit Ende der 1960er Jahre machten Norwegen nicht nur zum drittgrößten Ölexporteur der Welt, sondern auch zu dem Laand auf Platz 1 der UNDP-Liste über den Ausbau der Sozial-, Gesundheits- und Ausbildungssysteme (UNDP 2002). Auch die Erschließung der Ölvorkommen ist vor allem eine staatliche Aufgabe gewesen: Alleine der norwegische Staat war als größter Kapitalist in der Lage, die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Aber anders als in anderen Ländern war *Statoil*, bis vor wenigen Jahren ein staatliches Unternehmen, zugleich einer der Hauptprofiteure der Ölfunde. Der *Ölfonds* ist noch heute eine der wichtigsten Einkommensquellen des Staatshaushalts.

Die norwegischen Linksparteien (neben der SV vor allem noch die RV – Rød Valgalliance) sind also mit einem Kapitalismus konfrontiert, der in noch größerem Maße als in anderen europäischen Ländern staatlich reguliert war. Eine der großen Herausforderungen der Politik dieser Parteien besteht heute jedoch darin, dass sie auf eine Situation reagieren müssen, in der derselbe Staat entscheidender Träger der Deregulierungspolitik ist. Ähnlich wie in Dänemark ist auch in Norwegen die DNA in den 1990er Jahren für den Durchbruch zur Privatisierungspolitik verantwortlich gewesen (vgl. Birke, 2003/1). Auch die Umorientierung zu einer »aktivierenden Sozialpolitik« hat die DNA zu einer Zeit vollzogen, als man in der bundesdeutschen Sozialdemokratie noch nicht genau wusste, was mit »Aktivierung« gemeint ist. Insgesamt ist die norwegische Sozialdemokratie der wichtigste Akteur der »zweiten Welle« neoliberaler Reformen in den 1990er Jahren gewesen und hat sich damit zugleich vom der egalitären Politik verabschiedet, die die norwegische Nachkriegsgesellschaft geprägt hat. Obwohl diese Tendenzwende in ein dichtes Netz tripartaler Absprachen – im Rahmen der Politik der sogenannten *Solidarischen Alternative* – eingewoben war, hat die DNA ihre hegemoniale Stellung im norwegischen Parteiensystem verloren, nachdem die soziale Basis der Partei sich in den vorigen Jahren fluchtartig nach rechts (zu den Populisten) und nach links (zur SV) verabschiedet hat.

Die vier im Parlament vertretenen alten bürgerlichen Parteien sind in diesem Muster einerseits lange nichts weiter gewesen als potenzielle Juniorpartner der DNA, andererseits sind sie wie überall in

1 Im Gegensatz zu anderen skandinavischen Ländern und parlamentarischen Systemen gibt es für das norwegische Ein-Kammern-Parlament keine Bestimmung, die während der Legislaturperiode Neuwahlen ermöglicht, falls eine Regierung nicht mehr die notwendige Mehrheit hat. Bereits nach dem Fall der absoluten Mehrheit der Sozialdemokratie (1965) waren deshalb Minderheitsregierungen in Norwegen die Regel. Meistens wurden diese Regierungen von der DNA gestellt, mit wechselnden Zusammenarbeitspartnern je nach Sachfrage. Die Bestimmung, dass während der Legislaturperiode zwar eine neue Regierung eintreten, aber keine Neuwahlen durchgeführt werden können, hat einerseits die auch anderswo in Skandinavien vorfindbare Tendenz zur Konsensdemokratie bestärkt – die bis zur Zusammenarbeit zwischen (rechtspopulistischer) FrP und SV in Lokalparlamenten reicht, eine Konstellation, die in den meisten anderen europäischen Ländern sicherlich undenkbar wäre. Andererseits stellt sie ständig die Legitimität der aktuellen Regierung in Frage, zumal die Wahlbeteiligung in den letzten Jahren eine sinkende Tendenz aufweist.

2 Eine im Auftrag der Tageszeitungen Klassenkampfen, Nationen und Dagen durchgeführte Meinungsumfrage ergab im November 2003 folgendes Resultat (in der Klammer das Resultat der letzten Stortingwahl): Die potenziellen Koalitionsparteien einer Mitte-Links-Koalition erhielten: DNA: 25,7 Prozent (24,3), SV 19,7 (12,5), SP (Senterparti) 5,6 (5,6), ins-

Skandinavien stark zersplittert: Die seit 2001 regierende bürgerliche Koalition unter Kjell-Magne Bondevik profitiert vor allem von der Schwäche der DNA.

Allerdings ist die norwegische Parteienlandschaft seit dem Abgang der sozialdemokratischen Regierung Stoltenberg im Jahre 1997 (im Grunde seit dem Rücktritt Gro Harlem Brundtlands 1996) von einer bisher ungekannten Instabilität geprägt. Diese Instabilität drückt sich unter anderem darin aus, dass bei den Haushaltsberatungen alljährlich neu die Machtfrage gestellt wird.¹ Während die ersten Haushalte der seit 2001 amtierenden bürgerlichen Regierung durch ein Abkommen mit der rechtspopulistischen Volkspartei zustande gekommen sind, gab es 2003 einen Kompromiss, der im wesentlichen von den Konservativen (der »Rechtspartei« Høyre, die die meisten Minister stellt) und der DNA ausgehandelt wurde.

Die derzeit regierenden bürgerlichen Parteien – *Høyre*, *Venstre* und *Kristelig Folkeparti* – haben zusammengenommen weder eine parlamentarische Mehrheit noch die Mehrheit der Stimmen bei Meinungsumfragen: Sie lagen im ganzen Jahre 2003 bei nicht mehr als 25 Prozent. In der Opposition befindet sich die DNA, die derzeit etwas über 25 Prozent der Stimmen erwarten kann, die FrP, die nach Meinungsumfragen ungefähr bei 20 Prozent liegt, zeitweise aber die Sozialdemokratie als stärkste Partei abgelöst hatte, und die SV, die etwas unter 20 Prozent liegt und in einigen Meinungsumfragen zur DNA aufschließen konnte sowie die alte Bauernpartei (Senterparti) mit etwa 6 Prozent.² Seit der Landeskonferenz im Vorfeld der Stortingwahlen von 2001 spricht sich die SV für die Regierungsalternative einer Koalition zwischen SV, SP und DNA aus.

Zur Geschichte der Sosialistisk Venstreparti

Anfang der 1960er Jahre trat die »sicherheitspolitische Opposition« der DNA um die Wochenzeitschrift *Ny Tid* (»Neue Zeit«) aus der Partei aus und bildete die *Sosialistisk Folkeparti* (SF). Norwegen war bereits 1949 in die NATO eingetreten und die norwegische Sozialdemokratie praktizierte danach eine stark pro-amerikanische Außen- und Verteidigungspolitik. Die neu gebildete SF plädierte für eine norwegische Neutralität in der Blockkonfrontation, lehnte das Wettrüsten ab, während sie innenpolitisch für eine Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates und der staatlichen Ökonomie hin zu einem »demokratischen Sozialismus« eintrat (www.sv.no/hvem). Im Unterschied zu Schweden, wo sich die Linkspartei erst in den 1970er Jahren einem eurokommunistischen Kurs annäherte (Schmidt 2003, auch: Brie 2003), kannten sowohl Norwegen als auch Dänemark bereits in den 1960er Jahren Parteien des »Dritten Wegs«, die als solche eher mit den der linkssozialistischen Tradition im Italien der 1950er Jahre vergleichbar waren als mit der eurokommunistischen Bewegung der 1970er Jahre (vgl. auch Birke 2003/2, Abschnitt 2). Im Unterschied zu Italien kam es aber weder in Dänemark noch in Norwegen zu einer Regierungsbeteiligung der Parteien der »Neuen Linken«. Am Ende der 1960er Jahre zerfiel die SF in Norwegen zunehmend aufgrund interner Konflikte. Im Zuge der neuen Jugendbewegung spaltete sich 1969 die Jugendorganisation SUF (Sosialistisk Ungdoms Front) von der SF ab – vergleichbar mit der Entwicklung

der *Venstresocialisterne* in Dänemark als »Partei der Studentenbewegung« nach 1968 (vgl. Birke 2003/2, Abschnitt 2).³ Ebenfalls im Jahre 1969 verlor die SF ihre Sitze im norwegischen Parlament.

Die Neukonstituierung einer sozialistischen Linkspartei in Norwegen ist vor dem Hintergrund des Kampfes gegen die Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Gemeinschaft zu sehen. Im Jahre 1972 entwickelte sich in Norwegen eine breite Volksbewegung gegen den Beitritt, die im Unterschied zu Dänemark auch bürgerliche Kräfte, Organisationen der Landwirtschaft, kirchliche Gruppen etc. umfasste (vgl. die sehr gute Darstellung in Kjeldstadli 1997). Ebenfalls im Unterschied zur dänischen Entwicklung gelang dieser Bewegung bei der Volksabstimmung um die Mitgliedschaft ein äußerst überraschender Erfolg. Im Jahr nach der Abstimmung bildete sich aus SF, Vertretern der Norwegischen Kommunistischen Partei und der linken Opposition in der ansonsten EG-freundlichen DNA die »Sozialistische Wahlallianz«. Bei den Parlamentswahlen des Jahres 1973 konnte dieses Bündnis rund 10 Prozent der Stimmen erreichen – und damit dem linken Widerstand gegen die EG auch eine parlamentarische Stimme geben. 1975 wurde das Wahlbündnis zur »Sozialistischen Linkspartei« umgewandelt – wobei die meisten Vertreter der NKP diesen Schritt nicht akzeptierten und aus der Zusammenarbeit austraten. In den folgenden Jahren stabilisierte sich die neue Partei bei zwischen 5 Prozent und 7 Prozent der Stimmen in den zentralen und regionalen Wahlen, wobei sie ihren sozialen Schwerpunkt in den Groß- und Mittelstädten sowie unter den Beschäftigten des expandierenden öffentlichen Dienstes hatte. In der Phase der »Solidarischen Alternative« zwischen 1993 und 1997 verlor die Partei kontinuierlich an politischem Einfluss – ihre jüngsten Erfolge sind nicht ohne den Bruch mit der sozialdemokratischen Politik der »Stabilisierung« und des »aktivierenden Sozialstaates« zu begreifen.

Die Sosialistisk Venstreparti heute

Bereits unmittelbar vor der letzten Stortings-Wahl beschloss die alljährlich stattfindende Parteikonferenz (Parteitag) der SV, eine Regierungszusammenarbeit mit der DNA und der links-liberalen Senterparti (SP, ehemalige Bauernpartei) anzustreben. Ebenfalls im Jahre 2001 verabschiedete die Partei ein neues Arbeitsprogramm. Auf der Konferenz des Jahres 2003 im nordnorwegischen Tromsø, die in einer – offenbar durchaus ungewöhnlichen – »sehr konstruktiven und geradezu gemütlichen Atmosphäre« stattfand (Tromsø Avis, 10. März 2003) wurde ein kommunalpolitisches Perspektivprogramm verabschiedet, das auf der Homepage der Partei in einer englischen Zusammenfassung zu lesen ist (www.sv.no/hvem).⁴ Die zentrale Parteileitung⁵ besteht seit vergangenem Jahr aus drei Frauen und einem Mann: Kristin Halvorsen (Vorsitzende seit 1997), Øystein Djupedal, Henriette Westhrin und Bård Vegar Solhjell.

Der Optimismus, der die Parteikonferenz vom Frühjahr 2003 prägte, ist mittlerweile nicht mehr ganz ungebrochen. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom September 2003 bestätigten die optimistischen Meinungsumfragen nicht: Zwar erreichte die SV mit im Landesdurchschnitt etwa 13 Prozent der Stimmen das beste Er-

gesamt wären das 91 von 150 Sitzen. Die Regierungsparteien erhielten: Høyre 14,8 (21,2), Kristelig Folkeparti 6,7 (12,4), Venstre 2 (3,9), insgesamt 25 Prozent oder 38 Sitze. FrP-Rechtspopulisten: 22,3 (14,6). Die RV erhielt 1,2 Prozent (1,2) und wäre nicht vertreten (Nationen, 13. 11. 2004). Die Tendenz der Meinungsumfragen hat sich über das ganze Jahr 2003 gehalten, mit einem Hoch für die SV in der Zeit der Massendemonstrationen gegen den Irak-Krieg.

3 Die SUF ist heute der der SV nahe stehende Jugendverband – innerhalb der Partei am linken Flügel angesiedelt, außerhalb der Partei ein »revolutionärer, marxistischer Jugendverband«: www.su.no.

4 Übersetzung der Zitate – P. B.

5 Die »Sentralstyret« (Zentrale Leitung) ist die Parteileitung zwischen den Sitzungen des höchsten Organs der Partei, dem »Landsstyret« (Landesleitung).

gebnis ihrer Geschichte – bei einer Wahlbeteiligung von nur etwas mehr als 50 Prozent –, die Hoffnung, in etlichen Städten die Sozialdemokratie zu überholen, wurde jedoch nur in einigen Fällen, meistens in mittleren Städten, eingelöst. Obwohl diese Wahlen stärker vom Einsatz bekannter Persönlichkeiten abhängen und durch gemeinsame Listen mit der RV und anderen Gruppen sowie durch in einigen Gegenden starken Lokallisten (wie z. B. der »Kystpartiet« an der Westküste) Verschiebungen zu berücksichtigen wären, geben die Resultate einen gewissen Einblick in die Hochburgen der SV: in Rana (Nordland) erreichte die SV 40 Prozent der Stimmen bei einem Stimmenzuwachs von 20 Prozent, in Namsos erreichte die Partei 35,9 Prozent, in Tromsø 22,3 Prozent, in Oslo 20,3 Prozent und in Trondheim 17,7 Prozent (www.resultat.valg.no). Eine Enttäuschung war dagegen aus Sicht der SV und der parlamentarischen Linken insgesamt, dass es in Oslo nicht gelang, den Block der bürgerlichen Parteien durch ein, von den großen Gewerkschaften stark gefördertes Bündnis der drei Linksparteien abzulösen: Der Versuch scheiterte denkbar knapp – an einem Mandat –, aber er scheiterte. Auch das Angebot an die Kristelige Folkeparti, in einer Koalition mit den beiden großen Linksparteien den Oberbürgermeister zu stellen, änderte nichts an der Konstellation (VG, 1. Oktober 2003). Insgesamt kann die SV seit den Lokalwahlen in ca. zehn Kommunen die erste Bürgermeisterin oder den ersten Bürgermeister stellen. Die Rechtspopulisten, neben der SV der zweite große Sieger der Wahlen, konnten sich in ungefähr zwanzig Kommunen durchsetzen.

Die SV besitzt nach eigenen Angaben heute rund 750 Vertreterinnen und Vertreter in Kommunal- und Regionalparlamenten und 23 Repräsentanten im Storting. Rechnet man den Apparat dazu, der notwendig ist, um eine solche Zahl von Parlamentariern zu betreuen, dann ist klar, dass der Schwerpunkt der SV heute auf Parlaments- und Öffentlichkeitsarbeit liegt. Denn trotz einer langsam wachsenden Mitgliederzahl ist die SV noch eine verhältnismäßig kleine Partei: Anfang 2003 hatte sie ca. 8 000, am Ende des Jahres ca. 10 000 Mitglieder.⁶

6 Zum Vergleich: Die DNA hat nach eigenen Angaben etwa 70 000, ihr Jugendverband (AUF, Jugendfront der Arbeiterbewegung) 7 000 Mitglieder.

Nach den auf der Webseite vorliegenden Informationen zu urteilen, hat die SV keinen den deutschen Parteienstiftungen vergleichbaren Stiftungsverband. Der SOF, der Aufklärungsverband der SV, ist im wesentlichen für interne Schulungen der SV-Mitglieder zuständig und betreibt soweit ersichtlich fast keine Arbeit, die außerhalb dieses Rahmens wirksam ist. Ähnliches gilt übrigens für die RV.

7 Anders als in den Texten der SF und der EL in Dänemark (vgl. Birke 2003, 2, Abschnitt 3 und 4).

Das Arbeitsprogramm der Sosialistisk Venstreparti

In öffentlich leicht zugänglichen programmatischen Aussagen der SV wird man grundsätzliche Erörterungen über »den Sozialismus«, das Scheitern des Staatssozialismus, die Geschichte der kommunistischen Parteien etc. nicht finden. Die spezifische norwegische Entwicklung zeichnet sich damit durch ein Muster aus, das von den anderen skandinavischen Staaten abweicht⁷:

1. Im Unterschied zu Schweden und Dänemark zerfiel die NKP bereits in den 1960er Jahren.
2. Die Linksparteien entstanden aus einer militanten Tradition innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung.
3. Die neuen sozialen Bewegungen Anfang der 1970er Jahre hatten eher als in anderen Ländern einen Charakter von »Volksbewegungen« und waren weniger linkspolitisch geprägt (und u. a. deshalb kurzfristig »erfolgreicher«).
4. Die SV ist eine Partei, die auf der Grundlage der neuen Bündnis-konstellationen der 1970er Jahre entstanden ist.

Das Arbeitsprogramm der SV ist entsprechend pragmatisch. Im Impressum heißt es: »Die SV ist eine sozialistische Partei mit einer Vision einer Gesellschaft ohne Klassenunterschiede und Ungerechtigkeit. Wir wollen eine grundlegende Änderung der bestehenden Gesellschaft erreichen (Seite 3)«. ⁸ Damit ist beinahe alles über grundlegende gesellschaftliche Alternativen gesagt. Die verbleibenden zwölf Abschnitte und 90 Seiten des Arbeitsprogramms enthalten weitgehend konkrete Politikangebote und -alternativen der SV.

8 SV (Hg.): Arbeitsprogramm 2001-2005, Oslo 2001.

Die Schwerpunkte dieser zwölf Kapitel, die auf der Homepage der Partei in englischer Sprache zusammengefasst sind, lassen sich wie folgt skizzieren:

1. Die SV will zu einer Restrukturierung des öffentlichen Sektors beitragen, der nach der Politik der »Solidarischen Alternative« in den 1990er Jahren unter schweren finanziellen Druck geraten ist. Deshalb tritt die Partei für ein Programm öffentlicher Beschäftigung, für einen Ausbau der Einrichtungen des sozialen Sektors, des Ausbildungssektors und des kollektiven Nahverkehrs und insgesamt für eine keynesianische Wirtschaftspolitik ein. Der *Ölfonds* soll für diese Zwecke genutzt werden.

2. Die Steuerpolitik soll neben der Finanzierung einer anti-zyklischen Wirtschaftspolitik eine Umverteilung zugunsten der lohnabhängigen Einkommen ermöglichen. Mit ATTAC wird eng zusammengearbeitet, unter anderem wird die Tobin-Steuer gefordert. Ebenso spricht sich die SV gegen weitere Privatisierungen aus.

3. Ein besonderer Schwerpunkt der Partei ist die Politik für Kinder und Jugendliche. Sie tritt für eine Senkung der Eigenanteile in Kindertagesstätten und für den Ausbau dieser Institutionen ebenso ein wie für einen Ausbau von Ganztagschulen und eine Erneuerung der vorhandenen Schulbauten.

4. Als Partei der Ökologiebewegung ist die SV gegen einen weiteren Ausbau der Energiegewinnung aus nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen (Wasser- und Gaskraftwerke). Dieser Punkt im Programm ist ein wesentliches Problem in der Zusammenarbeit mit den norwegischen Industriegewerkschaften (insbesondere dem rechtssozialdemokratischen »Fellesforbundet« der Metall- und Werkstattindustrie), die der SV zum Teil eine »industriefeindliche« Politik vorwerfen.

5. Im auf der Homepage veröffentlichten kommunalpolitischen Programm tritt die SV für eine bessere Finanzierung der durch die Umverteilung der 1990er Jahre extrem geschwächten kommunalen Haushalte ein (SV 2003/2).

Alternativer Staatshaushalt (Alternativ Statsbudget)

Diese zentralen Politikbereiche sind auch Gegenstand des von der SV im Sommer vorgelegten »Alternativen Staatshaushaltes«. Investitionen werden in den Bereichen Kinderbetreuung, Schulen, Altenversorgung, bei den öffentlichen Verkehrsmitteln und in der Psychiatrie vorgeschlagen, zudem soll eine Steuerreform eine Umverteilung der Einkommen ermöglichen.

Insgesamt wirkt die »Alternative« der SV allerdings recht bescheiden. Bei einer für norwegische Verhältnisse Rekord-Erwerbs-

losigkeit von 110 000 (oder offiziell 5,5 Prozent, mit geringfügig Beschäftigten steigt die Zahl auf fast 8 Prozent) wirkt ein Beschäftigungsprogramm, das 20 000 Arbeitsplätze schaffen soll, nicht gerade überzeugend. Tatsächlich hält sich das »alternative Budget« der SV weitgehend an die Vorgaben der Regierung Bondevik, was den finanziellen Gesamtrahmen der Staatsausgaben betrifft und stellt vor allem eine Umverteilung von einem – insgesamt recht bescheidenen – Anteil der Ressourcen dar. In vorauseilendem Gehorsam gegenüber einer möglichen sozialliberalen Koalition gibt sich die Partei schon heute als »verantwortliche Kraft« (SV 2003/2).

Außen- und Europapolitik

Wie bereits geschildert spielte die Außenpolitik – mit dem Kampf gegen die NATO bzw. die EG als Gründungsanliegen von SF bzw. SV – traditionell eine zentrale Rolle für die norwegische neue Linke. Auch heute noch tritt die SV in ihrem Arbeitsprogramm für einen Austritt aus der NATO und eine neue sicherheitspolitische Konzeption sowie für eine Kürzung der Militärausgaben ein (SV 2003/1, Abschnitt 8).

Entsprechend dieser Zielsetzung war die SV neben der RV die einzige Partei, die sich klar gegen eine norwegische Beteiligung am US-Angriffkrieg gegen den Irak ausgesprochen hat. Nachdem die DNA, unter dem Eindruck einer für norwegische Verhältnisse ebenso gewaltigen wie kurzatmigen Antikriegsbewegung, der größten Massenbewegung in der norwegischen Nachkriegsgeschichte, im Frühjahr 2003 eine ähnliche Position vertreten hat, deutete sich ein historischer Bruch mit dem »sicherheitspolitischen Konsens« an, der die norwegische Politik seit der Befreiung von der deutschen Besatzungsherrschaft im Jahre 1945 geprägt hat (Ny Tid 2003, 3). Auch wenn im Sommer, nach dem »offiziellen« Kriegsende, mit dem Einverständnis der DNA einige hundert norwegische Soldaten zu sogenannten humanitären Aufgaben in den Irak entsandt wurden, bleibt unklar, wie sich der norwegische Staat zukünftig international positionieren werden wird.

Ironischerweise ist eines der Resultate der Antikriegsbewegung, dass die SV ihre strikte antimilitaristische Haltung zunehmend aufgibt und sich einem proeuropäischen Kurs zuwendet. Vor dem Hintergrund des gleichzeitigen Abschiedes der DNA von ihrem nach 1945 ausgeprägten proamerikanischen Kurs scheint diese Tendenzwende ein weiterer Baustein für eine Regierungsbeteiligung der Linkspartei zu sein. Der verteidigungspolitische Ausschuss der SV hat im Sommer in diesem Zusammenhang 2003 eine Stellungnahme erarbeitet, die die Parteigliederungen auffordert, ihre Position zur NATO zu überdenken. Die »Modernisierer« in der SV sehen die NATO als »Alternative zur USA«, als »weltweite zivilisatorische Macht«, die ohne Vorbehalte »gestärkt werden müsse« (Klassekampen, 10. Juni 2003). Hier kann ohne Zweifel von einem, durch eine neue Generation professioneller Politiker in der SV vorgebrachten, Erdrutsch in der SV-Politik gesprochen werden, der in seinen Ausmaßen (und auch in seinen Begründungszusammenhängen) etwa dem Wandel der Europapolitik der dänischen SF entspricht (vgl. Birke 2003/2). Ohne Zweifel kann hier auch von einer Annäherung

an »moderne« sozialdemokratische Positionen gesprochen werden, die bei einer eventuellen Regierungszusammenarbeit eine weiterhin wachsende Bedeutung bekommen werden. *Innerhalb* der Partei hat allerdings die Anti-NATO-Position (noch!) eine Mehrheit, wobei die Frage ist, ob die schwindende militärische Bedeutung der NATO die formale Gegnerschaft der SV nicht auch jenseits der geringen Bindungswirkung von Parteiprogrammen zu einer Randfrage machen wird.

Eine ganz ähnliche Entwicklung deutet sich auch in der EU-Politik, dem zweiten wichtigen außenpolitischen Gründungszusammenhang der SV, an: Die Kritik, dass die EU ein »neoliberales Projekt« ist, ist mittlerweile durch eine Kritik am »Demokratiedefizit« der EU-Institutionen ersetzt worden. Seitdem in Norwegen 1994 zum zweiten Male gegen eine Mitgliedschaft in der EU gestimmt wurde, sind die EFTA-Verträge so umformuliert worden, dass sie die Direktiven der EU zu 90 Prozent auch in Norwegen umsetzen. Die Politik der »solidarischen Alternative«, niedrige Zinsen, niedrige Inflation, Begrenzung des Haushaltsdefizits, entsprach mehr oder weniger den Vorgaben des Stabilitätspaktes – auch ohne, dass Norwegen EU-Mitglied war und ist. Die Kritik an diesem »Demokratiedefizit« öffnet einen Raum für eine EU-positive Stimmung, die innerhalb der SV gleichwohl immer noch mehr oder weniger »tabu« ist: Das Argument ist naheliegend, dass – auch wenn Norwegen weiterhin formal außerhalb der EU steht, aber die meisten ihrer Vorgaben übernimmt – es zu »mehr Mitbestimmung« führen würde und »Isolation« vermeiden würde, wenn man der EU beitrete. Das Argument wird ähnlich wie in der NATO-Diskussion durch eine eurochauvinistische Stimmung, die im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg ausgelöst wurde, gefördert – hierzu bekennen sich auch einzelne SV-Funktionäre (Klassekampen, 28. Juli 2003).

Auch in diesem Fall weicht allerdings die offizielle Programmatik der SV vom Stand des aktuellen Diskurses deutlich ab. Im Abschnitt 9 des Arbeitsprogramms wird immer noch die Kündigung oder wenigstens die Neudefinition der EFTA-Absprachen gefordert. Die starke Skepsis gegenüber der EU innerhalb der Parteibasis, die sich in den Formulierungen des Programms ausdrückt, ist nach wie vor eines der zentralen »Probleme«, die einer Regierungszusammenarbeit zwischen DNA einerseits, der SV und der ebenfalls euroskeptischen Zentrumspartei entgegen stehen könnte. Vorläufig erklären die beiden Frontfiguren von SP und SV lediglich, dass nach der Wahl des Jahres 2005 zunächst keine neue EU-Abstimmung stattfinden wird und in der EFTA-Frage der Status gewahrt werden wird (Dagsavisen, 21. Dezember 2003).

Die Änderung der politischen Ausrichtung der SV wird schließlich auch dadurch vorangetrieben, dass die Wählerbasis der Partei erheblich gewachsen ist. Während innerhalb der Parteimitgliedschaft nach wie vor eine klare Mehrheit an den programmatischen Vorstellungen, die auch 2001 noch einmal verabschiedet worden sind, festhält, ist die EU-Frage unter den Wählern weitaus umstrittener: Nach einer Umfrage vom Sommer 2003 hat die SV die meisten in der EU-Frage »unsicheren« Wähler von allen Parteien. Besonders im Gebiet um die Hauptstadt gibt es eine Mehrheit für den Beitritt zur EU auch unter den SV-Wählern (Klassekampen, 23. Juni 2003, 1 b).

Zusammenfassung

Auf den ersten Blick scheint die SV auf einer Welle des Erfolges zu schwimmen. Alle Wahlergebnisse seit den letzten Jahren weisen in dieselbe Richtung: Eine erstmalige Beteiligung an einer Linksregierung im Jahre 2005 scheint möglich zu sein.

Die Sozialdemokratie wird, nachdem sich innerhalb der Partei die »Modernisierer« durchgesetzt haben, jedoch nur dann zu einer solchen Koalition bereit sein, wenn die SV in der Zahl ihrer Mandate annähernd an das herankommt, was die Meinungsumfragen im vorigen Jahr versprochen haben. Dies ist jedoch ein höchst unsicherer Faktor. Bei der Verabschiedung des Haushaltes, unmittelbar nach der Kommunalwahl, hat sich die DNA jedenfalls für eine Zusammenarbeit nach »rechts« entschieden. Zwar konnte dadurch erreicht werden, dass die FrP erstmals für die Rechtsregierung als Mehrheitsbeschaffer verzichtbar wurde, dies jedoch zugunsten einer – historisch neuen – Zusammenarbeit mit den Konservativen (Høyre). Dabei wurden »die größten Einschnitte« im Staatshaushalt, die im ursprünglichen Forderungskatalog der Regierung anvisiert waren, zurück genommen und eine weitgehende Flexibilisierung des Kündigungsschutzes verhindert, gegen das in einzelnen Gewerkschaften bereits ein Generalstreik gefordert wurde. Die Kürzungen der Sozialleistungen im neuen Haushalt belaufen sich gleichwohl auf ca. 1500 Mio. NOK (ca. 200 Mio. €). Insgesamt verspricht die Zusammenarbeit der DNA mit Høyre weder die Perspektive eines »radikalen Reformismus« noch eine Abkehr von der New-Labour-Politik der 1990er Jahre.

Unter diesen Umständen könnte eine Regierungszusammenarbeit für die SV durchaus dazu führen, dass ihre bisherigen Möglichkeiten verschwinden, von der Krise der sozialdemokratischen Hegemonie zu profitieren. Wenn die SV die Linie der »modernen« Sozialdemokratie weitgehend kampflos akzeptieren würde, dann wird die Kritik von Seiten der Gewerkschaftslinken und der sozialpolitischen Opposition, die u. a. in der »Aktion für den Wohlfahrtsstaat« zusammengefasst sind, sicherlich nicht ausbleiben. Ähnliches gilt für die außenpolitischen Fragen. Zwar stieg die Beliebtheit der SV 2003 im Zusammenhang der kurzfristigen, aber sehr vehementen Proteste gegen den Irak-Krieg. Die Antikriegsbewegung ist jedoch keineswegs eindeutig »eurochauvinistisch« gewesen, und die Abkehr der SV von kritischen Positionen zu NATO und EG hat bereits jetzt zu Kritik aus der antimilitaristischen Bewegung geführt.

Nicht zu vergessen ist schließlich, dass es in Norwegen eine weitere linke parlamentarische Gruppierung gibt – die »rote Wahlallianz« – die es u. U. vermöchte, sich als entschiedene Opposition zur neoliberalen Politik zu platzieren, auch wenn ein weiteres Anwachsen der schon jetzt beängstigend starken rechtspopulistischen FrP eine wahrscheinlichere Auswirkung einer Mitte-Links-Koalition wäre, in der faktisch das »Sparschwein« regierte.

Literatur*Buchveröffentlichungen und wissenschaftliche Literatur*

- Brie, Michael (Hg.): Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien. Internationaler Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Manuskripte 41), Berlin 2003.
- Christensen, Dag Arne: Venstresosialistisk EU politikk: Ei analyse av Sosialistisk Vernstreparti i Noreg, Vänsterpartiet i Sverige og Socialistisk Folkeparti i Danmark, 1973-1997, phd., manuskript, Bergen 1998 (= Linksozialistische EU-Politik, eine Analyse...).
- Dølvik, Jon Erik, Stokke, Torgeir Aarvaag: Norway – the Revival of Centralized Concertation, in: Ferner/Hyman, Changing Industrial Relations in Europe, Oxford 1998, pp. 118-146.
- Kjeldstadli, Kurt (Hg.), Aschenhougs norgehistorie, Oslo 1997, bind 12: 1970-1990 (= Geschichte Norwegens).
- Ders. und Victor Keul: DNA – fra folkebevægelse til statsstøtte, Oslo 1973 (= ..von der Volksbewegung zur Staatsstütze).
- Melve, Jørgen: Venstresosialistiske partistrategier – ein analyse av den strategiske åtfærd til Vänsterpartiet i Sverige, SF i Danmark og SV i Noreg, Hovedopgave Uni Bergen, Manus (= Linksozialistische Parteistrategien – eine Analyse der strategischen Ausrichtung der skandinavischen Linksparteien).
- PAX (Hg.), Lexikon, Oslo 1978.
- Seip, Anne Lise: Veiene til velferdsstaten: norsk sosialpolitikk 1920-1975, Oslo 1994 (= Wege zum Wohlfahrtsstaat, Norwegische Sozialpolitik).

Artikel: Veröffentlichungen in Zeitschriften und Manuskripte

- Birke, Peter: Streiks in Norwegen brechen mit Bündnis für Arbeit, in: analyse und kritik, Hamburg, Juni 2000.
- Ders.: »Wir sind die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts«, Rechtsparteien in Dänemark, in: UTOPIE kreativ, Heft 156 (Oktober 2003), S. 885-898.
- Ders.: Skizze zu Geschichte, Programmatik und aktueller Politik der linksozialistischen Parteien in Dänemark: Socialistisk Folkeparti und Enhedslisten, erstellt im Auftrag der »Projektgruppe Politikanalyse« der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskript, Hamburg, September 2003/2.
- Christensen, Dag Arne: The Left-Wing Opposition in Denmark, Norway and Sweden: Cases of Euro-Phobia?, in: West European Politics Vol. 19, 3/1996, pp. 525-546.
- Ders.: Foreign Policy Objectives: Left-Socialist Opposition in Denmark, Norway and Sweden, in: Scandinavian Political Studies, 1/1998, pp. 51-70.
- UNDP (Hg.), Human Development Report, New York 2002.
- Wahl, Asbjørn und Gunnhild Ørstavik, The Current Undermining of the Welfare State, Manuskript, in: www.velferdsstaten.no/english, Oslo 2003 (1).
- Ders.: Broad Alliance for the Welfare State, Manuskript, in: www.velferdsstaten.no/english, Oslo 2003 (2).

Tages- und Wochenzeitungen

- Dagsavisen, 21. 12. 2003: SV og SV vil parkere EØS-motstanden (= SV und SP wollen den Widerstand gegen die EFTA zurückstellen).
- E-avisen Nationen, 13. 11. 2003, Bunnnivå for regjeringen (= Die Regierung hat ihren Tiefpunkt erreicht).
- Klassekampen, 10. 6. 2003 (1), Vil SV har inn i NATO (= Will, dass die SV in die NATO eintritt).
- Dies., 23. 6. 2003 (1b): Fleire usikre om EU (= Immer mehr unsicher bezüglich der EU).
- Dies., 28. 7. 2003 (2), EU kann blive en supermakt i solidaritet med verden (= Die EU kann eine Supermacht in der Solidarität mit der Welt werden).
- Ny Tid, 20.9.2003 (1), SV får færre ordførere end ventet (= Die SV bekommt weniger Bürgermeister als erwartet).
- Dies.: 13. 12. 2003 (3), Konsensusen er brutt = Der Konsens ist gebrochen).
- Dies.: 25. 10. 2003 (2), Samling til venstre (= Linke Vereinigungsbemühungen).
- Tromsø Avis, 10. 3. 2003, Tidernes SV-landsmøte (= Eine historische SV-Landeskonferenz).

Veröffentlichungen der Partei

- SV (Hg.), Folkemagt mot pengemakt, Arbeidsprogram 2001-2005, Oslo 2001.
- Dies.: Arbeid og rettferdighet, SVs alternative statsbudsjett for 2004, Oslo 2003 (1).
- Dies.: Electoral platform, in: www.sv.no/hvem, Oslo 2003 (2).

Web

- www.resultat.valg.no: Resultate der Wahlen in Norwegen.
- www.su.no ist die Seite der Sosialistisk Ungdoms Front, dem der SV nahe stehenden Jugendverband.
- www.sv.no ist die Webseite der SV, mit englisch- und spanischsprachigen Informationen.
- www.velferdsstaten.no ist die Homepage der Aktsjon For Velferdsstaten (= Aktion für den Wohlfahrtsstaat).

JÜRGEN MEIER

Wissenschaft ist fortschrittlich! Und die Kunst?

Parteien zur Kunst¹

Fortschritt! Ein großer Begriff in der Geschichte der Menschheit. Wenn er heute von Parteien gebraucht wird, dann verbindet er sich immer mit Wissenschaft und Technik, nicht aber mit Kunst. »Wissenschaftlich-technischer Fortschritt erlaubt uns einen wirtschaftlichen und sozialen Lebensstandard wie keiner Generation vor uns auch nur annähernd,« so die CSU in ihrem Programm. Während einige Parteien an der unmittelbaren Identität von technischem Fortschritt und sozialem Lebensstandard zu zweifeln wagen, behauptet die FDP: »Fortschritt ist Freiheit.« Skeptischer zeigt sich die SPD: »Nicht jedes Wachstum ist Fortschritt.« Und die PDS definiert Fortschritt erst dann als solchen, wenn er »zu sozialem Fortschritt« führt. Die DKP behauptet, dass jeder »wissenschaftlich-technische Fortschritt unter kapitalistischen Bedingungen von Entartung und Zerstörung begleitet« sei. Doch selbst in dieser Negation bleibt unbestritten, dass es einen »wissenschaftlich-technischen Fortschritt« gibt. Die Definition von Wissenschaft und deren Fortschritt scheint allen Parteien mühelos zu gelingen. Wissenschaftlicher Fortschritt ermöglicht die immer bessere Transparenz der objektiven Naturgesetze im menschlichen Bewusstsein. Der Mensch durchdringt und nutzt diese Naturgesetze immer besser für sich. Dass dieser Fortschritt nicht durch den Pioniergeist allgemein menschlichen Gattungstrebens entstanden ist, sondern dass seine Dynamik auf den Partikularinteressen weltweit konkurrierender Kapitale basiert, soll hier nicht thematisiert werden. Jedenfalls gibt es keine zur Europawahl kandidierende Partei in Deutschland, die den Fortschritt des Menschen in der Erkenntnis der Naturgesetze negieren würde. Hier gibt es einen allgemeinen Konsens.² Anders ist es bei der Definition von Kunst. Dieser Begriff taucht in vielen Parteiprogrammen nicht einmal auf.³ Mit Fortschritt bringt jedoch keines der Parteiprogramme Kunst in Verbindung.

Jürgen Meier – Jg. 1950; studierte »Intermedia« in Bielefeld. Viele Jahre PR-Berater/Designer. Jetzt freier Publizist (Radio, Zeitung, Dokumentarfilm). Autor mehrerer Bücher, unter anderem: »Werbung oder Kunst«, »Das moderne Krankenhaus«, »Fortunas Kinder – Eine kleine Geschichte des Glücks«, Aufbau Taschenbuch Verlag 2002. Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Durch jedes Kunstwerk schimmert Weltanschauung«, Heft 147 (Januar 2003), S. 51-62.

1 Untersucht wurden Programme und Thesen der Parteien zur Bundestagswahl 2002 und zu den Europawahlen 2004.

2 »Technischer Fortschritt bietet neue Möglichkeiten für die Humanisierung der Arbeitsbedingungen.« CDU-Programm, Partei-

Wissenschaft und Kunst

Darf man diese Begriffe überhaupt in einem Atemzug nennen, sie gar gleichwertig nebeneinander stellen? Kann es denn überhaupt einen Fortschritt in der Kunst geben?

Wer die Programme und Erklärungen zur Europawahl der deutschen Parteien durchforstet, wird feststellen, dass beide Begriffe gemeinsam nur dann auftauchen, wenn es um deren jeweilige »Autonomie« gegenüber staatlichen Eingriffen geht. Ansonsten scheinen beide Begriffe für die Parteien nicht viel miteinander zu tun zu haben.⁴

Während »Wissenschaft, Forschung und Technik« als tragende Säulen der »Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes« (CDU)³ beschrieben werden, auf deren stabile Funktion »der Staat die rechtlichen Normen und Rahmenbedingungen« (Grüne) zur Anwendung bringen müsse, steht die Freiheit der Kunst für Freiheit und Unabhängigkeit des Einzelnen. Der Kunst wird allerdings wenig allgemein gesellschaftliche Bedeutung beigemessen. Die Wissenschaft steht dagegen für »geistiges Kapital«, »wirtschaftliche Innovation«. Die Wissenschaft scheint alles, die Kunst nichts gesellschaftlich wirkungsvolles in Bewegung setzen zu können. Schließlich liefert die Wissenschaft objektive Faktoren, mit denen die Natur, aber auch die Menschen, manipuliert in die gesellschaftliche Dynamik der Kapitalverwertung integriert werden können. Der gesellschaftliche Zweck dieser Manipulationen bleibt gewöhnlich im Hintergrund verborgen. Vor diesem Hintergrund gedeiht eine Vielfalt falschen Bewusstseins in den Köpfen der Menschen, die sich häufig nicht mehr als Selbstschöpfer ihres gesellschaftlichen Seins begreifen, sondern an die Naturgesetzlichkeit auch der menschlichen Beziehungen und Ökonomie glauben. Anders die Kunst. Für sie gibt es diese objektiven Faktoren nicht. Sie ist ausschließlich am menschlichen Sosein-wollen und -sollen orientiert. Das verängstigt jene, die den Status quo gesellschaftlicher Verhältnisse schützen wollen.

Während Hegel und Schiller die Kunst die erste Lehrerin der Menschheit nannten, zeigt der schnelle Blick auf irgendeinen beliebigen Stundenplan an irgendeiner beliebigen Schule, wie schwer es diese Lehrerin Kunst heute hat, um gegen die Wissenschaften zu bestehen. Wissenschaftliche Gesetze zu verstehen und anzuwenden scheint etwas Nützliches zu bewirken, während Kunst immer deutlicher in die Privatsphäre geschoben wird. Einer Studie des »Deutschen Bankenverbandes« zufolge fordern 77 Prozent der Erwachsenen und Jugendlichen die Einführung eines eigenen Faches Wirtschaft in der Schule und wünschen sich dort mehr berufsorientierte Inhalte. Dass sich diese gesellschaftliche Entwicklung auch in den Parteiprogrammen zeigt, ist verständlich. Es scheint doch jedem sofort einzuleuchten, dass es nützlicher ist, physikalische, mathematische, ökonomische oder fremdsprachliche Erkenntnisse zu erlangen, als in den Werken Thomas Manns, Goyas oder Beethovens die menschliche Botschaft vergangener Jahrhunderte zu bewundern und erneut zu leben. Wissenschaftliche Erkenntnisse sind dagegen anwendbar. Sie sind nützlich, um moderne Technik zur Entfaltung zu bringen. Sie sind, was man von der Kunst nicht behaupten kann, eindeutig und unmittelbar in ihrer Wirkung. Denn auf dem eigenen Gebiet der Technik, der Produktion, besteht das Wesen der Technik in der Rationalisierung notwendiger Arbeitsschritte, deren Ergebnis die Reduzierung der notwendigen Arbeitszeit ist, um ein Produkt herzustellen. Die Zeit ist somit der objektive Gradmesser für den technischen Fortschritt, was die Wissenschaft der Volks-, Betriebswirtschaft nicht nur freudig festzustellen vermag, sondern was sie in Team- und Projektarbeit immer besser zu unterstützen weiß. Während sich also die Wissenschaft reibungslos und hochgeschätzt in die dominierende Gesellschaftswissenschaft der Ökonomie einzu-reihen weiß, bildet die Kunst für diese Wissenschaft eher einen

dokumente: Programm, S. 111. Digitale Bibliothek Sonderband: Wahl 2002, S. 3030.

3 CDU: »Aufbruch für Niedersachsen und Europa«. 25 Thesen zur VI. Direktwahl des Europäischen Parlaments am 13. Juni 2004. (Verabschiedet auf dem Landesparteitag am 30. August 2003 in Cuxhaven.) Der Begriff Kunst taucht nicht auf.

FDP: »Wir können Europa besser! – Für ein freies und faires Europa«. Programm der FDP zur Europawahl 2004, beschlossen auf dem Europatag am 17. Januar 2004 in Saarbrücken. Der Begriff Kunst, aber auch Kultur, tauchen nicht auf. SPD: »Europamanifest« – Europa-Delegiertenkonferenz am 16. November 2004. Kunst taucht in diesem Dokument als Begriff nicht auf.

4 FDP: »Liberaler Kulturpolitik hat daher das Ziel, ein geistiges Klima zu schaffen, in dem kulturelle Vielfalt vom Bürger als Bereicherung erfahren wird, die er produktiv nutzen kann. ›Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei‹ (Grundgesetz, Art. 5).«

5 SPD: »Wir wollen alles tun, damit die Qualität von Wissenschaft und Forschung internationalen Maßstäben gerecht bleibt.«, in: »Europamanifest«, a. a. O.

»weichen« Hintergrund, um möglichst optimal den »subjektiven Faktor«, das »geistige Kapital«, ausschöpfen zu können.

Nach seinem Besuch auf der letzten »documenta« berichtete Edmund Stoiber, er habe »in das Labor der Kunst« geblickt. Labore sind bekanntlich für die Wissenschaft nützlich, nicht für die Kunst. Stoibers Begrifflichkeit ordnet die Kunst aber der Wissenschaft unter und raubt ihr damit den eigenen Stellenwert in der menschlichen Entwicklung. Nachdem der Freistaat Bayern dem Strauß-Freund Buchheim in Erbpacht eine denkmalgeschützte Jugendstilvilla in Feldafing als Museum überließ und für diesen Zweck noch vier Millionen Euro für den Umbau drauflegte, erklärte Stoiber, es wäre ein herber Verlust für ein »High-Tech-Land wie Bayern« gewesen, wenn Buchheim sich in einem anderen Bundesland mit seiner Expressionistensammlung, die auf 100 Millionen Euro geschätzt wird, niedergelassen hätte. »Ohne weiche Standortfaktoren«, so Stoiber, »wie zum Beispiel die Kunst«, gerate Bayern ins Hintertreffen der Konkurrenz.

Der Schraubengroßhändler Reinhold Würth, der mittlerweile zu Deutschlands Reichsten zählt, weiß, wie dieser »weiche« Faktor auf die »harten« Fakten der ökonomischen Wissenschaften zu wirken versteht. Würth ist Kunstsponsor. Er weiß warum: »Für unsere Mitarbeiter,« so Würth, »entsteht so ein hohes Sozialprestige, der esprit de corps, das Wir-Gefühl, wird gestärkt, und Motivation und Leistungsbereitschaft sind die automatische Folge.« Na also, es gibt sie doch, die Verbindung von Wissenschaft und Kunst. Sie schleicht sich auf diesem Sponsoringweg zwar sehr abwegig ins gesellschaftliche Bewusstsein, aber sie zeigt sich deutlich im gesellschaftlichen Sein. Das hat einen ganz simplen Grund. Sowohl Wissenschaft als auch Kunst sind homogene Medien menschlicher Erkenntnis des gesellschaftlichen Seins und der Natur. Homogenes Medium⁶ bedeutet soviel wie, die wissenschaftlichen und künstlerischen Ergebnisse sind bestrebt, die Wirklichkeit in ihrer Objektivität besser begreifen zu können. Wissenschaft, Kunst und Philosophie sind »gattungsmäßige Objektivationen der menschlichen Erkenntnis bzw. Selbsterkenntnis« (Lukács). Sie sind in ihrer Bedeutung dabei für alle Menschen gleich, unabhängig davon, ob sie sie verstehen oder von ihrer Anwendung Nutzen ziehen können. Sie betreffen den Einzelnen, indem sie dem allgemein Menschlichen oder Natürlichen auf die Spur zu kommen versuchen. Nun gibt es zwischen den beiden homogenen Medien Wissenschaft und Kunst natürlich Unterschiede. Diese nutzen Unternehmer wie Würth, um ihr Betriebsergebnis zu verbessern. Während die Wissenschaft eindeutig ihren praktischen Fortschritt in der Produktion durch Zeitersparnis dokumentiert, wodurch menschliche Arbeitskräfte reduziert werden können, kann sie nicht das leisten, wozu die Kunst in der Lage ist. Die schnellere Produktionstechnik, ermöglicht durch Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse, kann in den abstrakten Arbeitsprozess – an dem die Mitarbeiter nur insofern interessiert sind, als sie durch ihre tägliche Arbeitsleistung ihr regelmäßiges Gehalt beziehen – keine Sinnhaftigkeit tragen. Dem Arbeiter oder Angestellten ist wichtig, dass er seine Arbeitskraft überhaupt verkaufen kann und nicht ohne Arbeit bleibt. Worin sich seine Arbeitskraft letztlich vergegenständlicht, ob

6 Homogen = gleichmäßig, gleichartig. Das Kunstwerk ist zu gleichen Teilen einzelnes Erlebnis einzelner Menschen und gleichzeitig Ausdruck allgemein gesellschaftlicher Konflikte. Mensch und Menschheit lassen sich im Kunstwerk nicht trennen. Anders im Alltag und seiner Sprache. Die Alltagssprache ist ein heterogenes Medium. Sie trennt. Einzelnes und Allgemeines lässt sich im Kunstwerk dagegen nicht trennen, deshalb ist ein Kunstwerk ein homogenes Medium.

in Häusern oder Schrauben, ist ihm dabei zweitrangig. Sinnhaftigkeit kann in einem solchen Arbeitsprozess tatsächlich nur schwer entstehen. Aber mittels einiger Täuschungen kann Kunst hier durchaus Sinn schaffen. Als »weicher« Hintergrund vermag sie den Mitarbeitern Sinnhaftigkeit in die eigene tägliche Arbeitsleistung zu geben, die durch computergesteuerte Schraubenverpackung, -verkauf und -versand nicht so leicht herzustellen ist. Plötzlich bekommt die tägliche Anstrengung einen Sinn, der allerdings manipuliert ist. Denn das homogene Medium der Kunst wird mit einer heterogenen Arbeitswelt in eine Einheit gesetzt. In dieser Arbeitswelt fühlt sich aber der einzelne Mensch von seiner gattungsmäßigen Orientierung entfremdet. Dieses Gefühl der Entfremdung soll zum Schein durch das homogene Medium der Kunst verschwinden. Da diese Entfremdung aber nicht nur eine des Bewusstseins, sondern des gesellschaftlichen Seins ist, fungiert dieses Kunstsponsorings der Industrie lediglich als Manipulation. »Wir sponsern Kunst!«, »Unsere tägliche Arbeitsleistung hat einen Zweck, der mehr ist als Umsatzsteigerung!« Das nennt sich dann »Wir-Gefühl«. Der Einzelne im Schraubenwerk oder Maklerbüro erfreut sich so der Anerkennung anderer Menschen, die bislang immer nur geglaubt hatten, dass in diesen Firmen lediglich der Profit diktierte. Im Lichte der Kunst sieht das plötzlich ganz anders aus. »Die Firma tut ja doch was für die Allgemeinheit!«

Bevor wir gründlicher untersuchen, wie dieses Gefühl entstehen kann, das in dem geschilderten Zusammenhang sicher ein manipuliertes ist, denn es dient sozusagen als Pflaster auf einem entfremdeten Arbeitstag, werfen wir einen Blick auf die Aussagen von Politikern und die Parteiprogramme, um zu sehen, wie diese Kunst definieren.

Definition Kunst

Gerhard Schröder schrieb in einem Beileidstelegramm an die Witwe von Eduardo Chillida: »Ich bin stolz darauf, dass das, wie er selbst sagte, letzte monumentale Werk, das er in seinem künstlerischen Leben gestaltet hat, er in die deutsche Hauptstadt gegeben hat. Es erinnert daran, dass Kunst neben der Macht stehen kann, ohne sich von ihr in Dienst nehmen zu lassen.« Wenn die Kunst neben der Macht stehen würde, dann wäre ihr die Macht und deren menschliche Qualität ja völlig unwichtig. Doch das Gegenteil ist richtig. Kunst mischt sich auch in alle Formen ein, wo Macht entmenschlicht und Menschen unterdrückt. Ein flüchtiger Blick auf die Werke von Francisco José de Goya (1746-1828) macht dies deutlich. Goyas schonungsloses Bildnis der »Familie Karls IV.« oder die Porträts einzelner Mitglieder des spanischen Königshauses sind Beispiele dafür, wie die Malerei entleerte Würdeformen der Macht ins menschliche Bewusstsein rückte. Auch wenn heute die »politische Emanzipation« von aristokratischer Macht vollzogen ist, kann von politischer Emanzipation, die ja nur vollständige und direkte Demokratie im ganzen Land und in allen Fabriken und Büros sein müsste, noch längst nicht gesprochen werden. Von menschlicher Emanzipation ganz zu schweigen. Zur menschlichen Emanzipation von würdelosem, entfremdeten und an ökonomische, wie politische Fesseln ge-

bundenes Leben gehört die Kunst, die allen Fettschen die Masken zerreißt und den Menschen auf sich selbst als Schöpfer des gesellschaftlichen Seins lenkt. Das kann die Politik nicht, die ja zu reproduzieren sich bemüht, was ist. Selbst dann, wenn sie sich sozialistisch revolutionär nennt oder gar ist. Spätestens nach Eroberung der politischen Macht will sie den Status quo der gesellschaftlichen Verhältnisse gewähren und verteidigen. Die Kunst steht als wirkliche Kunst nicht neben der politischen Macht, sondern sie ist Kunst, weil sie weiter und weiter politische, ökonomische und menschliche Emanzipation gestalten will. Für Angela Merkel (CDU) ist Kunst Mittel zum Zweck, um die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem jetzigen Status quo besser reproduzieren zu können. Allerdings soll dieses Mittel keine staatlichen Gelder verschlingen. Interessant ist nicht nur, dass auch sie, wie Stoiber, die Kunst als »weichen Standortfaktor« bewertet, sondern das sie in einer Rede auf einen historischen Gesellschaftszustand zurückgriff, in dem es einen Staat im heutigen Sinne noch gar nicht gegeben hat. Der Staatsbürger, der Citoyen, hatte sich unter der Frstenherrschaft noch nicht vom Bourgeois getrennt. Die politische Emanzipation war noch nicht gegeben. Auf diesen gesellschaftlichen Zustand beruft sich aber Merkel, um »eine bürgerliche Tradition des Mzenatentums« der Kunst zu rechtfertigen. Damit degradiert sie die Kunst nicht nur zu einem »weichen Faktor« des Bourgeois, sondern sie negiert auch die politische Emanzipation, die Existenz des Citoyen neben dem Bourgeois, womit sie sich aber selbst und ihre politische Kaste negiert. Wozu einen Citoyen, wenn er alles unmittelbar dem Bourgeois überlassen will? »Ohne die persönliche Kunstbegeisterung früherer Fürsten,« so Merkel⁷, »wären zahllose bedeutende Kunstwerke nie geschaffen worden. Es gibt auch eine bürgerliche Tradition des Mzenatentums, die wir pflegen müssen. Denken wir doch nur an Peter Ludwig oder, hier in Berlin, an Heinz Berggruen als so genannter »weicher« Standortfaktor. Das kulturelle Umfeld ist heute für viele Unternehmen bei der Standortwahl sehr wichtig. Sie hier in Berlin wissen das sehr gut. Wenn so viele junge Unternehmen aus der New Economy nach Berlin kommen, dann liegt das auch daran, dass hier das Umfeld interessant ist.« Auch Gregor Gysi bläst in das Horn vom »weichen Standortfaktor« der Kunst. In einem Interview der Zeitschrift »Libus«⁸ sagte er, in vollem Bewusstsein der Qualität seines Argumentes: »Und um nun mal ein neoliberales Argument zu verwenden: die Kultur und Kunst dieser Stadt ist der entscheidende Standortvorteil dieser Stadt. Das heißt, alles was in diesem Bereich investiert wird, lohnt für diese Stadt, weil es Tourismus anzieht, weil es Kongresse anzieht, weil es Verhandlungen anzieht.« Wie soll sich in Europa Kunst entwickeln können, wenn sie von Politikern als »weicher Standortfaktor« und nicht als eigene Qualität menschlicher Bewusstheit bewertet wird. In einer Parteienumfrage der Zeitschrift »Neue Musikzeitung«⁹ antwortete die PDS auf die Frage, wie sie künftig Kunst und Musik im Ausland unterstützen wolle: »Auswärtige Kulturpolitik ist für die PDS ein wichtiger Baustein der internationalen Repräsentation Deutschlands. Unserer Ansicht nach krankt diese Repräsentation gegenwärtig zum einen daran, dass Kunst und Kultur im Inneren nicht hegemonial als Felder gesellschaftlicher In-

7 Rede von Angela Merkel, anlässlich einer Veranstaltung des Kultur-Forums der Berliner CDU in der Kulturbrauerei, Prenzlauer Berg, 28. März 2001.

8 »Libus«, Heft 2/2001, S. 10.

9 »NMZ«, Neue Musikzeitung, 1998, 47. Jahrgang, Ausgabe Nr. 9.

novation, als Möglichkeiten von Experimenten zu gesellschaftlichen Problemlösungen begriffen werden, weshalb die äußere Repräsentation unter einem Übergewicht von ›Tradition‹ und ›Erbe‹ leidet, statt internationale Kommunikation über heutige Lebensweisen zu befördern.« Soll das heißen, Kunst müsse nur »hegemonial« als »Innovationsfaktor« zur Reproduktion des gesellschaftlichen Status quo begriffen werden, um Deutschland wieder ein internationales Ansehen zu verleihen? Das würde ja bedeuten, dass die PDS bereits 1998 einen überall zu stützenden »Innovationsfaktor« erkannt hatte, was die SPD erst jetzt wieder auf ihre Fahnen schreibt. Wie dem auch sei, die PDS setzt die Kunst, genauso wie die anderen Parteien, nicht als eigene Quelle menschlicher Selbstbewusstheit. Die NPD verzichtet nicht nur auf den Begriff Kunst in ihrem Europawahlprogramm, sie verwendet ihn völlig deplaziert. Bei ihr wird der Staat zu einem Kunstgebilde, das als solches seit der »Absetzung der Dönitz Regierung« (1945) in Deutschland leider nicht mehr existieren würde. »Der Staat ist eine gesamteuropäische Schöpfung, und alles, was wir außerhalb Europas an wirklicher oder scheinbarer ›Staatskunst‹ vorfinden, ist mehr oder weniger erfolgreiche zivilisatorische Nachempfindung. Nur in Europa ist das Gemeinwesen ›Staat‹ Kulturleistung.«¹⁰

Für die Grünen ist »der Kunstbegriff offen« und muss »vor staatlichen Zugriffen und Vereinnahmungen geschützt werden.« Die Kunst habe »Bedeutung für die Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Menschen und damit für die Kreativität unserer ganzen Gesellschaft; in der Begegnung mit ihr gewinnt der Mensch ein vertieftes Verständnis vom Leben ... In vielfältigen Ausdrucksformen reflektiert die Kunst Erfahrungen, die Menschen mit sich selbst, mit der Natur und der Gesellschaft machen. Sie bietet normative und ästhetische Orientierungen für das Leben der Einzelnen und der Gesellschaft.«¹¹

Tatsächlich sind die Grünen die einzige Partei, die sich relativ ausführlich darüber ausläßt, was Kunst sein könnte, ohne sich allerdings definitiv genauer festlegen zu wollen. Damit entspricht sie ganz den Vorstellungen vieler ihrer intellektuellen Wähler, die sich nicht gerne festlegen möchten, sondern sich gerne subjektiv als Rebellen und Antiphilister darstellen, doch objektiv bei der Verteidigung eines Kunstbegriffes ankommen, der die Partikularität, also den einzelnen Menschen in seiner Einzelheit, verteidigt.

»Grüne Politik fördert Kunst und Kultur in Europa, einen Erfahrungsraum, in dem sich das Verständnis verschiedener Traditionen füreinander, der wechselseitige Respekt voreinander und das demokratische Miteinander festigt und vertieft und eine gemeinsame europäische Identität schafft.«¹²

Die Kunst wird in dieser Reduzierung nicht als homogenes Medium der Menschheit, sondern als politisches Mittel und als Alltagsfreude für den Einzelnen in Europa definiert. Der Alltag ist jedoch heterogenen Tendenzen unterworfen. Er ist für jeden einzelnen Menschen unterschiedlich. Jeder fällt hier für sich ganz eigene Entscheidungen, und muss sie fällen, um leben zu können. Sicher macht es Freude, neben der entfremdeten Arbeit in der Firma sich Daheim als Hobbyemaler oder -filmer zu versuchen, um Geschmack und ma-

10 »Europawahlprogramm 2004« der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD).

11 Programm der Grünen zur Bundestagswahl 2002.

12 22. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen, Dresden, »Europawahlprogramm 2004«.

13 Theodor W. Adorno: *Ästhetische Theorien, Gesammelte Schriften*, Bd. 7, hg. von Rolf Tiedemann unter Mitwirkung von Gretel Adorno, Susan Buck-Morss und Klaus Schultz, Frankfurt am Main 1970, S. 343.

14 Zitiert aus: »Jahrbuch der Internationalen Georg-Lukács-Gesellschaft«, Bielefeld 2003, S. 35.

nuelle Fähigkeiten zu erkunden. Doch eingebunden in die Unmittelbarkeit des Alltags bleibt das Malen oder Filmen dem Geschmack unterworfen, der eine rein subjektive, emotionale Kategorie ist. Kunst ist aber mehr als Geschmack oder die Fähigkeit, mit dem Pinsel gestalten zu können. Kunst ist ein homogenes Medium, dieser Unterschied zum Alltag ist wichtig. Der Alltag ist bei Reinhold Wörth ein anderer, als bei seinen Lagerarbeitern. Während der eine seinen Park und Haushalt von »Dienstleistern« versorgen lässt, muss der andere darum zittern, seine Kreditrate für das Häuschen noch in zwanzig Jahren zahlen zu können. Dennoch könnten sich beide an einem Alban-Berg-Konzert erfreuen. In der unterschiedlich erlebten, aber gleichermaßen entfremdeten Partikularität des Alltags, entsteht unmittelbar weder Kunst noch Wissenschaft. »Das künstlerische Subjekt an sich ist gesellschaftlich, nicht privat,« schrieb Adorno¹³. Darum kann Hegel von der Kunst sagen, dass ihre Aufgabe sei, »die tiefsten Interessen des Menschen, die umfassendsten Wahrheiten des Geistes zum Bewusstsein zu bringen und auszusprechen.«¹⁴ Die antike Kunst war keine Dienstleistung, »Event« oder das Hobby von faulenzenden Sklavenhaltern, sondern sie war geeignet, um bestimmte Menschentypen fördernd oder hemmend zu fördern. Sie legte sich fest. Kunst war für sie homogenes Medium menschheitlichen Selbstbewusstseins. Ihr allgemeinsten Inhalt war das Menschheitliche. In dieser Tradition der Griechen wähten sich allerdings viele frühere Politiker – das macht die Definition von Kunst so schwierig für die heutigen Parteien –, für deren Machterhalt die Kunst »höhere Ziele« zur Gestaltung bringen sollte. Kunst sollte wie die Wissenschaft fungieren. Sie sollte nicht die unmittelbaren Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens zum Motiv nehmen, sondern, wie die Wissenschaft, sollte sie das Wesen, das gesellschaftliche Entwicklungsgesetz in den Mittelpunkt setzen. Der Künstler sollte nicht mehr über »sinnliches Wissen« und über ein Denken in Bildern verfügen, sondern er sollte für das große gesellschaftliche Entwicklungsgesetz des sozialistischen oder nationalsozialistischen Aufbaus einzelne Beispiele unter den Menschen zeigen. Der Einzelne galt nur als Beispiel für das »große Ziel«. Deshalb wurde auch hier die Kunst degradiert zu einem Werkzeug politischer Macht, das die Menschen aber tatsächlich in ihrer Partikularität fixierte. Ein Kunstwerk artikuliert das Selbstbewusstsein der menschlichen Entwicklung, gerade deshalb, weil es nicht sein Ziel ist, sich unmittelbar ins Leben einzumischen oder zu erziehen. Kunst ist eine Objektivierung menschlichen Selbstbewusstseins. Sie geht vom Alltag der einzelnen Menschen aus, und hebt die Fragen dieses Alltags auf eine allgemeine gesellschaftliche Ebene, indem sie das Besondere der menschlich konkreten Beziehung herausstellt. Wissenschaft und Kunst haben beide, obgleich unterschiedlich in ihrer Intention, ihre Wurzeln im Alltagsleben, aus denen sie hervorgehen und in die sie zurückkehren. Wird diese Verbindung zum Alltagsleben abgeschnitten, verlieren Wissenschaft und Kunst ihre Berechtigung als selbstständige Lebenssphären menschlicher Reflexion, die über den Alltag hinaus steigen. Während die Wissenschaft bei der Erforschung des Mars mit allen Mitteln der optischen und chemischen Technik nach Wasser und Edelmetallen sucht, interessiert die Kunst vielleicht die

Frage, welchem Fetisch düsen da Raketen hinterher, die der Mensch ins All schickt? Die Kunst fragt unmittelbar aus der Sicht des menschlichen Alltags, während die Wissenschaft scheinbar von diesem Alltag völlig losgetrennt allgemeinen Naturgesetzen auf die Spur zu kommen scheint, obgleich auch sie ihren Ausgangspunkt in einem gesellschaftlichen Sein hat, über dem die Menschen »Sieg über die Konkurrenz« geschrieben haben. Wenn Kunst z. B. die Mars Expedition einfach nur »begleiten« würde, wäre sie keine Kunst, sondern Dekoration politisch-ökonomischer Interessen. Das aber war nie ihre originäre Aufgabe als ganz spezifische Quelle menschlichen Bewusstseins.

Romeo liebt Julia

Das ist zunächst eine ganz alltägliche Beziehung zwischen zwei sich liebenden Menschen. Im Drama erhebt sich diese Beziehung zu einer gesellschaftlichen Darstellung der individuellen Liebe, die im Zuschauer Zorn darüber entstehen lässt, dass Klassenschranken der Gesellschaft diese individuelle Liebe verhindern wollen. In diesem Drama macht sich der Mensch auf einer konkreten gesellschaftlichen Entwicklungsstufe die Schranken seiner gesellschaftlichen Beziehungen bewusst. Dieses Drama, wie alle Kunst, ist in diesem Sinne parteilich. Es werden die Hindernisse gezeigt, die dem einzelnen Menschen auf dem Weg zur bewussten Persönlichkeit im Wege stehen. Es werden die Möglichkeiten gezeigt, die ihm andererseits zur Verfügung stehen, um diesem Ziel näher zu kommen. Die Liebe und die Vernunft sind nicht von ungefähr ständiges Motiv großer Kunstwerke, die stets Fesseln zum Motiv wählen, die der Liebe und Vernunft gesellschaftlich und im partikularen Alltagsleben den Weg behindern. Bei der Definition von Kunst kann es also nicht darum gehen, deren staatliche Autonomie zu betonen, sondern gilt es, deren Möglichkeiten zu nennen, über die sie verfügt, um den Menschen zum bewussten Subjekt seiner Geschichte zu machen. Ähnlich wie bei den Grünen heißt es bei der CDU: »Kunst ist eine eigene Weise der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit. Sie hat Bedeutung für die Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Menschen und damit für die Kreativität unserer ganzen Gesellschaft; in der Begegnung mit ihr gewinnt der Mensch ein vertieftes Verständnis vom Leben.« Die Kunst setzt sich nicht nur »auseinander« mit der Wirklichkeit, sondern sie lässt eine eigene Welt entstehen, die Welt der Kunst. Sie ist die Welt des Menschen. In dieser Welt ist die Partikularität des Alltagsmenschen aufgehoben. Sie springt vom einzelnen Menschen zur Menschheit und entlarvt im Hier und Jetzt, ohne transzendent zu werden, was den Menschen in seiner Entwicklung zum ganzen und sinnlichen Menschen behindert. Darin besteht sozusagen der soziale Auftrag der Kunst. Während in der Wirklichkeit das Wohin? aus dem Woher? entspringt, bestimmt in der künstlerischen Gestaltung das Wohin? Inhalt, Art, Auswahl und Proportion dessen, was aus dem Woher? im Kunstwerk zur Geltung kommen soll. Kunst ist daher mehr als ein kritischer Begleiter, der von außen auf die menschliche Wirklichkeit peilt. »Die Bildung der Kunstsinne ist eine Arbeit der ganzen bisherigen Weltgeschichte.« (Marx) Wenn die Parteien Kunst in den Bereich der »kreativen« Freizeitbeschäftigung drängen

15 »Darum, weil du alles hast und nichts, weil das Phantom der goldenen Tage, die da kommen sollen, dein gehört, und doch nicht da ist, weil du ein Bürger bist in den Regionen der Gerechtigkeit und Schönheit, ein Gott bist unter Göttern in den schönen Träumen, die am Tage dich beschleichen, und wenn du aufwachst, auf neugriechischem Boden stehst.« Hölderlin: Hyperion oder der Eremit in Griechenland, in: Hölderlin, Kleine Stuttgarter Ausgabe, Bd. 3, Stuttgart, 1946-1962, S. 70.

wollen, ohne sich dessen unbedingt bewusst zu sein, dann bedeutet dies, dass die Kultivierung aller Sinne sowie die Kräftigung der Fähigkeit zu Liebe und Vernunft, für die Gestaltung der Wirklichkeit als gering geschätzt wird. Das noch junge Bürgertum drängte in der französischen Revolution auf Schaffung einer eigenen Welt der Kunst. Hölderlin, Heine, Lessing, Goethe, Schiller, Delacroix etc. stehen als Persönlichkeiten für diese eigene Welt der Kunst, die ein geistiges »Reich der Vernunft« gestalteten, um an diesem die Wirklichkeit der bürgerlichen Produktionsverhältnisse auszurichten.¹⁵ Was misslang und viele der Protagonisten dieser Absicht (Hölderlin) in den Wahnsinn trieb. Dennoch entstanden in dieser Zeit die meisten europäischen Theater, von deren Bühnen evokative Wirkung erzielt werden sollte, um das junge Bürgertum als fortschrittliche Klasse zu verbinden und zu vereinheitlichen. Heute ist die bürgerliche Produktionsweise mit ihren negativen Auswirkungen auf den Alltag der einzelnen Menschen (Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes, Konkurrenz, Depression, Einsamkeit etc.) sowie auf die Natur (ökologisches Ungleichgewicht) ohne jeglichen Pathos. An die Stelle von »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« ist der banale »Global-Player« getreten, den Habsucht, aber nicht die Lust an Sinnlichkeit, Liebe und Vernunft in den Reihen der einen Menschheit treibt. Das Bürgertum ist nicht mehr in der Lage, eine eigene Welt der Kunst zu schaffen, denn dazu nötig ist eine Perspektive, die das partikulare übersteigt und sich dem gattungsmäßigen, also der Menschheit, zuwendet. Partikularer werden dementsprechend auch die Kunstwerke der zeitgenössischen Gestalter, die sich damit brüsten, alles aus dem »Innern«, der »Intuition«, dem »reinen Gefühl« zu schöpfen. Dies geht soweit, dass selbst zwischen der Werbung und der künstlerischen Produktion kein Trennungsstrich mehr klar gezogen werden kann. Die Werbung ist ein Produkt der Volks- und Betriebswirtschaft, deren Aufgabe es ist, die stets wachsende Zahl an Produkten, entstanden in gigantischer Massenproduktion, die nur durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt möglich wurde, an vereinzelte und einzelne Konsumenten auf der ganzen Welt zu verkaufen. Die Werbung ist kein homogenes Medium, wie die Kunst und Wissenschaft, sie verfolgt lediglich die Beeinflussung des einzelnen Menschen in dessen heterogenen Alltagsentscheidungen, bei denen der Einzelne das haben will, was ihm angepriesen wird, wodurch Habsucht gedeiht und die Fähigkeit zum Kunstgenuss stets weiter reduziert wird. Der Verkäufer der Massenware sucht mit der Werbung als Vermittler seinen Käufer, den vereinzelt Menschen, dem Glück, Freiheit, Erfüllung, Liebe versprochen wird, also alles das, was die Kunst als homogenes Medium in ihrer Welt evokativ für den Rezipienten entstehen lässt, um ihn zu selbstbewusstem Handeln ermuntern zu können. Die Werbung, die als heterogenes Medium unmittelbar im Alltag, also in der Partikularität, verhaftet bleibt, kann keine eigene Welt schaffen, sondern bleibt nur Dienerin der Vertriebschefs. Sie wirkt manipulierend auf das partikulare Subjekt ein, dessen Sehnsucht scheint verdinglicht leichter und schneller zur Verwirklichung gelangen zu können, als über den mühsamen Weg der Kunst, der eigenen Kunstsinn und Lebenswillen fordert. In Literatur einzutauchen gelingt immer weniger Männern, sie bevor-

zugen als Lektüre Fachzeitschriften. Literatur verstehen sie oft nicht mehr, weil sie zu sehr die Sinnlichkeiten ihres eigenen Lebens vor den Statistiken, Börsenkursen und Formeln vergaßen. Eine menschliche Tragik, die sich auch in den Scheidungsstatistiken zeigt. Denn welche Frau, die nachweislich diejenigen sind, die noch Literatur lesen, will mit so einem verdinglichten Objekt das Bett teilen? Der Einzelne, sofern er seine Sinnlichkeiten noch spüren kann, wünscht sich aus der Welt der Entfremdung, der Konkurrenz, der Angst, des Krieges, des täglichen Einerleis fort, und glaubt zu leicht an die Versprechungen der Werbung, die mit wissenschaftlichen Methoden im einzelnen Menschen nicht das menschliche Subjekt, sondern das handelsfähige Objekt erspäht. Während die Wissenschaft (Gentechnologie etc.) immer prächtigere Blüten treibt, um die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zur Herstellung der Waren stets weiter senken zu können, was zu einem Erfolg in der Schlacht gegen die Konkurrenten beitragen soll – manche glauben gar, dadurch würden neue Arbeitsplätze geschaffen –, werden Stadttheater, Musikschulen, Opernhäuser, Filmfördermaßnahmen geschlossen oder deren Budgets drastisch gekürzt. Doch wo Kunst stirbt, verschwindet auch eine Lebenssphäre, die eine menschliche Fähigkeit oder Signalsystem objektiviert, das über den unmittelbaren Reiz und die Sprache hinausgeht, zu dem z. B. das gehört, was wir die Menschenkenntnis nennen. Die Wissenschaft steht ganz im Banne mit den Gesetzmäßigkeiten, die sich hinter den Erscheinungen und unabhängig vom Menschen als tätigem Subjekt verbergen. Die Kunst bleibt dagegen bei diesen Erscheinungen, wie einem lachenden oder weinenden Gesicht und vermittelt das, was wir im Alltagsleben immer mehr brauchen, je mehr uns die grinsenden Gesichter der Werbung, im Büro, auf der Party, im Rathaus oder der Parteiversammlung, auf vereinsamte Pfade jagen wollen. Nur ein Beispiel sei genannt. »Ich muß mir's niederschreiben,« sagt Hamlet, als er den Schurken entlarvt, »Daß einer lächeln kann, und immer lächeln, Und doch ein Schurke sein.« Hamlet erkennt die Entfremdung jenes menschlichen Signals, das Nähe und Freundschaft vermitteln soll, das Lächeln. Kunstwerke richten sich permanent gegen die verschiedensten Formen der menschlichen Entfremdung. Das ist ihre soziale Aufgabe.

Als die Maler der italienischen Renaissance die Nacktheit als Befreiungsakt aus dem feudalistischen Asketismus zeichneten, entsprachen sie nicht der herrschenden Moral, aber sie machten auf ein wichtiges Hindernis, den Asketismus, aufmerksam, der die menschheitliche Entwicklung zu stoppen drohte. Die Ethik, auf die stets dann verwiesen wird, wenn Kunst die bewusste Selbstschöpfung der Menschen mit all ihren Sinnlichkeiten in ihrer eigenen Welt evozierend zeigt, ist unmittelbarer Bestandteil der Wirklichkeit, während die Ästhetik stets die Widerspiegelung dieser Wirklichkeit ist. Wodurch sie überhaupt zu einer eigenen Lebenssphäre der Menschen wird. Ethisch die Kunst kontrollieren zu wollen, ist daher ein fauler Trick. Denn natürlich ist die Kunst ethisch, wenn sie in ihrer eigenen Welt, in der der Mensch stets vermittelnd mit seiner Gattungsmäßigkeit als gesellschaftliches Wesen, Entfremdungen positiv überschreitet. So war die Befreiung der Kunst aus dem Banne der Religion ein langer Weg, der letztlich erfolgreich sein konnte, weil

in der Gesellschaft, durch den Fortschritt der Wissenschaft bewirkt, längst klar wurde, dass der Mensch selbst Schöpfer seiner eigenen Geschichte ist. Die er allerdings immer unbewusster in Angriff zu nehmen scheint, denn sonst würde die Kunst in ihrer Lebenssphäre gestärkt und nicht misshandelt. Die Kunst brachte den Selbstschöpfungsakt des menschlichen Subjektes ins Selbstbewusstsein. Sie prägte so einzelne Menschen und wirkte im eigentlichen Sinne ethisch. («Zauberflöte«, »Der Stellvertreter«, »Die Steineckloper« von Courbet etc., etc.)

Nun sind wir wieder bei unserer Ausgangsfrage angelangt. Kann von einem Fortschritt der Kunst gesprochen werden? Auf die gesamte Geschichte der Menschen betrachtet, kann man dies sicherlich bejahen. Die Kunst ermöglichte durch ihre evozierende Darstellung, die wir als breite Wirkung heute durchaus noch im Film beobachten können, ein Selbstbewusstsein, das dem Einzelnen hilft, sich aus seiner Partikularität zu befreien, um Individuum zu werden, was ja soviel bedeutet wie Teil des Ganzen zu werden, also Gattungswesen, Persönlichkeit, die über den Tellerrand des eigenen Alltags schaut, den sie in Beziehung zu den Gattungsfragen setzt, um letztlich den eigenen Alltag zu verändern. Denn das ist immer die Absicht wirklicher Kunst, die Entfremdungen in unserem Alltagsleben unmittelbar bewusst zu machen, um sie bewusst beseitigen zu können. Da dies ein permanenter Prozess menschlichen Fortschritts ist, wird er, mit ihr die Kunst, niemals an ein Endziel gelangen. Von daher wäre zu wünschen, dass Parteien, die einen europäischen Status quo gesellschaftlicher Verhältnisse zu ändern beabsichtigen, indem der Mensch entfremdet für seine partikuläre Reproduktion arbeitet um zu leben, die Kunst als besondere Quelle menschlicher Selbstbewusstheit nennen. Daher steht der Satz: »Kultur und Kunst gehen von den Menschen aus, nicht von Staaten,« zwar ziemlich verloren und unerklärt in dem Dresdner Europawahlprogramm¹⁶ der Grünen, aber er könnte durchaus auch für andere Parteien ein Anfang sein, die politische Emanzipation von der menschlichen Emanzipation zwar einheitlich, aber auch getrennt zu betrachten. Denn wenn die Kunst von dem Alltag der Menschen ausgeht, dann befasst sie sich auch mit allen Entfremdungen und Fetischen, die dem Menschen in diesem Alltag begegnen, dann wird sie tatsächlich zur Kunst und braucht keine Politiker oder Präsidenten, die sie beklatschen! Dann ist sie emanzipiert, um menschliche Selbstbewusstheit zu emanzipieren.

16 »Europawahlprogramm 2004«, a. a. O.

ANDREA PLÖGER, ERWIN RIEDMANN

Transnational und fragend voran?!

Anmerkungen zum Stand der Bewegung
angesichts des zweiten Europäischen Sozialforums

Zum zweiten *Europäischen Sozialforum (ESF)* trafen sich vom 12. bis zum 15. November 2003 in Paris 60 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 60 Ländern. Das Forum wurde an vier verschiedenen Orten, in den Stadtteilen Ivry-sur-Seine und La Villette und den migrantisch geprägten Vorstädten St. Denis und Bobigny veranstaltet. Einen Teil der 55 Plenarsitzungen, 262 Seminare, 303 Workshops und 53 Kunst- und Kulturveranstaltungen auch in den »Quartiers d'exile«, im »Aus der Vorstädte«¹, stattfinden zu lassen, gehörte zum Programm des ESF und wurde von vielen Bewohnern als willkommene Geste der Solidarität gewertet.

Statt hier in Form eines Konferenzberichts die Ereignisse des ESF zu rekapitulieren, möchten wir auf einige interessante, aber gleichzeitig beunruhigende Tendenzen innerhalb der »Bewegung für eine Globalisierung von unten«² aufmerksam machen, wie sie in Paris manifest wurden. Unsere kritische Analyse zielt darauf ab, in die Debatte über Sinn und Zweck von Sozialforen einzugreifen und das Augenmerk auf die notwendige Verständigung der Bewegung über sich selbst zu lenken. Ein unmittelbares Verständigungsproblem bestand freilich im Sprachengewirr. Ohne das europäische Netzwerk ehrenamtlicher Übersetzer »Babel«, das in Paris in letzter Minute einsprang, nachdem bekannt geworden war, dass eine Koalition von ultrarechten und bürgerlichen Parteien die bereits sicher geglaubte Kostenübernahme für die Übersetzung verhindert hatte, wäre das ESF im Sprachenchaos versunken. Darüber hinaus besteht aber ein politisches Verständigungsdefizit, das unseres Erachtens sehr viel gravierender ist und das wir daher genauer untersuchen werden.

Die Rückständigkeit der europäischen Bewegung

Der Begriff der »Bewegung der Bewegungen« macht die netzwerkartige Struktur plastisch, auf dem ihr Organisationsmodell fußt. Es geht darum, Bewegungen aus aller Welt mit unterschiedlichen Ausrichtungen und Wirkungsbereichen unter einem sehr flexiblen Dach zusammen zu bringen und sie im Zuge gemeinsamer politischer Praxis zu einer einzigen Bewegung zusammen zu schmieden.³ Die in ihr aufgehobene Differenz ist die Stärke der »Bewegung der Bewegungen«, aber es könnte – wie auch mehrfach in Paris geäußert wurde – auch ihre Schwäche werden.

Der europäische Arm der »Bewegung der Bewegungen« ist bisher vergleichsweise schwach entwickelt, was vor allem mit der Geschichte der sozialen Bewegungen in Europa zu tun hat, wie sich am

Andrea Plöger – Jg. 1970; Ethnologin und Videoaktivistin/Dokumentarfilmemacherin/-Filmerin

1 François Dubet und Didier Lapeyronnie: *Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft*, Stuttgart 1994.

2 In Abgrenzung zum inhaltlich verfälschenden Begriff der »Antiglobalisierungsbewegung«, dessen Ersatzbegriff der »globalisierungskritischen Bewegung« die Sache auch nicht besser traf, wird mittlerweile häufig im deutschen Sprachraum umständlich, aber zutreffend von der »Bewegung für eine Globalisierung von unten« gesprochen. In Frankreich war allenthalben von den »altermondialistes« (in etwa: die, die eine andere Globalisierung wollen) die Rede.

Mit dieser Begriffsbildung reagiert die Bewegung auf den angesichts ihrer eigenen Globalisierung absurden Vorwurf, sie lehne Globalisierung per se ab, und schärft gleichzeitig ihre Gegnerschaft – je nach Couleur – zur neoliberalen, kapitalistischen oder ökonomischen Globalisierung.

(west-)deutschen Fall anschaulich zeigen lässt. Als später Erfolg der klassischen Arbeiterbewegung konnten sich die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg relativ erfolgreich etablieren und Bürger-, politische und soziale Rechte wohlfahrtsstaatlich und bürokratisch institutionalisieren. Interessen, die außerhalb des historischen Kompromisses des Fordismus positioniert waren (Frauen, Umwelt, teilweise Einwanderer), formierten sich in den 70er und 80er Jahren als »neue soziale Bewegungen« – mit Konsequenzen, die bis heute nachwirken.

Erstens leitete die Entstehung der neuen sozialen Bewegungen einen Prozess der Fragmentierung des Protestspektrums ein. »Single-Issue«-Orientierung, »Politik in der ersten Person« und die Selbstmarginalisierung radikaler Gruppen führte trotz aller Erfolge zumindest punktuell zum Verzicht auf die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse. Die politisch-praktische Zerklüftung der Bewegungsmilieus zeitigte auch Effekte in der Theorie. Zeitweise feierte der Nihilismus fröhliche Urständ und viele westliche Intellektuelle verlegten sich auf die eine oder andere Spielart postmoderner Beliebtheit.⁴ Dennoch war die Zersplitterung linker Politik und Theorie nicht einfach ein historischer Irrtum, sondern ein für die Artikulation marginaler Interessen offenbar notwendiger Schritt. Jedenfalls lässt sich der Zerfall der einen in viele Bewegungen »after the fact« gar nicht kritisieren, sondern nur als Problematik einer neuen für Differenz sensibilisierten Synthese begreifen.

Zweitens trugen die alten, aber mittlerweile unglücklichen Ehen von Sozialdemokratie und Gewerkschaften sowie von grüner Partei und neuen sozialen Bewegungen zumindest bis vor kurzem zu einer Winterstarre des Protests bei. Die Theorie vom parlamentarischen Stand- und außerparlamentarischen Spielbein, wonach jede soziale Bewegung ihre eigene Partei benötigt, um den »Marsch durch die Institutionen« antreten und ihre Ziele effektiv in den parlamentarischen Raum transportieren zu können, wurde in Deutschland spätestens mit dem Eintritt von Grüne/Bündnis90 in die rot-grüne Regierungskoalition gründlich diskreditiert. Die beiden Beine gehörten ganz offensichtlich verschiedenen Spielern, die mittlerweile in generischen Mannschaften spielen. Obwohl die grüne Partei ebenso wie die real existierende Sozialdemokratie mittlerweile zu den Vollstreckern neoliberaler Politik geworden sind, scheint aber der Lerneffekt auf Seiten der neuen sozialen Bewegungen ebenso wie der Gewerkschaften erst langsam in seiner ganzen Konsequenz durchzuschlagen, denn der Bruch zwischen den Parteien und den Bewegungen ist noch längst nicht komplett vollzogen.

Drittens holte das Kapital just im Moment der größten Schwäche zum Generalangriff aus. Nach dem von den Gewinnern des Kalten Krieges ausgerufenen »Ende der Geschichte« befanden sich alle linken Projekte, egal ob sie sich gegenüber dem Realsozialismus kritisch oder affirmativ positioniert hatten, auf dem absteigenden Ast. Zu den schweren Geschützen des Kapitals gehören Globalisierung und Standortdebatte, die aufgrund der ökonomischen Leerstelle bei den neuen sozialen Bewegungen und der sozialpartnerschaftlichen Eingebundenheit der Gewerkschaften auf wenig Gegenwehr stießen. Gleichzeitig konnte das Kapital für seine Flexibilisierungs-

Erwin Riedmann – Jg. 1969; Soziologe; promoviert an der FU Berlin über »die Bewältigung sozialer Ausgrenzung im Armuts- und Einwanderungsquartier«

3 Vgl. Thomas Seibert: *The People of Genova*. Plädoyer für eine post-avantgardistische Linke, in: BUKO (Hrsg.): *radikal global*. Bausteine für eine internationalistische Linke, Berlin, Hamburg, Göttingen 2003. Seibert hebt hervor, dass die Bewegung »in einem ebenso programmatischen wie organisatorischen Internationalismus bereits ihren Ausgangspunkt gefunden hat« und »wie noch keine Bewegung so entschieden die eigene heterogene Zusammensetzung bejaht«. (S. 61)

4 Für ein anschauliches Beispiel von den Stilblüten

strategie, die für viele in der Prekarität mündete, auf Motive der neuen sozialen Bewegungen, etwa Forderungen nach mehr Autonomie in der Arbeit oder der Entstandardisierung von Biographien, aufbauen und diese funktionalisieren.⁵

Während die europäische Linke noch kaum begonnen hatte, ihre Niederlage zu verkraften und das Ausmaß des Angriffs durch die Globalisierung zu verstehen, war am 1. Januar 1994 aus dem lakonischen Regenwald das erst spät verstandene Aufbruchsignal des zapatistischen Aufstandes in Chiapas zu vernehmen. Der Anschein einer militärisch agierenden Guerilla war schnell verflogen, als anhand der veröffentlichten Kommuniqués deutlich wurde, dass die Zapatistas das welthistorisch neue Projekt verfolgen, »die Welt (zu) verändern, ohne die Macht zu übernehmen«⁶, während sie mangels einer Gebrauchsanleitung »fragend vorangehen« (»preguntando caminamos«). Neben Chiapas stach Brasilien auf der Landkarte der alternativen Globalisierung hervor. Die brasilianische PT begann, starke Elemente »partizipativer Demokratie«⁷ einzuführen, und die mobilisierungsstarke Landlosen-Bewegung MST macht sich daran, eine de facto Landreform zu erzwingen, was in einem von Großgrundbesitz, Militärherrschaft und Korruption regierten Land geradezu revolutionäre Qualität besaß. Während die lateinamerikanische Linke längst den Gegenangriff organisiert hatte und daher in der Lage war, das Weltsozialforum aus der Taufe zu heben, befand sich die europäische Linke mit wenigen Ausnahmen noch in einer anderen Epoche.

Die fehlenden Voraussetzungen einer möglichen neuen Synthese

Die europäische Rückständigkeit etwa gegenüber Erfahrungen in Lateinamerika wirkte beim ESF in Paris noch nach, wo weder vom zapatistischen »preguntando caminamos« noch vom argentinischen »luchamos preguntando«, dem fragenden Kämpfen, etwas zu spüren war. In den beiden Leitsätzen verdichtet sich der historische Lerneffekt, dass gewaltige und drängende Probleme anstehen, deren Lösung einer kollektiven politischen Praxis bedarf, deren konkrete Form und Stoßrichtung jedoch unklar sind und die deshalb der permanenten kritischen Reflexion und Korrekturen der eigenen Praxis bedarf. Ein solcher Prozess kollektiver Reflexion einschließlich aller Zweifel, Irrtümer und Konflikte wird nicht leicht zu organisieren sein, insbesondere, wenn dabei vermieden werden soll, dass hierarchische und exklusive Strukturen verstärkt oder gar neu geschaffen werden. Die Aufgabe der Reflexion aber auszusparen, würde für das ESF und den europäischen »Arm« der Bewegung bedeuten, sich in einer historisch offenen Situation der Gefahr der taktischen und strategischen Orientierungslosigkeit auszuliefern.

Auch die Drohung an die Adresse der Herrschenden: »Our resistance will be as transnational as capital!«, mit der die Bewegung einmal angetreten war,⁸ um die grundlegende Asymmetrie im Kapital-Arbeit-Verhältnis zumindest ein wenig auszugleichen, wurde in Paris nicht glaubwürdig erneuert. Eine Bewegung für eine Globalisierung von unten muss sich nicht nur ihres Namens, sondern auch der Sache wegen transnational organisieren, statt nationalstaatlich in Lokalpatriotismus zu verharren. Lokale Autonomiebestrebungen

postmoderner Wissenschaftlichkeit vgl. Editors of *Lingua Franca* (Hrsg.): *The Sokal Hoax. The Sham that Shook the Academy*. University of Nebraska Press, Lincoln 2000. Der Physiker Alan Sokal behauptete in einem die postmoderne Diktion persiflierenden Artikel, dass die Schwerkraft eine gesellschaftliche Erfindung sei, von der sich die Wissenschaft endlich befreien müsse. Die renommierte Zeitschrift *Social Text* nahm den Artikel sofort an und veröffentlichte ihn in der Meinung, es handle sich um einen ernstzunehmenden wissenschaftlichen Beitrag zur Dekonstruktion.

5 Vgl. Luc Boltanski und Ève Chiapello: *Befreiung vom Kapitalismus? Befreiung durch Kapitalismus?* In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 4, 2000, S. 476-487.

6 John Holloway: *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*. Münster 2002.

7 Ubiratán De Souza: *Die Partizipative Haushaltsführung im Bundesstaat Rio Grande do Sul (Brasilien)*, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 158 (November 2003).

8 Massimiliano Andretta u. a.: *No Global-New Global. Identität und Strategien der Antiglobalisierungsbewegung*, Frankfurt/Main, New York 2003.

und partikulare Bewegungen, die die globale Ebene aus den Augen verlieren, wirken ausgrenzend. Wer vom us-amerikanischen Imperialismus der Bush-Administration reden will, darf von den Großmachtgelüsten in der Europäischen Union nicht schweigen. Auch hier müssen neue Formen der Verständigung gefunden werden, die über nationale Grenzen hinausgehen und die sich durch die Aufnahme antipatriarchaler und antirassistischer Kritik permanent erneuern. Der Mangel solcher Strukturen wurde in Paris schmerzlich bewusst. Für die Weiterentwicklung und Stärkung der Bewegung ist das Ringen um tragfähige transnationale Verbindungen jedoch essentiell.⁹

9 Vgl. ebenda, S. 212 f:
 »Während die reduzierte Fähigkeit der politischen Parteien, als Kanäle der Mediation neuer Forderungen im politischen System zu funktionieren, ihre Auswirkung in der raschen Vermehrung des Protests vor allem auf lokaler Ebene fand (...), lag die Stärke der »Bewegung der Bewegungen« darin, dass es ihr gelang, viele der Proteste in einem gemeinsamen Projekt zusammenzuführen. Wenn die Suche nach neuen Formen der Demokratie somit mit einem wachsenden Bedürfnis nach Partizipation zusammenklingt (auch weil es immer weniger durch die politischen Parteien erfüllt wird), so bleibt das Problem der Kanalisierung der Forderungen der Bewegung in die Agenden der Institutionen offen. Im Hinblick auf die Herausforderungen, die sich den alten Modellen der Repräsentanz durch die Durchsetzung einer mehr-ebenen Governance stellen, findet sich die Bewegung für eine Globalisierung von unten mit der schwierigen Suche nach demokratischen Institutionen konfrontiert, die nicht nur partizipativ sind, sondern auch effizient und den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet.«

Das ESF als Manifestation von Defiziten

Die Formierung einer europäischen Bewegung für eine Globalisierung von unten setzte, abgesehen von wenigen lokalen Ereignissen, wie etwa der (allerdings weitgehend nationalen) Mobilisierung gegen die Jahrestagung des IWF und der Weltbank bereits 1988 in West-Berlin, sehr spät ein. Reclaim the Streets in London und die von den Zapatistas inspirierten Tutte Bianche in Italien gehörten, zeitlich verstanden, zur »Avantgarde« der praktischen Globalisierungskritik in Europa. Seattle, wo sich die globale Bewegung 1999 erstmals in ihrer vollen Eindringlichkeit präsentierte, löste den Startschuss für die erste Runde tatsächlich transnational organisierter Protestereignisse aus. Zeit und Ort der Proteste waren zunächst von den Gipfeln der neoliberalen Globalisierungsinstitutionen bestimmt, in Europa z. B. vom Jahrestreffen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbankgruppe 2000 in Prag, vom Gipfel der Europäischen Union 2001 in Göteborg, vom G-8-Gipfel 2001 in Genua und vom alljährlich stattfindenden informellen Weltwirtschaftsforum in Davos. Um von der Hase-und-Igel-Politik des nachwandernden Protestes loszukommen und auch weil die neoliberale Elite ihre Gipfel zunehmend entweder abseits der mobilisierungsstarken Länder oder in Hochsicherheitsquarantäne veranstaltete, wie die WTO-Konferenzen 2001 in Doha, Qatar, und 2003 in Cancún, Mexico, gezeigt haben, fand die Idee einer bewegungseigenen Veranstaltung schnell Zuspruch. Mit der Etablierung des Weltsozialforums 2001 in Porto Alegre und der anschließenden Redimensionierung der Sozialforumsidee zunächst auf die Ebene der Kontinente, später auch auf die Ebene der Städte und Nationalstaaten, setzte schließlich ein Prozess der Institutionalisierung der Bewegung ein. Fortan wurde das Wort über die Tat gestellt und zentrale gegenüber dezentralen Organisationsformen privilegiert. Aus der aktionsorientierten *affinity group*, der dezentral und mit flachen Hierarchien agierenden Bezugsgruppe zur praktischen Bewältigung von Polizeigewalt auf Demonstrationen, wurde die thematische Arbeitsgruppe, die ihrer »Mutter«-Organisation inhaltlich zuarbeiten soll; in die ursprüngliche Netzwerkstruktur werden nun feste Etagen eingezogen.

Mittlerweile lassen sich innerhalb der Bewegung entgegen ihrem eigenen Selbstverständnis Tendenzen der internen Formierung und externen Schließung beobachten, die das ohnehin spannungsreiche Verhältnis der Bewegung zu ihren Elementen, die ja selbst Bewe-

gungen sind, zusätzlich unter Druck setzen. Um nur einige dieser Tendenzen, wie sie jüngst während des ESF zu erkennen waren, zu nennen:

- Die Kämpfe um Einfluss innerhalb der Bewegung nehmen zu, wie am (gescheiterten) Versuch von Attac Frankreich, das ESF in eine kleine, aber feine Veranstaltung parteinaher Kräfte umzuwandeln,¹⁰ ebenso zu sehen war wie an der gewalttätigen Konfrontation zwischen dem Block der französischen sozialistischen Partei und einem »sozialrevolutionären«, libertären Block.¹¹ Das frische und noch fragile »Wir«, das die Bewegung hergestellt hat, differenziert sich nicht nur netzwerkförmig, sondern auch hierarchisch aus.

- Die internen Widersprüche der Bewegung werden unübersehbar, wie die Präsenz nationalistischer »Befreiungsbewegungen« (z. B. aus dem spanischen Baskenland) innerhalb einer dem Anspruch nach transnationalen Bewegung zeigte, die nationale Borniertheiten hinter sich lassen will. Solche Widersprüche werden gegenwärtig ausgesessen, statt im Rahmen öffentlicher Auseinandersetzungen ausgetragen.

- Der Wettstreit um die Spitze des Demonstrationzugs, die die »sans papiers«, die illegalisierten und deshalb hochgradig prekarierten Einwanderer, vergeblich einzunehmen versuchten, machte deutlich, dass die in Genua noch selbstverständliche Solidarisierung mit den verletzbarsten Teilen der Bewegung nur noch sparsam gewährt wird.

- Das Problem egalitärer Repräsentation, also die Fragen, wer für wen sprechen darf und soll, ist nach wie vor ungelöst. Wenn auch dieses Problem in letzter Konsequenz unlösbar sein mag, so kann es aber doch erheblich entschärft werden. Offensichtlich wurde das Förspracheproblem beim ESF z. B. daran, dass die französischen Frauen im Frauenblock es für selbstverständlich hielten, dass Männer nicht nur in »ihrem« Block mitliefen, sondern per Megafon die »Solidarité avec les femmes de tout le monde!« ausriefen – ein in anderen politischen Kontexten undenkbarer Vorgang.

- Die Frage nach der Zukunft der Bewegung und der Art und Weise der Vermittlung ihrer Ziele in den politisch-institutionellen Raum ist offen und kann beim derzeitigen Stand der Bewegung nicht sinnvoll beantwortet werden. Dennoch drängen sowohl die Öffentlichkeit als auch ein Teil der Aktiven permanent und penetrant auf eine Antwort. Wer mit uns die Potentiale der Bewegung aber noch nicht entfaltet sieht, muss sich hier einmal mehr in revolutionärer Geduld üben.

Was kann und soll ein Sozialforum leisten?

Im Grunde bleibt die Funktion von Sozialforen auch nach dem vierten Weltsozialforum und dem zweiten ESF unbestimmt. Gegenüber der Weltöffentlichkeit geht es beim Weltsozialforum darum, einen demokratischen, sozialen und ökologischen Kontrapunkt zum fast zeitgleich in Davos stattfindenden Weltwirtschaftsforum der neoliberalen Elite aus Wirtschaft und Politik zu setzen. Das ESF hingegen erfüllt in erster Linie bewegungsimmanente Funktionen. Es löst angesichts der Masse und Internationalität seiner Teilnehmerinnen und Teilnehmer zunächst einmal Begeisterung und Motivations-

10 Bernhard Schmid: Ein Forum für alle. Im Vorfeld des Europäischen Sozialforums gibt es heftigen Streit um das Verhältnis zu islamischen Migranten und Linksparteien, in: Jungle World, Nr. 45. 29. Oktober 2003.

11 Vgl. http://paris.indymedia.org/article.php3?id_article=9965 Zugriff am 19. Januar 2004.

schübe aus und füllt die Kräftereservoirs. Als eine Art kompakte europäische Volksuni ermöglicht es außerdem die politische Bildung über Nationalgrenzen hinweg und den Austausch über die Lage der Welt. Schließlich befördert es persönliche Kontakte und konkrete Absprachen zwischen Aktivisten über europaweite Aktionen oder sogar langfristige gemeinsame Kampagnen. Die große und unabweisbare Aufgabe, die es bisher nicht erfüllt hat, besteht darin, einen möglichst hierarchiefreien Raum zu eröffnen, in dem über die Ziele und Strategien der Bewegung verhandelt werden kann. Die Starintellektuellen der Bewegung können diese Aufgabe nicht im Auftrag der Bewegung lösen.

Wir befinden uns bereits in einer neuen Phase des Kapitalismus und stellen beim Versuch, den Widerstand dagegen zu erneuern, erschrocken fest, dass dieser erst kollektiv entwickelt werden muss. Dabei fehlen uns weniger die Kenntnisse über den Gegner als die Fähigkeit, »uns« trotz aller Differenzen innerhalb dieser Kategorie als kollektives Subjekt des Widerstandes zu entwerfen und die internen Widersprüche praktisch auszuhalten. Die Vielheit in der Einheit, die eine transnationale »Bewegung der Bewegungen«, der Singular der Plurale, notwendig darstellt, stellt die Bewegung vor enorme Herausforderungen, von denen neben den offenkundigen sprachlichen Problemen zwei Schwierigkeiten besonders hervorstechen:

Erstens müssen neue inklusive und egalitäre Formen der kollektiven Verständigung über sich selbst gefunden oder vielmehr erfunden werden. So banal diese Forderung erscheinen mag, so utopisch bleibt ihre Umsetzung. Podiumsdiskussionen, die klassische Form der politischen Frontalveranstaltung und während des ESF in Paris vermutlich der häufigste Veranstaltungstyp, werden dem Anspruch an Inklusivität und Egalität jedenfalls nicht gerecht. Während Inklusivität hier die grundsätzliche Möglichkeit der Teilhabe am politischen Prozess meint, erhebt das Kriterium der Egalität die Forderung nach Teilhabe unter gleichen Bedingungen, also eine politische Auseinandersetzung auf gleicher Augenhöhe. Ein Beispiel, was Inklusivität und Egalität politisch-praktisch bedeuten könnten, mag die Charta des Berliner Sozialforums – SFB vermitteln. In seinen Leitlinien der Zusammenarbeit verpflichtet sich das SFB darauf, »ausgehend von den positiven Erfahrungen nicht-hierarchischer Zusammenarbeit« und ohne »vorschnelle Vereinheitlichung«, die »auch immer Ausgrenzung bedeuten kann«, »eine von gegenseitigem Respekt getragene politische Streitkultur« zu entwickeln und, die eigenen »Handlungsmöglichkeiten (zu) erweitern«, »die gesamte Breite« der »Erfahrungen und Aktionsmöglichkeiten (zu) respektieren« und mit Aktionen der teilnehmenden Gruppen und Personen solidarisch (zu) sein, auch wenn (...) an manchen inhaltlichen Punkten Differenzen« bestehen. Das Bemühen um kollektive »Handlungsfähigkeit« ohne »vorschnelle Vereinheitlichung«, das hier deutlich wird, gekoppelt an die Bereitschaft, »voneinander (zu) lernen« (SozialForum Berlin 2003), ist genau das, was auf dem Europäischen Sozialforum nicht erkennbar war.¹²

Zweitens müssen die Akteure der Bewegung eine Vorstellung davon entwickeln und Praxis einleiten, um lokale und überlokale, gar globale Kämpfe miteinander in Beziehung zu setzen. Der historisch-

12 SozialForum Berlin: Leitlinien der Zusammenarbeit im Sozial Forum Berlin (Fassung vom 19.9.2003). In: <http://www.sozialforum-berlin.de/print.php?sid=23> Zugriff am 19. Januar 2004.

materialistische Geograph David Harvey weist in diesem Zusammenhang auf das Problem des »Jumping Scales« hin, darauf nämlich, dass das Verhältnis lokaler Partikularkämpfe zu globalen Auseinandersetzungen nicht einfach dem Verhältnis von Teilen zur Summe der Teile entspricht. Vielmehr findet im Übergang vom Besonderen zum Allgemeinen außerdem eine »gewalttätige« Übersetzung« vom Konkreten ins Abstrakte statt, bei der die Möglichkeiten der direkten Erfahrung und der darauf aufbauenden Solidarität verloren gehen.¹³ Probleme der Übersetzung von Partikularkämpfen auf die europäische oder globale Ebene werden zwangsläufig auftauchen und bedürfen der moderierenden Intervention. Selbstverständlich muss diese Art der Intervention wiederum den Prinzipien der Inklusivität und Egalität folgen.

»Eine andere Welt ist möglich« – dieser Leitsatz der Bewegung war intendiert, um das TINA-Prinzip (»There is no alternative« – Margaret Thatcher), die postulierte Alternativlosigkeit des Neoliberalismus, anzugreifen und die politische Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse ins kollektive Gedächtnis zu rufen. Heute besteht die Herausforderung nicht mehr darin, die grundsätzliche Möglichkeit zu beschwören, sondern nach neuen – inklusiven und egalitären – Wegen ihrer Verwirklichung zu suchen. Ein weites und noch zu wenig beachtetes Feld.

13 David Harvey: *Justice, Nature, and the Geography of Difference*. Blackwell: Oxford 1996, p. 194, und ders.: *City and Justice: Social Movements in the City*, in: ders.: *Spaces of Capital. Towards a Critical Geography*, Edinburgh 2001, p. 33.

VICTORIA KENDLER, PETER ULLRICH

Report Back: European Identity Forum, Paris 2003

Markt der Möglichkeiten

Der unsterbliche Che allerorten, neben der roten Fahne ganz häufig die baskischen und katalanischen »National«-fahnen, und vor allem das so genannte »Pali«-Tuch, die arabische Kuffijah – als Schal oder Rock, zusammengerollt als Gürtel oder lässig um die Schultern gelegt, als Tischdecke, Kopftuch und Unterlage für die Isomatte – das zweite Europäische Sozialforum (ESF) in Paris präsentiert sich auch als ein Jahrmarkt der Symbole, Identifikations-Logos, Wir-Gefühle, kurz: Identitäten. Die Frage: »Was wollen die Globalisierungskritiker?« löste sich auf, wurde überflutet vom Angebot an verschiedenartigen Ideen und der Unvereinbarkeit ihrer Inhalte. Dicht nebeneinander marschierten auf der Demo Anarchisten und Parteianhänger, Grüne und Sozialisten, Christen und Materialisten.

Victoria Kendler – Jg. 1974 (geb. in Russland), Diplom Deutsch- und Russischlehrerin, zur Zeit Studium Anglistik/Volkswirtschaft/Romanistik in Marburg, aktiv bei der Hochschulpolitischen Gruppe d.i.s.i.d.e.n.t. und der Initiative Solidarische Welt.

Ist das die durch die schreienden Ungerechtigkeiten dieser Welt noterzwungene Einheit der *Singularitäten* (A. Negri) angesichts des globalen Feindes, des *Empire*? Oder ist ein Bewegungstreffpunkt wie dieser doch mehr dazu da, persönliche Bedürfnisse zu stillen – wie das nach Geborgenheit und Heimat, nach Selbstinszenierung und Geltung, danach, endlich einmal klar zu machen, wer gut und wer böse ist. Und vor allem nach dem trügerischen Gefühl von Einheit mit ganz vielen anderen. Ein nicht unbedeutender Teil des ESF stellte sich leider genau so dar – als European Identity Forum.

Dieser Bericht wurde von Menschen geschrieben, die, wohl durch ihren Hang zum Absurden und ihren Blick für das Durchgeknallte und sicher auch durch etwas Pech auf dem ESF einen einseitig schlechten Eindruck bekamen. Wir hoffen sehr, dass dieser Eindruck trägt. Bei allem kursiv Gesetzten handelt es sich um nachträgliche Zitate aus dem Gedächtnis.

Forum der Eitelkeiten

Die nach unserer Erfahrung typische ESF-Veranstaltung sieht etwa so aus: Zehn Menschen sitzen auf einem Podium, geben in der entsprechend begrenzten Zeit recht knappe Statements ab. Elaborierte Analyse bekommen die Zuhörer so leider nicht, aber wenigstens klare Aussagen. Zum Thema Lateinamerika zum Beispiel von drei verschiedenen Referenten hintereinander die gleiche (!) Argumentationskette, die sich im Wesentlichen so anhört: *Das neoliberale Umbauprogramm liegt im Interesse der USA und der Konzerne, es hat katastrophale Folgen und in Lateinamerika regt sich Widerstand. Wenn wir nur viele werden, dann stoppen wir den gemeinsamen Feind.* Aussagen so wahr wie banal. Welche Teilnehmerin und welcher Teilnehmer am ESF hat sich das nicht schon vorher so ähnlich gedacht?

Doch es empfiehlt sich nicht, nach einer solchen Enttäuschung des Intellekts gelangweilt die Segel zu streichen. Denn nach dem letzten Bühnenstatement wird der Ring für das Publikum geöffnet und

fortan zu Selbsttherapierung für Bewegungen bzw. persönliche Eitelkeiten genutzt. Innerhalb von Sekunden bildet sich eine Schlange von fünfzig Menschen. Die Kette von Aussagen und Forderungen nimmt kein Ende. Interessanterweise bezieht sich kaum jemand auf das im Podium Gesagte. Viele Publikumsrednerinnen und Publikumsredner antworten einfach nur etwas auf ihre Vorredner. Andere erzählen, was sie eben gerade so machen oder für wichtig halten, ob es nun zum Thema passt oder nicht. Der Rahmen verbietet sowohl eine strategisch-perspektivische als auch eine inhaltliche Diskussion.

Markt der Zugehörigkeiten

Wir fliehen der geschwätzigen, inhaltlosen Veranstaltung. Die Gaststadt lockt uns zu Workshops, Vorträgen und Seminaren in die vier kommunistisch regierten Vororte Saint-Denis, Bobigny, la Villette und Ivry-sur-Seine. Neben dem umfangreichen, 55seitigen Programmwälzer, wecken unseren Respekt auch die Pariser Entfernungen. Die Zeit rinnt davon. Doch die immer wieder schöne Stadt kompensiert das alles. Vielleicht sollte man mal wieder hierher fahren, wenn keine Bewegungen in der Nähe sind! Der Pariser Bekannte, arbeitslos, lädt die Autorin zum Essen ein: *Schließlich bin ich Franzose!*

Damit erinnert er uns unfreiwillig an die Veranstaltung »Cultural and national identities in Europe«, die wir am liebsten gleich wieder vergessen möchten, weil man sich plötzlich so verloren vorkommen kann. Dieser traurige Höhepunkt dessen, was der nicht fortschrittliche Teil des ESF anzubieten hatte, präsentierte uns Vertreter von Volksgruppen, die endlich die nationale Unterdrückung beenden wollen. Doch wer saß da? Nicht etwa Sinti und Roma aus dem Kosovo oder palästinensische Flüchtlinge aus Syrien oder Israel, nicht Jüdinnen und Juden aus dem Iran, nicht Tschetschenen und nicht Kurden. Nein, da saßen ein Baske, ein Flame, ein Katalane und ein Schotte – wahrlich Vertreter der am schlimmsten diskriminierten und leidenden »Völker« Europas.

Und damit nicht genug. Sie forderten so interessante Sachen wie *Bevölkerungsökologie*, die die Reinheit einer Nation propagiert. Fast zwei Stunden lang gaben sich die Rednerinnen und Redner Mühe, mit ihren unbefriedigten nationalen Erweckungsträumen im Publikum Mitleid zu erregen und uns zu überzeugen, wie wichtig es doch sei, die *eigene Sprache* zu sprechen, *auch wenn ich sie leider nicht so gut beherrsche*, und einen *eigenen Staat* zu errichten. Voll Emotionen und Pathos flossen die Redebeiträge, ertönt mit den jeweils dazugehörigen Flaggen, vom Podium ins Publikum herunter und erteten zum Teil frenetischen Beifall. Wer es nicht erlebt hat, wird nicht glauben, welche Euphorie die Ankündigung eines Redners, er werde katalanisch reden, hervorrufen kann.

Die größte Performance bereitete aber der schottische Vertreter vor. Sein Auftreten ähnelte dem eines Fernsehpredigers, der im Angesicht des nahenden Weltgerichts noch etwas Gnade zu verbreiten sucht. Im traditionellen schottischen Faschingskostüm spielte er auf der Flöte »Old Lang Syne«. Zum Abschluss reichte er schottischen Whisky in einer Schüssel durchs Publikum. Der Jubel war grenzenlos. Die Schüssel ging durch die Reihen. Der nicht im Mindesten

Peter Ullrich – Jg. 1976, Soziologe, promoviert im PHD-Studiengang »Transnationalisierung und Regionalisierung« am Zentrum für Höhere Studien der Universität Leipzig zum Thema »Politik und Identität. Zur Soziologie linker Identität in Deutschland«; verschiedene Veröffentlichungen zu sozialen Bewegungen sowie zum Nahostkonflikt und seiner Rezeption in Deutschland. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Die Genuamobilisierung und Lernmöglichkeiten für das Verhältnis der Linken zu sozialen Bewegungen, Heft 160 (Februar 2004). Kontakt: ullrich@uni-leipzig.de

verhohlene, stumpfsinnige Nationalismus wurde mit Alkohol zur Botschaft der Völkerverständigung umgelogen.

Die nationalistischen Redebeiträge ließen glücklicherweise das Publikum nicht komplett gleichgültig. Nachdem im Podium nicht die Spur einer Reflexion der negativen Seiten dieser »imaginierten Gemeinschaft« *Nation* (B. Anderson) zu hören waren, meldeten sich im Publikum doch einige Kritikerinnen und Kritiker zu Wort, die darauf hinwiesen, dass mit der Definition eines Gruppeneigenen auch immer der Ausschluss und schon zu oft die Unterdrückung des anderen verbunden war. Allerdings dominierten auch weiterhin die Stimmen derjenigen, die sich tief ergriffen zeigten von so viel Volkstum, Gemeinschaft und Traditionsstufenflair. Die von jemandem vorgebrachte low-level-marxistische Anmerkung, *dass Arbeiter in der ganzen Welt mehr gemeinsam haben, nämlich den Interessengegensatz zu den Besitzenden, als so unterschiedliche Menschen innerhalb einer Nation*, fand nur mäßigen Applaus. Wen wunderte es da noch, dass anschließend jemand aufstand und bekundete: *Ich bin so froh und berührt, hier sein zu dürfen und zu erleben, wie so viele Menschen sich einig sind und das gleiche wollen, für unsere gemeinsame Sache*. Wer angesichts der offenkundigen Differenz voll emotionaler Verzückung solche Einigkeit konstatiert, zeigt ungewollt den gefährlichen Kern seiner nationalen Ambitionen, zeigt, dass das Kollektiv keine Andersartigkeit verträgt, ja sie wohl nicht einmal wahrzunehmen in der Lage ist.

Auf immer Forum der Beliebigkeit?

Für diejenigen, für die Sozialforen mehr sind als Identitätssupermärkte, bleibt die Frage, was sie bringen sollen. Eine der liebsten nachträglichen Äußerungen von Besuchern solcher Events scheint zu sein: *Ich bin beeindruckt!* Das kann sich auf vieles beziehen. Wenn es als positive politische Gesamt-Einschätzung gemeint ist, kann es nicht stimmen. Zu Gegensätzliches spielte sich in Paris ab, als dass man es ohne ein Aber bewerten könnte.

Wollen wir auch künftig diese Sozialforen, auf denen es allen möglich ist, Ideen jeder Art, auch nationalistische zu propagieren? Wollen wir auch künftig Sozialforen, die zum Pflegen individueller Selbstdarstellungsbedürfnisse missbraucht werden?

Entscheiden wird es sich daran, ob Veranstaltungen der beschriebenen Art langfristig die Sozialforen dominieren, oder ob sich in Zukunft die ebenso vorhandenen Versuche, mehr als symbolische, selbstbeweihräuchernde Politik zu machen, durchsetzen. Denn auch solche Bestrebungen gab es beim ESF; positiv hervorzuheben sind die diversen Gründungen von europaweiten Netzwerken politischer Gruppierungen und die Initiativen zur Vernetzung von an spezifischen Themen Arbeitenden. Eine andere Möglichkeit, die Idee des Sozialforums fruchtbar zu machen, ist die konsequente Ausweitung auf die regionale und lokale Ebene. Denn erst hier kann ein Diskussionszusammenhang dieser immensen ideologischen Breite nachhaltige Wirkungen zeigen. Er könnte Diskussionen fruchtbar machen, weil der Prozess der inhaltlichen Auseinandersetzung institutionalisiert wird.

Noch ist nichts entschieden.

GOTTFRIED STIEHLER

Was wäre wenn?

Die Frage »Was wäre wenn?« scheint spekulativ, müßig zu sein. Doch gilt das nur vom Standpunkt eines metaphysischen Determinismus aus. Bei einem dialektischen Herangehen steht sie gleichrangig neben den Fragen »Was war?« und »Was ist?«. Sie bildet einen wesentlichen Aspekt dieser Fragen, da diese immanent auf eine sich bewegende dialektische Totalität, ein Feld von Widersprüchen und Möglichkeiten verweisen. Die Frage »Was wäre wenn?« ist eingeschlossen in die Frage nach dem Da-Seienden, Da-Gewesenen; das Dasein ist keine kompakte Ganzheit, sondern eine Pluralität von Daseienden verschiedener Grade und Mächtigkeiten, ein Möglichkeitsfeld, das jeweils mit einer dominanten Seite in das äußere Dasein tritt. Das Da-Sein ist der gesetzte Widerspruch, im Widerspruch ist ein aufeinander und gegeneinander Wirken von Gegensätzen enthalten, deren Dominanz stets im Fluss ist.

Wider den mechanischen Determinismus

Für den naiv-deterministischen Betrachter ist die Frage nach dem Anders-Sein, dem Anders-Sein-Können bei gegebenen Zuständen abwegig, denn da das gegebene Sein da ist, kann bzw. konnte zufolge gegebener Bedingungen kein anderes Sein existieren. Also sei diese Frage verfehlt, unseriös. Wäre ein anderes Sein dagewesen, dann zufolge anderer Bedingungen; da die Bedingungen aber so waren, musste das was war (was ist) so sein. Das ist der kurzschlüssige Übergang von der Ursache zur Wirkung, ein mechanistisch-deterministisches Verständnis der Kausalität, die jedoch ebenso wie das Dasein ein Bündel von Varianten, von Möglichkeiten ist. Eine gegebene Erscheinung, ein Ereignis ist nie Resultat nur einer Ursache, sondern eines Komplexes bewirkender Faktoren, die ihrerseits einen Bereich von Möglichkeiten bilden, innerhalb dessen Wechselwirkungen unterschiedlicher und gegensätzlicher Momente stattfinden, als deren Ergebnis schließlich eine manifeste Erscheinung, ein Ereignis hervortritt.

Im mechanisch-metaphysischen Denken des 18. Jahrhunderts – gleich ob materialistisch oder idealistisch – wurde das komplexe Ursache-Wirkungs-Geschehen zu der Denkfigur der eindimensionalen linearen Kausalität verdünnt, wobei man nicht bedachte, dass die Ursache-Wirkungs-Beziehung im wissenschaftlichen Denken eine idealisierende Abstraktion ist, die eine komplexe Totalität auf einen vereinfachten Gedankenausdruck bringt. Mit dem Abstraktum »Kausalität« wurde wie mit einem Konkretum umgegangen, das es

Gottfried Stiehler – Jg. 1924;
Prof. Dr. Dr. h. c.,
Philosophiehistoriker,
Veröffentlichungen zum
vormarxistischen Materialis-
mus, zur klassischen deut-
schen Philosophie und zur
marxistischen Gesellschafts-
und Geschichtsphilosophie;
zuletzt in UTOPIE kreativ:
Fortschritt und Reaktion im
Staatssozialismus (Heft
141/142, Juli/August 2002).

»Die Tatsache ist also die: bestimmte Individuen, die auf bestimmte Weise produktiv tätig sind, gehen diese bestimmten gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse ein.«

Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 25.

jedoch nur im Wege genetischer Rekonstruktion des Abstrakten ist. In der Realität ist die Beziehung zwischen Bedingungen, Ursachen und Folgen ein Geflecht unterschiedlicher Prozesse, bei dem in der Gesellschaft die menschliche Subjektivität, das menschliche Handeln eine wesentliche Rolle spielt. Die menschliche Subjektivität ist ein Ganzes variabler Bedingungen und Faktoren, eine Gesamtheit unterschiedlich handelnder Individuen und Gruppen, deren Beziehungen, Auseinandersetzungen und Kämpfe auf den gesellschaftlichen Prozess bestimmend einwirken.

In theoretischer Nähe zur Quantenphysik kann bezüglich der Gesellschaft gesagt werden, dass eine bestimmte Ursache – ein Ursachenkomplex – nicht zu einer eindeutig bestimmten Wirkung, sondern zu einem Feld möglicher Wirkungen geringerer oder größerer Wahrscheinlichkeit führt; der Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung ist statistisch. Daraus resultiert, dass die Zukunft offen ist. In nichtlinearen Prozessen besteht keine Proportionalität von Ursache und Wirkung, die Kopplung zwischen ihnen ist komplex, widerspruchsvoll: nichtlinear. In diesem Zusammenhang gewinnt die Kategorie »Selbstorganisation« bei der Untersuchung gesellschaftlich-geschichtlicher Prozesse Bedeutung, sie ist verknüpft mit der Vorstellung statistischer Kausalität anstelle der einfachen, linearen Kausalität.

Bei der Analyse dynamischer Systeme, wie sie gesellschaftliche Komplexe darstellen, geht es um die Erfassung des Möglichen, d. h., nicht nur um Zustände, die real gegeben sind, sondern auch um solche, die statt ihrer gegeben sein könnten. Vielfalt – Kontingenz – tritt an die Stelle streng geordneter Kausalverknüpfungen. Der Begriff »Kontingenz« vereint die Negation von Notwendigkeit und Unmöglichkeit, er rückt den Zufall und die Entwicklungsoffenheit in das Blickfeld. Nach dem Weltbild des mechanischen Determinismus – dem Newtonschen Paradigma – determiniert der Zustand eines Systems in einem gegebenen Zeitpunkt seine Zustände in allen späteren Zeitpunkten. Ein Bereich von Möglichkeiten existiert nicht. Der Determinismus im klassischen Sinne ist ein »Mythos«¹, er gilt nur für einen streng eingegrenzten Bereich der Wirklichkeit. In der Gesellschaft ist er über weite Strecken wenig brauchbar. Das Universum, und damit auch die Gesellschaft, ist kein lineares mechanisches System, sondern ein chaotisches System, in dem andere Bedingungen und Gesetze gelten als in einem abstrakt-linearen System. In der Gesellschaft existieren unüberschaubar viele individuelle Aktivitäten; aus ihrem Zusammenwirken, das durch Grossgruppen wie Klassen gerichtet wird, gehen die soziale Ordnung und der gesellschaftliche Fortschritt bzw. Rückschritt hervor. Der Zufall und der Raum unendlich vieler Möglichkeiten sind konstitutiv für das Ganze und seine Bewegung. Daher ist die Kategorie Wahrscheinlichkeit (Unwahrscheinlichkeit) geeignet zur Beschreibung gesellschaftlicher Bewegung und Entwicklung.

Notwendigkeit – Zufall – Wahrscheinlichkeit

Dem Dasein und der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wohnt (relative) Notwendigkeit inne. Eine Kumulation von Bedingungen ließ mit Notwendigkeit aus tierischen Vorfahren das Men-

schengeschlecht hervorgehen. Das involviert jedoch keine finale Kausalität: die Natur war nicht darauf angelegt, dass aus ihren entwickeltsten Existenzformen Menschen entstanden. Die Notwendigkeit verband sich mit dem Zufall: nachdem eine Konstellation geologischer und biologischer Bedingungen zufällig – zufällig in Bezug auf die weitere Entwicklung – eingetreten war,² musste das Menschengeschlecht entstehen. Doch hätte die Natur auch gut – und zweifellos besser – ohne den Menschen fortbestehen können. Für die Natur im Ganzen bedeutet das Entstehen des Menschengeschlechts keinen Glücksfall, sondern eher ein Unglück, denn die Menschheit hat im Verlauf ihrer Geschichte der Natur großen Schaden zugefügt und tut dies auch heute noch.

Die Notwendigkeit entspringt einer solchen Verdichtung von Bedingungen kausaler und begleitender Art, dass das Ereignis unabänderlich hervorgehen muss. Dabei ist die Frage nach Variation der Bedingungen – namentlich durch Einwirkung des Menschen, des Subjekts – zunächst ausgespart. Die Bedingungen werden auf einem solchen Niveau ihrer Entwicklung reflektiert, bei dem eine Veränderung nicht stattfinden kann. Das gilt auch von dem menschlichen Subjekt, das bei einem bestimmten Zustand der Entwicklung des Systems eine Veränderung nicht mehr herbeizuführen vermag. Die Notwendigkeit, die dem Zusammenhang von Bedingungen (Ursachen) und Folgewirkungen innewohnt, spezifiziert sich in der Gesellschaft zu dem tendenziell notwendigen, gleichwohl in sich variablen Zusammenhang zwischen bestimmten Fundamentalbereichen der Gesellschaft und dem Auftreten politischer Ereignisse (Ereigniskomplexe) und der damit oft einhergehenden Veränderung der konkreten Struktur der Gesellschaft. Dieser Zusammenhang ist insbesondere der zwischen den ökonomischen Verhältnissen und den politischen, ideologischen, kulturellen Bereichen der Gesellschaft. Als Verhältnisform ist er dem Wesen nach eine Subjektform, es sind ökonomisch-politische Interessen, die den Bewegungs- und Entwicklungsprozess einer Gesellschaft wesentlich beeinflussen. Das ist ein Tendenzzusammenhang, ein Zusammenhang der Wahrscheinlichkeit, da auf den Prozess weitere Faktoren einwirken. Auf Dauer gesehen, haben sozio-ökonomische Ursachen einen richtenden, formierenden Einfluss auf Struktur und Bewegung der Gesellschaft; in kürzeren Zeitabständen können politische, ideologische, kulturelle, selbst individuelle (personale) Bedingungen ausschlaggebend werden. Es existiert ein weiter Bereich von Zufällen, Kontingenzen, Aberrationen, der der Geschichte ihren konkret-spezifisch variablen Charakter in den Besonderheiten ihrer Existenz und Entwicklung verleiht.

Eine strenge, eindimensionale Notwendigkeit existiert nicht; es kommt zu Wahrscheinlichkeiten höheren oder geringeren Grades, die Notwendigkeit ist der Wahrscheinlichkeit untergeordnet, ihr als Moment des Kausalzusammenhangs eingefügt. Von dem Entwicklungsniveau einer Gesellschaft ausgehend, kann nie mit absoluter Sicherheit auf weitere Entwicklungsschritte geschlossen werden. Vielfältig und zahlreich sind die Faktoren, die auf den Gang der Geschichte einwirken. Das gilt besonders auch für die subjektive Seite des Geschichtsprozesses; in ihr wirken Gruppen, Klassen, Massen,

»Der Kommunismus ist empirisch nur als die Tat der herrschenden Völker »auf einmal« und gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt.«
Ebenda, S. 35.

Individuen, führende Persönlichkeiten mit mannigfachen Eigenschaften und Kräften und der Ausgang der Auseinandersetzungen zwischen ihnen ist in aller Regel offen. Zwar liegen in den materiell-ökonomischen Bedingungen und Interessen richtunggebende Tendenzen vor, doch wirken sie in einem Spannungsfeld disparater, konfliktueller oder auch synchroner, verstärkender Aktivitäten. Die Entwicklung ist offen, ihre konkrete Bewegung ist unvorhersehbar.

Alternativen, Varianten

»Hitler eröffnete den Generalen auch, dass er es nicht für möglich halte, die Masse der deutschen Bevölkerung ohne den Raub fremder Ländereien materiell besser zu stellen.«

Kurt Pätzold, Manfred Weißbecker: Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Leipzig 1999, S. 235.

Die Frage »Was wäre wenn?« beinhaltet ein doppeltes Problem. Sie zielt einerseits auf andere Bedingungen, andererseits auf andere Folgen eines Ereignisses. Was wäre, wenn Hitler 1933 nicht die politische Macht in Deutschland errungen hätte? Dann wären Millionen Menschen nicht an Kriegseinwirkungen gestorben, nicht gemordet worden, wären Hunderte Städte und Dörfer nicht in Schutt und Asche gelegt worden, wäre eine blühende Kultur nicht zerstört worden – wäre, mit einem Wort, eine friedliche, kulturvolle Entwicklung mit der Aussicht auf Überwindung entstandener ökonomischer und sozialer Probleme Deutschlands möglich gewesen. Der von Hitler und seinen Gefolgsleuten beschrittene Weg war das größte Unheil, das über Deutschland, Europa und die Welt hereinbrechen konnte.

Damit wird die zweite Seite der Frage »Was wäre wenn?« deutlich. Sie zielt auf mögliche Veränderungen in den auslösenden Bedingungen und treibenden Kräften eines Ereignisses. Wenn bestimmte Veränderungen in den dem Ereignis vorhergehenden Bedingungen eingetreten, erreicht worden wären, hätte es zu dem Unglück des 30. Januar 1933 nicht kommen müssen. Das unterstellt, dass das Bedingungsgefüge keine eindimensionale Verknüpfung von Ursachen, Bedingungen und Begleitfaktoren, sondern ein variables Feld von Möglichkeiten ist. Rückblickend betrachtet, kann man ihm zwar Notwendigkeit attestieren. Doch das bezieht sich auf den faktischen Gang des Geschehens als Folge von Ursachen- und Bedingungskomplexen und bekundet in der Reflexion einen einseitigen Determinismus. Da das Ereignis eingetreten ist, war die Bedingungskonstellation offenbar so, dass ein anderes Ereignis nicht eintreten konnte. Damit ist die Variabilität der Bedingungen, ihre Varianzbreite negiert, insbesondere aber die in den menschlichen Subjekten liegende Potenz, den Dingen eine andere Wendung zu geben. Da sie es nicht taten, konnten sie es scheinbar auch nicht. Das ist der Fehlschluss der metaphysisch-mechanischen Gesellschafts- und Geschichtsbetrachtung, es ist die Vergötzung der Positivität: Der mechanische Determinismus ist eng mit dem Positivismus verbunden, der das Gegebene als nicht veränderbar ansieht – denn wäre es das, dann wäre es vermutlich ein anderes.

Selbst die präformierende Wirkung sozialer Strukturen kann nicht als absolute Instanz für Ereignisfolgen namhaft gemacht werden. So wird in der Regel argumentiert, wenn das Scheitern des Staatssozialismus begründet werden soll: Die vorhandenen sozialökonomischen Strukturen ließen eine andere Gestaltung des Sozialismus nicht zu. Aber dass diese Strukturen Konfigurationen bewusst und zwecksetzend handelnder Individuen und Gruppen waren, wird theoretisch oft ausgeblendet. Doch alle historischen Ereignisse erwachsen aus

einem Bereich von Bedingungen, unter denen die Subjektivität des Menschen eine exponierte Rolle spielt. Der mechanische Determinismus sieht das Subjekt als einliniges Produkt der Umstände an und erkennt, dass es sich zu den Umständen und zu sich selbst kreativ-korrigierend verhalten kann. Das gilt insbesondere für kollektive Subjekte, die eine Spannweite individueller Möglichkeiten in sich schließen oder schließen können. Die Vorstellung des anders Seins, des anders sein Könnens ist dem metaphysischen Denken fremd, es nimmt das Gegebene als Absolutes, nicht als Resultat variierender Bedingungen. Alle Erklärung geschichtlicher Ereignisse läuft auf den Nachweis determinierender Faktoren hinaus, Kategorien wie Wahrscheinlichkeit, Möglichkeit, Zufall, Selbstorganisation spielen kaum eine Rolle. Indes ist die Geschichte und die Gesellschaft ein Raum möglicher Existenzweisen; die verschiedenen Möglichkeiten sind die Folie, die als Hintergrund bei historischen Untersuchungen stets mitbedacht werden sollte.

Der nervus rerum bei der Alternativität, bei anderen Möglichkeiten historischer Ereignisse ist nicht (nur) eine andere objektive Konstellation gesellschaftlich-geschichtlicher Bedingungen: dann versteht sich die Alternativität von selbst. Die Frage ist vielmehr, wodurch die Konstellation bestimmt ist, ob und welchen Anteil die menschliche Subjektivität daran hat. Letztlich führt alles auf den Menschen, sein Denken, Wollen, Fühlen, Handeln zurück. Allerdings existiert keine Autonomie des Subjekts: Das Handeln des Menschen ist von Bedingungen vielfältiger Art abhängig. So läuft scheinbar alles wiederum auf das Objektive, dem Subjekt Vorgegebene hinaus. Doch liegt in der Spanne zwischen den objektiven Determinanten – die selbst ein Feld von Möglichkeiten sind – und dem Handeln die Selbstmacht des Individuums, der Gruppe, die sich von der Determination durch das Objektive in bestimmten Grenzen freizumachen vermag.

Das Handeln der Individuen wird von gesellschaftlichen Bedingungen näherer oder fernerer Art sowie von personellen Faktoren beeinflusst. Doch vermag – zwar unterschiedlich – der Einzelne sich kritisch zu diesen Bedingungen zu verhalten, sein Handeln ihrem Zwang zu entziehen. Das ist freilich, wie die Praxis zeigt, leichter gesagt als getan, da die Individuen in ihrer Mehrzahl eine Tendenz zur Anpassung, zur Unterwerfung unter die gesellschaftlich-politischen Mächte haben. Nur wenige vermögen dem Druck der objektiven Verhältnisse zu widerstehen, wobei gesellschaftliche Chancen individueller Selbstbehauptung gegeben sein müssen. Auch gesellschaftliche Gruppen unterliegen ähnlich wie die Individuen dem Druck der sozialen Bedingungen und neigen vielfach ebenso zu Anpassung und Unterwerfung. Den Dingen eine andere Wendung zu geben, eine progressive Alternative durchzusetzen, hängt davon ab, dass Einzelne – mit Gruppen und Massen verbunden – sich in ihrem Denken und Handeln über den Druck der Verhältnisse erheben, mit Einsicht, Mut und Entschlossenheit der Geschichte eine positive Variante abtrotzen. Doch muss die Pression der objektiven Faktoren, in der Regel mit rigider Machtanwendung der Herrschenden verknüpft, berücksichtigt werden, die den Spielraum freier schöpferischer Entscheidung oft krass einengt. Eine günstige Voraussetzung für das

»Die alternative Situation ist ein Komplex von Prozessen und Tendenzen, ein Geflecht von Möglichkeiten, jedoch kein notwendiges Resultat vorgängiger Ursache(n).«
Gottfried Stiehler: Mensch und Geschichte. Studien zur Gesellschaftsdiagnostik, Köln 2002, S. 78.

»... in bezug auf den real existierenden Sozialismus ausschließlich von etwas Gescheiterem zu sprechen ignoriert, daß er eben keine bürgerliche Ausgangsbasis hatte, in der die Lohnarbeit über die Grenzen der Naturbedürftigkeit hinaus ertrieben war.«

Diether Dehm: Drei Brücken über programmatische Mauern, in: Utopie kreativ Nr.132 (Okt. 2001), S. 878.

Durchspielen und Durchsetzen progressiver Alternativen ist eine entwickelte Demokratie, die indessen in der Geschichte selten angetroffen wird. Darum ist das Ringen um demokratische Verhältnisse – die sich allerdings an den harten Realitäten ökonomischer Machtverhältnisse stoßen – ein wesentlicher Schritt, um andere, bessere Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens herbeizuführen, die im Einklang mit humanen, dem menschlichen Wesen gemäßen sozialen Inhalten gesellschaftlichen Handelns stehen.

Demokratie ist indes, einen so hohen Wert sie besitzt, nur eine formelle Voraussetzung der Realisierung progressiver Alternativen. Abgesehen von der auch in der Demokratie meist bestehenden offenen oder verdeckten Direktivgewalt ökonomisch Mächtiger, ist die das Handeln der Regierungen und der Bevölkerung leitende Ideologie von maßgeblichem Einfluss. Bürgerlich-demokratische Staaten haben in Geschichte und Gegenwart, geleitet vom Streben Herrschender nach Macht über andere Völker und Staaten sowie um ökonomischer Vorteile willen, expansive Ziele verfolgt und Kriege herbeigeführt. Wenn die demokratische Kontrolle der Mächtigen versagt, da die Kontrollierenden oft gleichen Geistes wie diese sind, kann auch die Demokratie den gewünschten Weg zu besseren Verhältnissen nicht weisen und nicht beschreiten. Bedeutsam ist die formierende und normierende Kraft des humanistischen Denkens, der auf Achtung der Menschenrechte und der Menschlichkeit zielenden Gesinnung. Die Voraussetzungen progressiver Alternativen sind komplex, und es gilt, sie in ihrer Vielfalt wirksam werden zu lassen, woran der denkende, wollende, fühlende, handelnde Mensch den entscheidenden Anteil hat.

Man kann kaum annehmen, dass die Fehlhandlungen Verantwortlicher, die zu Krisen und Katastrophen realer Gesellschaften geführt haben, kausal-notwendig in den objektiven und subjektiven Bedingungen gelegen haben und dass das Bewusstsein der Akteure keine Rolle gespielt habe. Das Bewusstsein, das Denken und Fühlen von Menschen spiegelt nicht passiv ein gegebenes Sein wider, es ist eine Potenz von eigener Mächtigkeit, und der Mensch kann aus den Resultaten seines Tuns lernen. Auch hier versagt ein simplifizierender Determinismus. Dass ein bestimmter Ereigniskomplex in entscheidenden Phasen und Prozessen der Geschichte nicht eingetreten ist, ist kein Beweis dafür, dass er nicht eintreten konnte. Der Mensch ist kein Spielball objektiver Seinsmächte, sondern mit Lern- und Kritikfähigkeit ausgestattet – unterschiedlich bei den einzelnen Individuen und sozialen Gruppen.

Freiheit besteht nicht im einfachen Befolgen von Notwendigkeiten, sondern im Abwägen von Alternativen und der Ergreifung einer für das Individuum, die Gemeinschaft, die Gesellschaft förderlichen Alternative. Die Erwägung der Bedingungen und Folgen einer ergriffenen Möglichkeit befähigt den Menschen, sich vom Druck der Umstände in gewissen Grenzen zu befreien und solche Umstände zu schaffen oder zu befördern, die dem Humanum des Menschseins Genüge tun. Die Geschichte ist vom Standpunkt des handelnden Menschen offen zufolge ihrer Möglichkeitsstruktur als eines Ensembles konkurrierender, konformer oder konfligierender Tendenzen, Trends und Entwicklungspfade. Die Offenheit der gesellschaftlichen

Entwicklung ist die reale Grundlage der menschlichen Freiheit, der Chance, eine positive Alternative zu wählen.

Die Offenheit ist nicht nur Grundlage, sondern auch Produkt der Handlungen des gesellschaftlichen Menschen, denn der Mensch schafft durch sein Tun neue Möglichkeiten, die sich mit realen Trends verquicken. Dadurch wird die Entwicklung in ihren konkreten Details unvorhersehbar, eben weil sie ein Konstrukt sich durchkreuzender, nicht immer rationaler Handlungen von Menschen ist. Doch erfordert das Wählen positiver Alternativen ein bestimmtes Maß an Voraussicht, mittels deren das (für das Subjekt) Positive ins Auge gefasster Alternativen erkundet wird. Die Geschichte ist sowohl unvorhersehbar wie vorhersehbar: darin liegen Chancen und Gefahren des geschichtlichen Wirkens von Menschen.

Fallstudie I. Hitler

Über die Möglichkeit, den Machtantritt Hitlers und seiner Gefolgsleute 1933 zu verhindern, wird lebhaft debattiert. Zu überwiegen scheint die Ansicht, dass bei den gegebenen Bedingungen eine Verhinderung der Nazi-Diktatur unmöglich, aussichtslos war. Wenn dem so wäre, würde das die deterministische Auffassung bekräftigen, dass bei einem bestimmten Reifegrad der Bedingungen Alternativen nicht möglich sind und das Ereignis eintreten muss. In der Tat ist es fraglich, bis zu welchem Zeitpunkt eine Veränderung der Wirkungsmacht der bedingenden Kräfte und Tendenzen möglich ist. Begünstigend für die Nazi-Diktatur wirkten langfristige materielle und ideelle Tiefenprozesse in der deutschen Gesellschaft, die auf die Beseitigung der bürgerlich-demokratischen Verhältnisse und die Errichtung eines diktatorischen Gewaltregimes hinausliefen. Diesen Tendenzen gegenüber waren die auf Humanität, menschliche Kultur, Frieden und Demokratie gerichteten Kräfte und Bestrebungen, namentlich auch von geistig Schaffenden, in der Minderheit und konnten unter den Massen des deutschen Volkes nur schwer Fuß fassen. Dennoch wäre es problematisch zu behaupten, das Volk sei sehenden Auges in sein Unglück, in Tod und Zerstörung gelaufen, hatte doch die Hitler-Bande ihre mörderischen Ziele offen propagiert.

Der Zeitfaktor spielt eine wichtige Rolle. Zu einem bestimmten Zeitpunkt, bei weitgehender Offenheit der weiteren Entwicklung sind die Tendenzen des Künftigen pluralisiert und eine bestimmende Richtung der Entwicklung ist noch nicht unabänderlich gegeben. Wenn jedoch eine Seite im Ringen der gesellschaftlichen Kräfte und bei für sie günstigen objektiven Konstellationen die Oberhand gewonnen hat, sind die Chancen, den Dingen eine andere Wendung zu geben, gering. Unter diesem Blickwinkel betrachtet, ist eine deterministische Sicht auf die Entwicklung in bestimmtem Maße gerechtfertigt. Doch kann nicht gefolgert werden, dass der Bewegung ein zwanghafter Verlauf innewohnt, da durch Wandel in den objektiven und subjektiven Konstellationen stets eine Wendung zum Anderen, ggf. zum Besseren möglich ist. Der Prozess ist faktisch erst abgeschlossen, wenn das Ereignis eingetreten ist. Selbst dann aber kann nicht völlig ausgeschlossen werden, dass eine Rückkehr zu günstigeren Verhältnissen möglich ist und die mit dem Ereignis verknüpfte Entwicklung abgebrochen werden kann.

»In diesem Zusammenhang wurde zum einen darauf hingewiesen, dass es eine Vielzahl von unterschiedlichen Ursachen gab und zum anderen wiederholt die Meinung vertreten, dass bis zum Schluss bei einer anderen Politik, bei anderen Entscheidungen der Zerfall und der Untergang der UdSSR hätte vermieden werden können.«

Harald Neubert: Desintegration der UdSSR ..., in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 43 (Sept. 2000), S. 161.

Maßgebliche Kräfte der besitzenden Klassen drangen in Deutschland vor 1933 auf ein Regime der starken Hand, um Wirtschaftschaos und Kampfbereitschaft der Arbeiterbewegung abzubauen. Die Arbeiterparteien waren in kontraproduktiven Auseinandersetzungen zerstritten, statt die Kräfte gemeinsam gegen die Nazi-Bewegung und für den Erhalt der bürgerlichen Demokratie einzusetzen. Das eröffnete der Hitlerbande ein günstiges Terrain für die Eroberung der Macht im Staate. Noch im Februar 1933 riefen sozialdemokratische und linksbürgerliche Gruppen und Personen, namentlich Intellektuelle, zu einem Zusammengehen aller antinazistischen Kräfte auf, um das Unheil abzuwenden. Sie konnten sich jedoch nicht hinreichend Gehör verschaffen. Zu groß war in breiten Kreisen des deutschen Volkes die Erwartung, ein »starker Mann« könne die wirtschaftliche und gesellschaftliche Misere überwinden.

Zu dem Verhängnis wirkten drei Faktoren zusammen: das ökonomisch-politische Machtinteresse herrschender Kräfte, das materielle Elend von zwei Dritteln der Bevölkerung³ sowie die bei großen Teilen des deutschen Volkes vorherrschende Ideologie, die antidemokratische, rassistische, nationalistische Vorurteile kultivierte. Ökonomie und Ideologie wirkten in verhängnisvoller Weise zusammen, allerdings nicht schicksalhaft, da immer noch ein Spalt für das Abwenden des heraufziehenden Unheils offen blieb. Große Verantwortung besaßen die Arbeiterparteien, die dieser Verantwortung jedoch nicht gerecht wurden: Versagen des menschlichen Faktors, des Subjekts. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es innerhalb der Massen des deutschen Volkes zur Besinnung über die tödlichen Gefahren des Nazismus hätte kommen können; das Bewusstsein ist eine eigenständige, sich selbst organisierende Wirkgröße der Verarbeitung des Seins. Die schweren politischen, strategischen und theoretischen Fehler sowohl der KPD (und der Komintern) als auch der SPD⁴ waren kein schicksalhaftes Verhängnis, sondern hätten bei hinreichender Selbstkritik der Beteiligten korrigiert werden können. Eine gegen den Nazismus gerichtete Einheitsfront von KPD und SPD, im Bündnis mit linksliberalen Kräften, war nicht mit Notwendigkeit ausgeschlossen; es handelt sich bei dieser Frage mitnichten um eine »Phantomdiskussion«⁵.

Fallstudie II. »Realsozialismus«

Geschichtlich gesehen, ist die Funktion des Sozialismus die Überwindung der mit den kapitalistischen Eigentums- und Austauschverhältnissen verknüpften Anarchie der gesellschaftlichen Produktion und den daraus hervorgehenden Gefährdungen der sozialen Lage der Beschäftigten, der Bevölkerung insgesamt. Das Soziale steht an der Spitze der Werteskala des Sozialismus, es bezieht sich auf die komplexe Persönlichkeit des Individuums in Ökonomie, Politik und Kultur. Darum haben »realsozialistische« Länder, soweit die ökonomischen Möglichkeiten dazu reichten, vieles für die Hebung des materiellen und kulturell-geistigen Niveaus der Bevölkerung getan. Doch fehlte es – abgesehen von den widrigen Startbedingungen – an tragfähigen Konzepten, wie eine sozialistische Gesellschaft ökonomisch, politisch und kulturell beschaffen sein muss, um die geschichtliche Aufgabe der grundlegenden Verbesserung der sozialen Lage des Volkes zu erfüllen. Alle Aktivitäten zielten vorrangig auf

die Erhaltung und den Ausbau der politischen Macht, aber wie sie zum Nutzen des Volkes demokratisch auszugestalten sei, blieb ungeklärt und unerörtert.

Anfangs waren autoritäre Züge der Machtausübung in gewissen Grenzen unvermeidlich, da die zahlreichen Gegner der neuen Ordnung niedergehalten und die neuen Verhältnisse Schritt für Schritt durchgesetzt werden sollten. Doch verfestigte sich das Machtprinzip und entartete schließlich, da eine demokratische Öffentlichkeit fehlte zu der Diktatur einer Partei und eines Mannes, des Generalsekretärs, über das Volk. Unheilvoll war der stalinistische Einfluss, der von der Führung der SU auf verbündete sozialistische Länder ausging und bei den dortigen Regierenden einen aufnahmebereiten Boden fand. So schien vieles auf den unvermeidlichen Untergang, die – von außen kräftig geförderte – Selbstzerstörung dieses weltgeschichtlich bedeutsamen Versuchs hinauszulaufen. Der Mensch war scheinbar hilflos der Selbstbewegung der ökonomischen und politischen Strukturen ausgeliefert. Bestätigung des mechanischen Determinismus?

Es gab, vorwiegend in den Mikrobereichen der Gesellschaft, einige Spielräume für das freie Bekunden von Meinungen, Standpunkten, Alternativvorschlägen. Sie wurden jedoch unzureichend genutzt. Das lag einerseits an eingeübter Subordination, an obrigkeitlich erzeugter Bereitschaft, den gängigen Klischees widerstandslos zu folgen. Andererseits an der Direktivmacht der in allen Gesellschaftsbereichen wirkenden Exekutoren der Zentrale, die deren häufig negativen Einfluss noch potenzierten. Mangelnder Mut, eine vom herrschenden Diskurs abweichende Meinung, positive Alternativen zu formulieren, bestimmten weitgehend das gesellschaftliche Leben. Die Unterwerfung wurde als »parteiliche«, dem Sozialismus nützliche Haltung ausgegeben und so verinnerlicht, indessen war sie ihm zutiefst schädlich.

Eine von vielen Individuen getragene Veränderung der Konzeption und der Praxis des Sozialismus in allen Bereichen der Gesellschaft hätte die Struktur vor Erstarrung bewahren, sie positiv verflüssigen können. Strukturen sind die gesellschaftlich bedingte Form, wie Menschen miteinander materiell und ideell kommunizieren. Die entfremdete Macht der Verhältnisse war an das selbstentfremdete Verhalten der Subjekte gebunden. Durch Selbstveränderung der Subjekte wäre eine positive Veränderung der Strukturen möglich gewesen (das erforderliche politische Umfeld innen und außen allerdings vorausgesetzt). Der »Realsozialismus« musste zu Bruch gehen, wenn und insofern die ihn realisierenden Subjekte es zuließen oder selbst herbeiführten. Es war nicht völlig ausgeschlossen, den administrativen Sozialismus schrittweise in einen reformorientierten demokratischen Sozialismus zu überführen. Jetzt jedenfalls ist dieser unendlich schwieriger zu verwirklichen.

Letztlich führt alles auf den Menschen, sein Denken, Fühlen, Wollen, Verhalten zurück. Dabei ist innerhalb der Masse der Menschen zu differenzieren: Es gibt Vorwärtsdrängende und am Bestehenden Festhaltende. Den Vorgehenden obliegt es, die Masse der anderen mitzuziehen und bei sich selbst jene Verhaltensweisen auszubilden, die die Verhältnisse nach vorn in Bewegung bringen können. Daran hat es im »Realsozialismus« gemangelt. Es waren nicht die Strukturen »an sich«, sondern die sich verhaltenden Menschen – Gruppen

und Individuen –, die den Untergang des Sozialismus bewirkten (abgesehen von den Einwirkungen des politischen Umfelds).

Der Mensch – Abhängigkeit und relative Autonomie

Es wäre irrig anzunehmen, die Menschen brauchten nur ihr Denken und ihre Einstellungen zu ändern, um zu einem anderen Verhalten zu gelangen. Individuen und Gruppen (Kollektive) sind keine autonomen Subjekte, die ihr Verhalten allein aus sich selbst heraus gestalten. Auf den Hirnen der Lebenden lasten die Traditionen vergangener Geschlechter, und gesellschaftlich induzierte Denk- und Verhaltensweisen haben prägenden Einfluss auf die Individuen. Von der Last des Herkommens und der Umstände sowie individueller psychischer und mentaler Dispositionen sich zu befreien, ist eine schwierige Aufgabe, die nur wenige erfolgreich meistern. Sie schließt die Fähigkeit des Individuums zu Selbsteinschätzung, Selbstkontrolle, Selbstkritik ein, die gesellschaftlich ermuntert oder auch behindert wird. Die gesellschaftlichen und persönlichen Umstände sind von Belang für das, was Individuen und Gruppen gesellschaftlich zu leisten imstande sind. Das Individuum allein in die Pflicht zu nehmen, wäre verfehlt; ist es auch kein bloßer Ausfluss des Sozialen, so wird es doch von ihm erheblich beeinflusst.

Im »Realsozialismus« wirkten Mechanismen der Fremd- und Selbstbeschränkung des Denkens und Handelns, wobei letztere gesellschaftlich bedingt war und die Individuen es schwer hatten, sich von dem doppelten Druck zu befreien. Doch diese Fähigkeit generell auszuschließen, würde bedeuten, die Menschen total der Entfremdung zu subsumieren und den Determinismus auf alles Denken und Tun der Individuen und Gruppen auszudehnen. Von »unten« ertrotzte Demokratisierung der Produktions-, geistigen und politischen Verhältnisse hätte allmählich Freiräume für erfolgreiches Handeln im Sinne eines demokratischen Sozialismus schaffen können und war keineswegs völlig unmöglich. An tragfähigen Konzepten umfassender Umgestaltung des erstarrten Staats- und Gesellschaftswesens mangelte es zwar, was mit dem Druck der Verhältnisse und mangelnder geistiger Freiheit zusammenhing. Auch bei den Unterdrückern gesellschaftlichen Fortschritts (Stalin und andere) waren persönliche Eigenschaften negativen Zuschnitts an dem Niedergang der Gesellschaft maßgeblich beteiligt. Machtmenschen sind in der Geschichte häufig durch desaströse Persönlichkeitsmerkmale bestimmt: ein Unglück für die betroffenen Völker und den Fortschritt der Menschengattung insgesamt. Doch haben auch Kurzsichtigkeit, Engstirnigkeit, willige Unterwerfung der Massen in der Geschichte viel Unheil mit verursacht. Das sollte freilich nicht die praktisch-kritische gesellschaftsverändernde Tätigkeit der Volksmassen vergessen machen, auch nicht ihr nicht seltenes revolutionäres politisches Wirken zur progressiven Veränderung der Gesellschaft.

1 Paul Davies: Prinzip Chaos. Die neue Ordnung des Kosmos, München 1993, S. 82.

2 Vgl. Gottfried Stiehler: Werden und Sein. Untersuchungen zur Gesellschaft, Köln 1997, S. 9 f. Murray Gell-Mann: Das Quark und der Jaguar. Vom Einfachen zum Komplexen. Die Suche nach einer neuen Erklärung der Welt, München/Zürich 1996, S. 204.

3 Kurt Pätzold, Manfred Weißbecker: Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Leipzig 1999, S. 179.

4 Ebenda, S. 181 f.

5 Martin Schirdewan: 2003 ist nicht 1933. Zeit für eine neue »Einheitsfront«-Debatte?, in: UTOPIE kreativ, Nr. 147 (Jan. 2003), S. 43.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

In den Berichtszeitraum fielen – wie natürlich immer – etliche wichtige Geburtstage, die von den Zeitungen begangen wurden. Zu denen, die wichtig gehalten wurden, gehörte auch der 70. von Roman Rrruck-Herzog, zu Zeiten Bundespräsident. Auch Rundfunk und Fernsehen vergaßen den Jubilar nicht, und so konnten wir all überall an diesem Tage wieder Zitate aus Herzogs Rrruck-Rede lesen oder hören. Dabei kam auch die heute noch bemerkenswerte Passage vor, derzufolge »jeder seinen Beitrag zu leisten habe«; das ist, wie wir inzwischen alle wissen sollten, eine der zeitgemäßen Umschreibungen jener Aufforderung, Opfer zu bringen.

Wir sollten uns über derlei propagandistische Arabesken in Politikerreden nicht weiter mokieren, doch erinnern sollten wir uns von Zeit zu Zeit doch an sie. Roman Herzog also – der hatte doch dazumal tatsächlich gesagt, jeder müsse seinen Beitrag leisten, »die Großen einen großen, die kleinen einen Kleinen«. Daß die Kopfetzen und die ihnen nahestehenden Industrie- und Lobby-Vereine-Präsidenten solche Reden gern hören (denn sie wissen, daß bei ihnen auch »große Beiträge« nicht ans Eingemachte gehen, nicht existenzgefährdend sind), ist nicht wundersam. Viel wundersamer nehmen sich die Kommentare und die Tonlagen der etablierten Journalisten aus, zu deren Standardrepertoire unter anderem die Gewerkschaftsbeschimpfung gehört mit der Standardinfamie, denen gehe es doch nur um Besitzstandswahrung. Auch Klaus-Uwe Benneter, neuer SPD-Generalsekretär, gab seinen Einstand und schwafelte am Tag nach den Massenprotesten gegen Sozialabbau davon, den Gewerkschaftern gehe es nur um die Wahrung von, na, Sie wissen schon. Mann, dachte da unsereins, der ist ja noch besser als sein Vorgänger

Scholz! Für das, was da von den SPD-Yuppies bekrittelt wird, haben sich einst Generationen von deutschen Arbeitern das Fell gerben lassen, nicht eine müde Mark haben die Unternehmer freiwillig hergegeben, und seit über hundert Jahren die gleiche Leier von Unternehmerseite: Gerade jetzt sei ein Streik nicht zu verantworten ... Da möchte man doch glatt fragen: Wie und wann hätten Sie's denn gern?

Sicher, mein Eindruck ist ein rein empirischer, aber die politische Klasse Deutschlands, so sie sich aus den Oligarchen rekrutiert, hat in ihrer Verkommenheit eine neue Qualität erreicht – fast kein Tag ohne einen Selbstbedienungsskandal. Dieser Tage Ernst Welteke, (Sie wissen, diese 7000 Euro-Adlon-Suite-Geschichte), morgen ein anderer, übermorgen der nächste – Ackermänner, wohin wir schauen ... Deutsche Korruptionäre sind oftmals insofern eine besondere Spezies, als viele von ihnen auch gern als Moraltuten auftreten. Da lob' ich mir ihre amerikanischen Brüder: Die steh'n zu ihren kapitalistischen Schweinereien. Die deutschen hingegen geben immer vor, ständig rrrucken zu wollen, doch meinen nicht sich, sondern immer die anderen.

Doch das eigentliche Problem ist ja nicht die moralische Verkommenheit an sich, sondern daß die mehr und mehr moralisch versifende Gesellschaft ein ausgezeichnete Nährboden für braunes Geschmeiß ist. Gnade uns, wenn die »Kameraden« mit ihren Vorstellungen eines Tages wieder eine Massenbasis finden sollten – dann wird es wieder mal keiner gewesen sein wollen.

Seit Wochen geistern Nachrichten durch die Organe, in denen davon die Rede ist, in Deutschland eine neue Linkspartei zu etablieren. Das kommt angesichts des derzeitigen Parteienstadels hierzulande nicht überraschend. Und überraschend waren natürlich auch nicht Reaktionen der bestehenden Parteien; durch die Bank waren sich alle einig: aussichtslos! Nur der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky gab sich in Interviews etwas clownesk, er gab vor, sich darüber zu freuen. Weil doch, hier zugegeben sehr verkürzt referiert, Konkurrenz das Geschäft belebe. Wo er Recht hat, hat er Recht. Vielleicht.

Für das ZDF gibt es nun schon seit vielen Monaten offensichtlich in Deutschland nur einen einzigen Parteienforscher (ob das wohl die übrigen zigtausend kränkt?), der hat dort sozusagen eine Dauer- mugge, heißt Herr Falter und muß zu allem und jedem seine Meinung sagen. Also wurde er auch innerhalb eines »Mittagsmagazins« nach den Chancen einer Partei-Neugründung in Deutschland gefragt. Da wir sein Statement nicht mitschnitten, können wir nur an Eides statt hier erklären, daß seine Antwort folgendermaßen lautete (ungefähr jedenfalls): *Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, ändert sich das Wetter oder es bleibt wie es ist.*

Womit wieder einmal bewiesen wurde, daß der Beruf Parteienforscher gar nicht so unübel ist. Und wenn sich jemand lange genug als solcher in Fernsehstudios und auf Zeitungsseiten gelümmelt hat, dann könnte es ihm passieren, daß seine Sprache eines Tages genauso blumig wird wie die jener Leute, über die er zu forschen und zu referieren hat. Ob er es allerdings mit dem Brandenburger Platzek aufnehmen kann? Der liebt das Bildhafte über die Maßen – und hing er früher dem »Schwerter zu Pflugscharen!« an, so will er jetzt im Osten (industrielle) »Leuchttürme zu Zugpferden« machen. Galoppierende Leuchttürme, Wahnsinn!

**Erhard Hexelschneider:
Rosa Luxemburg und die Künste.
Rosa-Luxemburg-Forschungs-
berichte. Heft 3,
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen,
Leipzig 2003, 230 S. (11,50 €)**

Wer sich in der frühen internationalen Arbeiterbewegung einigermaßen auskennt, weiß es: An der Spitze der Parteien standen meistens Persönlichkeiten, die sich durch ein enges Verhältnis zur Kultur, zu den Wissenschaften und zu den Künsten auszeichneten. Paul Lafargue und Antonio Gramsci, Georgi Plechanow, Wladimir Lenin und Leo Trotzki – die Namensliste ließe sich mühelos fortsetzen. Dass der Sozialismus nicht eine Messer- und Gabelfrage ist, sondern eine stolze Kulturbewegung, wie Rosa Luxemburg anlässlich des 70. Geburtstages von Franz Mehring schrieb, entsprach im vollem Maße auch dem Selbstverständnis der meisten führenden Persönlichkeiten der frühen deutschen Sozialdemokratie: Marx und Engels wie Ferdinand Lassalle, August Bebel, Karl Kautsky, Karl Liebknecht, Franz Mehring, Clara Zetkin, um nur einige zu nennen. Und vor allem Rosa Luxemburg. Leider ist dieser Typus eines hochkultivierten, gebildeten, kunstsinnigen Parteifunktionärs, der sein reiches kulturelles Wissen in die Theorie und Praxis der politischen Kämpfe einbringt, später immer mehr verloren gegangen.

Erhard Hexelschneider behandelt in einer systematischen Übersicht Rosa Luxemburgs Verhältnis zu den einzelnen Künsten, insbesondere zur Literatur. Eine derartige umfassende Darstellung kennt die an sich beachtliche Forschungsliteratur über Leben und Werk Rosa Luxemburgs bisher nicht. Zwar wurde in den biografischen Luxemburg-Schriften, mehr oder weniger ausführlich, auf das Kulturverständnis und die künstlerischen Vorlieben der großen Revolutionärin eingegangen, doch fehlte bisher eine größere Studie, die Rosa Luxemburgs Verhältnis zu den Künsten als Ganzes untersucht und ihre künstlerischen Sympathien und Abneigungen, ihre kunstkritischen Urteile und ihre übersetzerischen Fähigkeiten einer genauen Prüfung unterzieht. Hexelschneider hat sich dieser Aufgabe gestellt.

Dabei hat der Leipziger Slawist und ausgewiesene Rezeptionsforscher viele unbekannte oder kaum beachtete Materialien erschlossen und damit die Basis der gesamten Luxemburg-Forschung erweitert. Für weitere Forschungen über das Leben und Werk Rosa Luxemburgs ergeben sich nach der Schrift Hexelschneiders vielversprechende neue Denkansätze.

Was Hexelschneiders Arbeit in der Tat besonders auszeichnet, ist das reiche Material, das er in seiner Studie vorstellt. Der Autor hat Luxemburgs Schriften und Briefe, Erinnerungen von Zeitgenossen, biografische Luxemburg-Darstellungen und andere wissenschaftliche Arbeiten genauestens »durchforstet«. Vieles von dem, was Hexelschneider nach aufwändigen Archivstudien zutage gefördert hat, dürfte weitgehend unbekannt sein. Dabei erhebt der Verfasser keineswegs den Anspruch, er habe die Thematik materialmäßig voll ausgeschöpft. Es liegt im Wesen von Untersuchungen dieser Art, dass ausgiebig zitiert und belegt werden muß. Das geschieht auch in Hexelschneiders Schrift. Bei einem solchen Arbeitsverfahren kann es aber sehr schnell passieren, dass die Interpretation des vorgestellten Materials zu kurz kommt und die Darstellung zu einer Kompilation von Fakten ausufert. Hexelschneider entgeht glücklicherweise dieser Gefahr. Auf der Grundlage des Faktenmaterials interpretiert er ausgiebig und ausgewogen und lässt so Luxemburgs Beziehungen zu den Künsten transparent und nachvollziehbar erscheinen.

Hexelschneider präsentiert seine Forschungsergebnisse in zwei größeren thematischen Komplexen. Der erste Teil der Arbeit beschäftigt sich mit dem Verhältnis Luxemburgs zu den Künsten und zu einzelnen Künstlern aus verschiedenen Nationalkulturen. Gestützt auf die Selbstzeugnisse Luxemburgs sowie auf die Erinnerungsberichte von Zeitgenossen beschreibt Hexelschneider die Beziehungen Luxemburgs zur Musik, zu den bildenden Künsten und zur schönen Literatur. Als Liebhaberin und Kennerin der schönen Künste war Luxemburg mit der Musik besonders verbunden. Nach eigenen Aussagen liebte sie die Musik grenzenlos. Mozart stand an der Spitze der von ihr geschätzten Komponisten. Johann Sebastian Bach, Beethoven, Wagner und Hugo Wolfs Liedvertonungen interessierten sie sehr, Brahms nahm sie mit Zurückhaltung auf,

Richard Strauß mochte sie überhaupt nicht. Liest man Luxemburgs Äußerungen über die Kunst, so sollte stets bedacht werden, dass Rosa Luxemburg keine professionelle Kunstkritikerin war, dies auch niemals sein wollte. Hexelschneider schildert sie als eine sensible, feinsinnige Rezipientin von Kunst, die von ihr sehr subjektiv und oft unter schwierigen Umständen erlebt wurde. Geistige Auseinandersetzung mit der Kunst ist, so Rosa Luxemburg, für jeden gebildeten Sozialisten unentbehrlich.

Genau so stark wie zur Musik war Luxemburgs Bindung an die Malerei. Namentlich die großen Maler der Vergangenheit hatten es ihr angetan: Rembrandt, Leonardo da Vinci, Michelangelo, Tizian, um nur einige zu nennen. Von den deutschen Malern liebte sie besonders Dürer, Anselm Feuerbach, Hans Thoma, Arnold Böcklin. Die moderne Malerei, die sie vor allem auf den Berliner Sezessionsausstellungen (1912) kennen lernte, sagte ihr allerdings überhaupt nicht zu. Zu zahlreichen Malern unterhielt Rosa Luxemburg nähere Kontakte. Zu ihren Malerfreunden gehörten der bekannte Bühnenbildner Hans Kautsky, der Bruder von Karl, Georg-Friedrich Zundel, der zweite Mann von Clara Zetkin, und die russische Malerin Sarudnaja-Cavos, die wiederum mit Ilja Repin, dem führenden Vertreter der russischen realistischen Malerschule, gut bekannt war. Mit der Malerei fühlte sich Luxemburg besonders verbunden, weil sie von 1908 an selbst malte und modellierte. Leider ist von ihren künstlerischen Arbeiten relativ wenig erhalten geblieben, von dem Vorhandenen kaum etwas publiziert.

Wie Hexelschneider mit reichem Material belegt, galt Luxemburgs größtes Interesse der schönen Literatur. Bücher, auch wissenschaftlicher Natur, »sind mein Entzücken«, bekannte Rosa Luxemburg. Es ist in der Tat faszinierend, was sie alles gelesen und geistig verarbeitet hat, und das unter Lebensumständen, die ihr, einer Parteiarbeiterin, alles andere als Muße und beschauliche Stunden gewährten. In der Belletristik bevorzugte Rosa Luxemburg vor allem die klassische Literatur von Homer und Shakespeare bis Goethe und Mickiewicz.

Im zweiten Teil seiner Arbeit behandelt Hexelschneider die Beziehungen Rosa Luxemburgs zur russischen Literatur, der sie besonders nahe gestanden hat. Man kann dem Verfasser

folgen, wenn er schreibt, dass ihre Liebe zur russischen Literatur eine lebenslange Haltung ausmachte. Das hat gewiss viel mit ihrer Herkunft und mit ihrer geistigen Biografie zu tun (russisch-polnisch-jüdische Studentenkolonie in Zürich!), jedoch noch mehr mit ihrer Auffassung von dieser Literatur, die in der deutschen Vorkriegssozialdemokratie sehr verbreitet war. Eine Anklage-, eine Kampf-, eine Trotzliteratur – so hatte Franz Mehring den russischen Realismus charakterisiert, und es lag auf der Hand, dass sich die deutschen Sozialisten von einer solchen Literatur außerordentlich stark angezogen fühlen mussten. So auch Rosa Luxemburg, für die die sozialkritische Literatur der Russen eine Dichtung verkörperte, die »aus Opposition zu dem herrschenden Regime, aus Kampfgeist geboren wurde« und sich mit ihrer künstlerischen Gestaltungskraft an die Spitze der europäischen Literaturen gesetzt hatte.

Hexelschneider geht das Problemfeld der vielfältigen Beziehungen Rosa Luxemburgs zur russischen Literatur sehr komplex an. Hier kommen seine reichen Erfahrungen als slawistischer Kultur- und Literaturhistoriker voll zum Tragen. Ausführlich analysiert er Rosa Luxemburgs Konzept der russischen Literatur. Das geschieht in einer gründlichen Interpretation der unter dem Titel »Die Seele der russischen Literatur« bekannt gewordenen Einleitung zu der von ihr im Gefängnis übersetzten »Geschichte meines Zeitgenossen« von Wladimir Korolenko. Dabei wird deutlich, dass dieser glänzend geschriebene Essay, eine erste marxistische Gesamtdarstellung des literarischen russischen Realismus, die Grenzen der Literaturhistorie weit überschreitet. Der Essay (im Juli 1918 abgeschlossen) ist eine sehr persönliche Auseinandersetzung Luxemburgs mit eigenen existenziellen Problemen, die sie in dieser Zeit bewegten: Gewalt, Glück, Mitleid, Leben und Tod. Bedauerlicherweise wird dieser Aspekt des Luxemburgschen Essays vom Verfasser nicht noch weiter verfolgt, ebenso wie der Umstand, dass Luxemburg parallel zum Einleitungssatz über Korolenko an dem Manuskript »Die russische Revolution« arbeitete, das unvollendet geblieben ist. Interessante Berührungspunkte und Querverbindungen wären bei näherer Betrachtung nicht auszuschließen.

Das Buch Hexelschneiders schließt eine empfindliche Lücke in der deutschsprachigen Luxemburg-Literatur. Wie aus der Vorbemerkung hervorgeht, hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen diese Publikation ermöglicht. Sie hat sich mit dieser Schrift selbst ein schönes Geschenk bereitet und ihrer Namenspatronin eine würdige Referenz erwiesen.

MICHAEL WEGNER

Detlef Nakath,
Gerd Rüdiger Stephan (Hrsg.):
Entweder es geht demokratisch –
oder es geht nicht.
Klaus Höpcke – Kolloquium
anlässlich seines 70. Geburtstages,
GNN Verlag Schkeuditz 2004,
256 S. (14,90 €)

Wer wie der Rezensent die Veranstaltung versäumen musste, sollte zu diesem Buch greifen, das die Reden dokumentiert, die in den Räumen der Berliner »Hellen Panke« aus Anlass von Klaus Höpckes 70. Geburtstag gehalten wurden. Sie bilden alles in allem ein Angebot, sich mit der Geschichte der DDR auseinander zu setzen, natürlich unter dem besonderen Gesichtswinkel, den der Anlass des Treffens prägte. Mehr noch: mancher Beitrag fordert dazu kräftig heraus.

Dies freilich wird auch schon im Gedruckten bestritten. Durch Wolfgang Leonhard, einen der Teilnehmer und Redner, der seinem Text einen Nachtrag angefügt hat, in dem er Unbehagen über den Verlauf des Kolloquiums ausdrückt. Erstens sei es im Hinblick auf die DDR viel zu unkritisch, ja beschönigend zugegangen. Und zweitens hätten wiederholte Bezugnahmen auf Initiativen, die sich darauf richteten, im ostdeutschen Staate mehr Demokratie zu wagen, diesen eine Bedeutung zugemessen, die ihnen in Wirklichkeit nicht zugekommen sei.

Selbst wer die Berechtigung dieser Kritik nicht bezweifeln würde, hätte zweierlei zu bedenken. Unabhängig von ihrem Ausmaß und ihrer Wirkung bleiben alle Bestrebungen, der neuen Gesellschaft eine breite Basis in allen Schichten und Klassen dauerhaft zu schaffen,

denkwürdig und aufbewahrenswert. Sie könnten ja noch von Nutzen sein. Mit Hacks gesprochen: Heute nicht. Morgen doch. Sodann zur generellen, zweimal ausdrücklich an den mit seinen Erinnerungen befassten Jubilar gerichteten Forderung, es müsse, um einen Dichter ganz anderer Herkunft und Tradition zu bemühen, an die Betrachtung der DDR doch mehr roter Pfeffer gegeben werden. Es soll dem Kritiker nicht geraten werden, sich einer der Veranstaltungen auszusetzen, in denen blinder Hass gegen die DDR die Atmosphäre bestimmt. (Man braucht nach ihnen nicht lange zu fahnden.) Er muss sich auch nicht ein einziges Elaborat jener massenhaft verfügbaren Literatur antun, in der einstigen DDR-Bürgern ein vertanes Leben angedichtet wird und eingeredet werden soll, sie hätten nur in gesellschaftlichen Nischen und geschützt vor der Obrigkeit kurze freudvolle Momente erlebt. Er könnte einzig bei nüchterner Überlegung und ohne Überanstrengung von Phantasie darauf kommen, dass von den Teilnehmenden in Pankow so wenig wie sonst anderswo Eindrücke aus ihrer soeben erlebten Gegenwart an der Garderobe abgegeben werden konnten. Dazu gehören: die Haltung der Regierung der Bundesrepublik zu Ansprüchen, die aus der Bodenreform herrühren, die Bestimmungen über die Ostrenten und die Fortdauer der Straffrenten, am Orte selbst die Haltung des Berliner Senats und der Abgeordnetenmehrheit, die der wissenschaftlichen Leibniz-Societät eine Jahreszuwendung von – sage und schreibe – 30 000 €, die in erster Linie darauf verwendet würden, wissenschaftliche Arbeiten zu publizieren, nicht nur verweigern, sondern zu diesem Entscheid noch diffamierende Sprüche liefern, und vieles andere und ähnliches mehr. Das muss unvermeidlich auch seinen wie immer gebrochenen Niederschlag in einer Veranstaltung finden, selbst wenn sie der Heiterkeit eines Jubiläums nicht entbehrt. Wen kann das ernstlich verwundern? Die Rede ist von einer »Geschichte, die noch qualmt«. Wie edel hat sich die eine Seite zu verhalten, wenn Dreckschleudern auf der anderen auf Dauerfeuer gestellt sind? Sie muss und darf in ihrem eigenen Interesse Gleiches nicht mit Gleichem zurückgeben. Und das tut sie auch nicht. Etwas Erstaunen wäre angebracht angesichts von Gelassenheit und Souveränität, mit der Gesell-

schaftswissenschaftler und Schriftsteller, auch Politiker und Publizisten versuchen, sich mit der Vergangenheit des untergegangnen Staates, der gescheiterten Gesellschaft und mit ihrer Rolle darin zu befassen, auch sich mit ihr abzuschinden.

DDR-Geschichte war an diesem Tage durchaus nicht der Gegenstand aller Reden. Die Veranstalter hatten für die Wahl der Themen weite Spielräume geöffnet. Während sich die älteste, von Moskau angereiste Teilnehmerin, Jewgenija Kazewa, ihrer Begegnungen mit dem Jubilar erinnerte und darüber sprach, was sie auf dem jeweiligen Feld der Editions politik zum Nutzen von Literaturinteressierten erreicht hatten, erörterte die jüngste Gratulantin, Sahra Wagenknecht, die Alternativen und Perspektiven der demokratischen Sozialisten. Während Schriftsteller neuere Texte bekannt gaben und Hermann Kant aus seinem Privatarchiv einen Brief beisteuerte, den er 1989 an Erich Honecker geschrieben hatte, um die Absetzung Höpckes als stellvertretender Kulturminister zu verhindern, beteiligte sich der frühere stellvertretende PDS-Vorsitzende Dieter Dehm mit einer Nachdichtung des Liedes der italienischen Partisanen »Bella ciao«. Genosse Höpcke Mitsstreiter aus dessen »Thüringer Zeit« sprachen zu Entwicklungen im CDU-beherrschten Freistaat, und Steffen Kachel, dort ein Landtagsabgeordneter, griff gar noch hinter das Geburtsjahr des Geehrten zurück und erörterte das sozialistische Reformprojekt in Thüringen 1921-1923, worüber sich gewiss Näheres in seiner Dissertation erfahren lassen wird. Lothar Bisky und Hans Modrow, jener Vorsitzender, dieser Ehrenvorsitzender der PDS, erinnerten sich wiederum an die Gründungszeit der Partei, in der Höpcke ebenso eine aktive Rolle spielte wie in späteren Programdebatten.

Auch mit der Überschrift »Beiträge zu einer Biografie des Jubilars« wären die Texte mithin nicht falsch deklariert gewesen. Der wird manchen für seine autobiografische Arbeit heranziehen, zu der er wegen der Übernahme anderer Verpflichtungen immer wieder auch gedrängt werden muss. Ein Sammelsurium also? Kein Leipziger, aber ein Berliner Allerlei, so dass die Erörterung des großen und immer wieder heiß und auch erbittert umstrittenen Demokratiethemas sich nur auf Zufallstreffer reduzierte? Das verhinderte nicht die

Regie, sondern der »roten Faden«, den das Wirken Höpckes als FDJ-Funktionär, »Bücherminister« und »Transformator« auf dem steinigen Weg von der SED zur PDS abgab. Da stellte sich ihm, seinen Genossen und Mitsreitern die Frage »Wie hältst du es mit der Demokratie« permanent und auch, insbesondere während seiner Jahre als Landtagsabgeordneter in Erfurt, die komplementäre »Wie halten es die Anderen mit ihr«. Die russische Germanistin, Übersetzerin und Herausgeberin Kazewa hat zur Generalaussage, die im Thema getroffen war, leise, aber deutlich einen Einwand angemeldet. Der besagt etwa: Auch wenn die Zustände widrig und wenig oder nicht demokratisch sind, müsse versucht werden, das Vernünftige zu tun, aufklärend zu wirken. Erst am Resultat werde man erkennen können, ob »es geht« und »wie viel gegangen ist«. Das konnte nicht nur als Erfahrung aus ihrer früheren Arbeit und Bekenntnis zu einer in der Vergangenheit liegenden Haltung gehört, sondern auch auf die Gegenwart der Bundesrepublik bezogen werden, in der demokratische Forderungen, die Volkes Stimme und Interesse geltend machen wollen, auf mehr Gegen- als Rückenwind stoßen.

Höpcke wurde mehrfach lobend bestätigt, dass er den Literaturbetrieb in der DDR bis zu deren Ende zu demokratisieren, von ideologischen, politischen und bürokratischen Fesseln zu befreien suchte. Seine eigene Sicht auf Vorgänge und Ergebnisse dieser aufreibenden – auch seine Gesundheit treffenden und gefährdenden – Bestrebungen dürfte in manchem kritischer sein als die ihm vorgetragene. Denn zu wenig wurde akzentuiert, wie viele Kräfte verbraucht wurden, wie viele denkbare Erfolge der Gesellschaft unerreich blieben, weil unbegründete Sorgen, ja Angst um den Machterhalt (und nicht selten einfach Unwissenheit bis zur Dummheit) lähmend, abstoßend, zerstörerisch wirkten. Nur eben, darauf haben mehrere der Gratulanten bestanden, über dem Elend vieler Alltage, dem sich ein erheblicher Teil der Forschungen zur DDR-Vergangenheit heute vorzugsweise und mit Scheuklappen zuwendet, darf nicht vergessen werden, dass im ostdeutschen Staat eine Literatur entstand, die Millionen mit Gewinn für ihr eigenes Denken und Verhalten lasen und über deren nationalen und internationalen Rang das »letzte« Wort

schwerlich aus dem Blickwinkel der »Sieger der Geschichte« gesprochen werden wird.

Also kein theoretischer Tiefgang im Kolloquium? Dann hätte, was gelegentlich schon passiert ist, Uwe Jens Heuer ferngehalten werden müssen. Undenkbar, angesichts des Zusammenwirkens beider im Marxistischen Forum, jener Gruppierung in der PDS, deren Mittuende selbstbewusst meinen, ihre Partei besitze ohne eine marxistische Strömung in ihr keine Aussicht auf dauerhafte Existenz in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Heuers Thema »Können Politiker Demokraten sein?« war zwar leichthändig formuliert und seine Antwort »In Ausnahmefällen ja« verwies auf Klaus Höpcke. Doch begann der Rechts- und Staatswissenschaftler seine tour d'horizon mit einer Kritik an den Auffassungen von Marx und Engels und einem Verweis auf ungelöste Widersprüche in deren Auffassungen über den künftigen Staat und die Fehlprognose von dessen raschem Absterben.

Im Anhang des Bandes sind Dokumente gedruckt, die aus der Tätigkeit des Jubilars herrühren oder in diesem Zusammenhang entstanden, sodann eine Bibliografie seiner Aufsätze und Artikel. Den Schluss bildet ein Sammler von Zeitungsbeiträgen, die aus Anlass von Höpckes Geburtstag erschienen und in denen über das Kolloquium berichtet wurde.

KURT PÄTZOLD

Michael Schumann:
Metamorphosen von Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein,
VSA-Verlag Hamburg 2003,
176 S. (14,80 €)

Der Anspruch ist hoch: Michael Schumann will mit seinem Band »der Erneuerung von Solidarität in einer von Ausgrenzung und Spaltungen durchzogenen Arbeitsgesellschaft« dienen. Schumann ist Leiter des SOFI, des Göttinger Soziologischen Forschungsinstituts und Autor des Standardwerkes »Das Ende der Arbeitsteilung?«, das er gemeinsam mit Horst Kern verfasste.

Von Anfang an hat sich Schumann mit der industriellen Gruppenarbeit beschäftigt. In den

80er Jahren wurden Manager europäischer Automobilkonzerne durch die Erfolge der japanischen Konkurrenz aufgeschreckt. Asiatische Fahrzeuge waren konkurrenzfähig geworden und drangen auf den Markt. Hauptvorteil der japanischen Konzerne war jedoch – so das Ergebnis einer Studie der Unternehmensberatung Mc Kinsey – nicht das niedrige Lohnniveau, sondern die Arbeitsorganisation. Die als »Toyotismus« bezeichnete Organisationsform ist von Gruppenarbeit geprägt.

In der Bundesrepublik propagierten Manager und Unternehmensberater die Einführung dieser neuen Arbeitsform den Belegschaften gegenüber mit dem Argument, es werden bei den Neuerungen auch die Interessen der Beschäftigten berücksichtigt. Die bisher übliche Fließbandarbeit war eine radikale Arbeitsteilung. Jeder Beschäftigte in einem Arbeitsbereich hatte andere Tätigkeiten oder Handgriffe am Band auszuüben, die sich oft wiederholten. Eine gegenseitige Vertretung war kaum möglich.

Gruppenarbeit sollte anders sein: Die Arbeiter sollen in Gruppen arbeiten und dabei über ein etwa gleich hohes Qualifikationsniveau verfügen und sich gegenseitig nach dem Job-Rotationsprinzip vertreten können. Indirekte Tätigkeiten – wie Arbeitsvorbereitung und Instandhaltung – werden integriert und die Entscheidungsbefugnis der Arbeiter wird erhöht. Fragen der Arbeitsverteilung werden in der Gruppe weitestgehend autonom entschieden.

Dieses Idealbild von Gruppenarbeit scheint nur durch Rationalisierungsbestrebungen der Unternehmen negativ beeinflusst zu werden, da der kontinuierliche Verbesserungsprozess zur Reduzierung von Tätigkeiten führen kann und deshalb zum Abbau von Arbeitsplätzen führt. Dies scheint jedoch bei Gruppenarbeit nur die eine Seite der Medaille zu sein, da die Beschäftigten die Erweiterung der Arbeitsinhalte und Verantwortungsbereiche begrüßen. Die Arbeitgebervereinigung Gesamtmetall betont, dass Produktivitätssteigerungen in der Vergangenheit vor allem auf den Einsatz verbesserter Technik zurückzuführen waren. »Es kommt aber nicht auf die Technik allein an. Das richtige Zusammenwirken von Mensch, Technik und Organisation bringt die entscheidenden Wettbewerbsvorteile. Die Effizienz von Technik zeigt sich erst, wenn sie von qualifizierten und motivierten Mitarbeitern als Arbeitsmittel genutzt wird.«

Der vermeintliche Kompromiss zwischen den Interessen der Beschäftigten und denen des Unternehmens, dass Humanisierung der Arbeitsbedingungen und Effizienzsteigerung gleichrangig berücksichtigt werden, scheint jedoch immer mehr zum Etikettenschwindel zu verkommen. Denn die Praxis zeigt: Die geringe Zunahme an Entscheidungsbefugnissen wird ergänzt um ein enormes Anwachsen der Leistungsverdichtung und setzt jedes Gruppenmitglied einem enormen Stress aus. Die Humanisierung der Arbeit spielt in der Praxis eine immer geringere Rolle. Durch den KVP-Prozess rationalisieren Arbeiter oft den eigenen Arbeitsplatz. Beispielsweise fallen »Verschnaufpausen« weg und setzen sich so die Beschäftigten unter Druck. Auch nehmen Unternehmer zugesicherte »Gruppen-Autonomie-rechte« – etwa die freie Gestaltung der Arbeitsabläufe oder die Wahl eines Teamsprechers – zurück, selbst wenn sich die Regelungen aus Sicht der Gruppenmitglieder bewährt haben.

Richard Sennett, amerikanischer Soziologe, sieht Gruppenarbeit als Instrument der Unternehmer an, um den Arbeitern zu vermitteln, dass die Gruppe eigenständige Entscheidungen trifft und Autonomieansprüche hat. Dabei achtet das Management darauf, dass sie »weder das grundsätzliche Wesen des Produktionssystems verändern noch die Organisation der betrieblichen Machtstruktur bedrohen«, zitiert er die Arbeitsforscherinnen Eileen Applebaum und Rosemary Batt (Richard Sennett: *Der flexible Mensch – Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin 2000).

Die Innenstruktur der einzelnen Gruppen wird vom Druck geprägt, der auf den einzelnen Arbeitsteams lastet. Die Arbeiter kontrollieren sich intern gegenseitig, da viele nur so die vorgegebenen Gruppenziele für erreichbar halten. »Gibt es langsam arbeitende Kollegen? Wer ist öfters krank?« So werden gesundheitlich angeschlagene Beschäftigte oftmals durch die eigenen Kollegen unter Druck gesetzt, ohne dass dies vom disziplinarischen Vorgesetzten ausgeht.

Zunehmende Entsolidarisierung, Anwesenheits- und Leistungsdruck sowie Leistungskontrolle innerhalb der Gruppen zählen zu den Folgen. Viele Arbeiter leiden unter diesem indirekten Druck des Managements.

Schumann hat auch das VW-Projekt »5000 mal 5000« untersucht. Diese Untersuchungen werden in dem Band jedoch nicht berücksich-

tigt (Frankfurter Rundschau vom 10. 10. 2003). Das VW-Konzept »5000 mal 5000« gilt vielen Vertretern der Automobilindustrie, aber auch manchem Gewerkschafter als Vorzeigemodell zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. In einer ersten Studie hat das SOFI-Institut Ergebnisse ausgewertet.

Formalqualifikationen waren bei den Bewerbern von geringer Bedeutung. »Talente für den Automobilbau« wurden gesucht. Die einzustellenden Arbeiter müssten »Eigenverantwortung, Lernfähigkeit und -bereitschaft, Integrität und industrielle Affinität mitbringen«, lauteten die Anforderungen von VW. Die Arbeiter seien hoch motiviert, resümiert Schumann.

Die Drohung des Konzerns, Arbeitsplätze nach Tschechien zu verlagern, setzte die IG Metall enorm unter Druck. Die von der Volkswagen AG angekündigten Einstellungen von 5000 Arbeitslosen mit einem Monatsgehalt von 5000 DM stellten sich im Laufe der Verhandlungen zwischen IG Metall und VW-Vorstand als reiner Marketing-Trick des Autokonzerns dar. Nur 3500 Neueinstellungen sind in Wolfsburg für die Produktion angedacht. Weitere 1500 könnten möglicherweise in einigen Monaten in Hannover zur Microbus-Herstellung entstehen.

Der Versuch jedoch, unternehmerische Risiken noch stärker auf die Beschäftigten zu verlagern, ist der VW-Führung gelungen. Die Mitarbeiter haben »ein hohes Maß an persönlicher Verantwortung für Produktionsstückzahl und Qualität zu tragen«, betonte VW-Vertreter Josef-Fidelis Senn. Zwar gilt auch in der neuen VW-GmbH die 35-Stunden-Woche. Die Arbeitszeit richtet sich nach den Produktionsbedürfnissen. Liegen viele Aufträge vor, wird die Wochenarbeitszeit erhöht und auf das Wochenende ausgeweitet. An bis zu 30 Samstagen kann VW jährlich sogar in der Spätschicht über die Belegschaft verfügen.

Die tarifvertragliche Regelung zur Produktionsqualität stellt einen besonderen Erfolg für die Unternehmensleitung dar. Treten Fehler im endmontierten Fahrzeug auf, die auf Maschinenprobleme oder Mängel der Vorprodukte zurückzuführen sind, sind die Arbeiter verpflichtet, diese nach Schichtende ohne Bezahlung zu beheben, was zur erheblichen Verlängerung der formal vorgesehenen 35-Stunden-Woche führt.

Der gewerkschaftliche Grundsatz »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« wird durch das »5000

mal 5000«-Konzept infrage gestellt. Arbeiter der eigens gegründeten Auto-5000-GmbH erhalten nicht die Tariflöhne und Schicht- und sonstigen Zulagen wie die VW-Belegschaft im Stammwerk, sondern bis zu 40 Prozent weniger als die Alt-Kollegen im Stammwerk.

Zum Bewusstsein der Arbeiter gibt die SOFI-Untersuchung auch Aufschluss. Die Analyse zeigt, dass den Beschäftigten der Interessenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit durchaus bewusst ist. Zwar sehen die Auto-5000-Arbeiter durch betriebliche Zwänge die »Bemühung um Wirtschaftlichkeit als Aufgabe aller Akteure« (Schumann). Auf Gewerkschaften und Betriebsräte möchten sie aber nicht verzichten. Diese sollten vielmehr den wirtschaftlichen Erfolg von VW zwar berücksichtigen, aber nicht über die Wahrnehmung der Interessen der Beschäftigten stellen.

Schumann sieht für die Zukunft eine wichtige Rolle der Arbeitssoziologie. Da der Zugriff auf die »Gesamtpersönlichkeit der Beschäftigten« stärker wird, kann innovative Arbeitspolitik dazu beitragen, die Arbeit menschenwürdiger zu gestalten. »Ich erwarte für die nächsten Jahre eine Renaissance der Industriosociologie, weil wir uns wieder an einem gesellschaftlichen Wendepunkt befinden, in dem Arbeit rethematisiert wird«, resümiert Schumann. Diese Erwartung wird jedoch nicht nur von dem – von Schumann immer wieder beschriebenen – Bewusstsein der Arbeiter abhängen. Entscheidend wird die Durchsetzungskraft und der Willen der Gewerkschaften zur Auseinandersetzung mit der Kapitalseite sein.

MARCUS SCHWARZBACH

Hella Hertzfeldt, Katrin Schäfgen
(Hrsg.): **Demokratie als Idee**
und Wirklichkeit:
Erstes Doktorandenseminar
der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Karl Dietz Verlag Berlin 2002,
194 S. (9,90 €)

Die Frage danach, was Demokratie ist, wird seit ca. 2000 Jahren immer wieder neu aufgeworfen und die Antworten darauf sind durch-

aus vielfältig. Unter der Überschrift »Demokratie als Idee und Wirklichkeit« haben sich Doktoranden der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit diesem alten und junggebliebenen Problem beschäftigt und dabei gleichzeitig einen Einblick in den Stand ihrer wissenschaftlichen Arbeit gegeben. Die daraus resultierenden Texte dokumentieren die Mannigfaltigkeit der Betrachtungsweisen, sind jedoch durch einen Grundgedanken miteinander verbunden: Um Demokratie zu realisieren, bedarf es einerseits eines aktiven kollektiven Handelns, andererseits einer kritischen Auseinandersetzung bisher vorliegenden Wissens über Demokratie. Das findet derart seinen Niederschlag in den einzelnen Beiträgen, dass sowohl der gesellschaftliche Kontext, in dem die Demokratieauffassungen entstanden, beleuchtet wird, als auch theoretische Hintergründe demokratischer Bewegungen befragt werden. Gemeinsam ist den Beiträgen weiterhin der kritische Geist, der Demokratieauffassungen und -bewegungen auf ihr emanzipatorisches Potenzial hin abklopft und ihre Praxiswirkungen untersucht.

Die vorliegenden Texte lassen sich in zwei große Gruppen gliedern: Gegenstand des einen Teils ist die direkte Auseinandersetzung mit Ideen einzelner Personen. So setzt sich Olaf Miemiec mit dem Begriff der Diktatur des Proletariats bei Marx, Engels und Lenin auseinander. Steffen Kachel dagegen untersucht sozialdemokratische und kommunistische Demokratievorstellungen am Beispiel Karl Kautskys, Kurt Schumachers und Hermann Brills zwischen 1918 und 1945. In seiner Analyse von Karl Poppers Demokratieverständnis kommt Jürgen Nordmann zu dem Resultat, dass dieses auf eine »Methodendemokratie« reduziert ist und neoliberale Züge trägt. Thomas Schubert wiederum zeigt anhand des unveröffentlichten Essays von Rudolf Bahro »Die Befreiung aus dem Untergang der DDR«, wie vieldeutig interpretierbar und welchen Missdeutungen Bahro ausgesetzt ist. Das Verhältnis von Repräsentation und Volkssouveränität – die beiden Pole des Diskurses moderner Demokratietheorien – wird von Naif Bezwan in kritischer Auseinandersetzung mit Carl Schmitt und Gerhard Leibholz dargestellt.

Eine weitere Gruppe von Beiträgen befasst sich mit Demokratisierungs- bzw. Entdemo-

kratisierungsprozessen. Klaus Lederer problematisiert die Privatisierungsbestrebungen der bundesrepublikanischen Entwicklungspolitik beim Zugang zum Wasser in den Entwicklungsländern. Die Gefahren einer Kontrollgesellschaft, die aus den Möglichkeiten technischer Überwachung erwachsen, werden von Christine Ketzer verdeutlicht. Mögliche Chancen und Widersprüche demokratischer Entwicklungen im arabischen Raum untersucht Sabah Alnasseri. Peter Birke analysiert die Debatte um Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung, die in den Streikbewegungen der Bundesrepublik im Zeitraum von 1967 bis 1973 geführt wurde. Welche Rolle die Mapuche-Bewegung in Chile im Demokratisierungsprozess innehat und welche Probleme aus der neoliberalen Entwicklung erwachsen, wird von Olaf Kaltmeier beschrieben. Chancen und Grenzen weiblicher Partizipation an Öffentlichkeit und Demokratie im deutschen Kaiserreich stehen im Mittelpunkt der Ausführungen von Mirjam Sachse.

Eine Ergänzung zu den Beiträgen der Promovierenden sind die Texte von Prof. Matthias Gatzemeier aus Aachen über das allmähliche Werden der Athenischen Demokratie und von Michael Efler und Ralph Kampwirth vom Verein »Mehr Demokratie« e. V. Sie verdeutlichen sehr plastisch, dass der Anspruch, Demokratie als Volksherrschaft auszugestalten, wie es die Athenische Demokratie vorsah (bei all ihren klassenbeschränkten Auffassungen, wer dem Volk zugehörig sei), durchaus auch heute ernsthafte Vertreter hat, die sich nicht mit der parlamentarischen Demokratie allein zufrieden geben.

Der Band vermittelt einen guten Eindruck vom gegenwärtigen Stand der vorwiegend unter Nachwuchswissenschaftlern geführten wissenschaftlichen Diskussion und belegt deren hohes theoretisches Niveau. Er macht gleichzeitig neugierig auf die Dissertationen, die in nächster Zeit zu erwarten sind.

NINA NEUHAUS

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 123 bis 146 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 122 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Kontonummer

BLZ / Geldinstitut

Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

ULRICH BUSCH

Miserliness is cool! Why all of a sudden?

Miserliness, understood as exaggerated thrift, stinginess and meanness, but also as acquisitiveness and avarice, has been regarded as morally reprehensible from time immemorial. In contrast, nowadays it is popular. By seizing hold of the spirit of the times and appearing as a virtue it is undergoing a similar process like envy, which has been deliberately redirected – away from the rich and enviable, towards the poor and pitiable. The timing of the campaign of envy at the same time as the controversy about a wealth tax took place was as little coincidental as the timing of the campaign of miserliness in the preliminary stages of the social reforms.

PAUL M. SWEETZ in Interview: »I simply had no choice but to turn to Marxism«

Paul M. Sweezy, one of the editors of »Monthly Review. An Independent Socialist Magazine«, New York, died on February 27th, 2004 at the age of 93. In 1999, when »Monthly Review« became 50 years old, there was published an interview with Sweezy which is now partially translated into German by »UTOPIE kreativ«. Sweezy, well-known not only for his articles but also for a lot of books on socialism published with »Monthly Review Press«, reflects the start of »Monthly Review«, speaks about his turning to Marxism while studying at London's famous School of Economics, discusses the contribution of »Monthly Review« to Marxist theory and criticises what he calls the »academism« of today's Marxist thinking in the United States.

HENNING SÜSSNER

Success in Parliament – Crisis in Organisation. The Experience of the Leftist Party of Sweden

After years of failure, during the last decade of the 20th century the European leftist parties seemed to be gaining new ground. This was especially true in the case of Vansterpartiet, the Leftist Party of Sweden. But now, there is disillusionment: The success was not a sustainable one. Seats in Parliament get lost again, and there is no dynamism in leftist politics any more. Looking into the current discussions in Sweden, the author comes to the end, that to overcome this unfortunate situation and to return back to there radical sources, the Leftist Party as well as the Trade Unions have to pave the way for an unreversed and self-critical dialog which should be free of all organisational egoism and open for all who are interested in strengthening the leftist movement.

PETER BIRKE

Sosialistisk Venstreparti – a Leftist-Socialist Party in Norway

The Sosialistisk Venstreparti (SV) was formed in 1975 as a result of the campaign different leftist groups had driven against a membership of Norway in the European Community. The SV stands for radical changes in politics, for a society free of class differences and social injustice. Because of its well-formulated offers in daily politics it got growing acceptance in elections, and it is now confronted with the chance of a co-operation in government with the social-democrats. But if it accepts the positions of the »modern« social democracy, then – the author says – conflicts with leftist trade unionists and the social-political opposition seem to be unavoidable. Critically seen by leftist movements is the softening of SV's anti-NATO and anti-EC positions, too.

JÜRGEN MEIER

Science is progressive! And Arts?

Analysing the German party programmes for the European elections, the author finds out that they all are easily expressing a connection between progress and science – but never between progress and arts. He then discusses this problem: Why, he asks, has been forgotten what Hegel and Schiller said about arts as the first teachers of mankind? In school timetables, it is evident how arts are more and more shoved into the private sphere, apparently inutile for the educational process. But there are other developments, too. In some enterprises, arts sponsoring is getting growing attention as a way of strengthening team spirit and corporate identity. Why, the author asks, do the political parties hesitate to see arts as a special source of human self-consciousness?

ANDREA PLÖGER, ERWIN RIEDMANN

Transnational and »Asking We Walk«?!

The State of the Movement

after the Second European Social Forum

When »the movement of the movements« was first proclaimed in Chiapas in 1994 and made its first public appearance in Seattle in 1999, its European »arm« was still busy fighting the struggles of identity politics, had only begun to overcome its stagnation, and hardly realised its analytical void in political-economic theory. During the second European Social Forum in Paris it became clear that the European movement is not very developed yet as it lacks two fundamental insights of the global movement: the necessity of a »preguntando caminamos« (asking we walk) *and* transnational mode of organization. Despite this, the tendencies of internal formation and external closure which became manifest in Paris show that the movement passed over into a stage of consolidation.

VICTORIA KENDLER, PETER ULLRICH

Report Back: European Identity Forum, Paris

2003

Looking back into the days of the European Social Forum in Paris the authors deplore that certain parts of this forum turned into what they call a »European Identity Forum«. They reflect and discuss events like a meeting called »Cultural and national identities in Europe« which didn't bring together Sinti and Roma from Kosovo or Palestinian refugees from Syria or Israel, but a Basque, a Catalan, a Fleming and a Scotsman. This, they say, could turn the forum into a forum of vanity rather than of serious political work.

GOTTFRIED STIEHLER

What would be if?

The question »What would be if?« seems to be a pointless one. But this, the author says, is true only from the point of view of a metaphysical determinism. In a dialectic approach, it has the same rang as the questions »What was?« and »What is?« The author then discusses problems of necessity, coincidence and probability as well as of alternatives and variations and finally undertakes two historical »case studies«: the coming to power of Adolf Hitler and the development of what was called »real-socialism«.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,

ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,

JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.),

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €